

## Besprechungen

### A. Allgemeines

THORSTEN SCHULZ-WALDEN: *Anfänge globaler Umweltpolitik. Umweltsicherheit in der internationalen Politik (1969–1975)* (Studien zur internationalen Geschichte 33). Oldenbourg, München 2013, X u. 401 S., 54,80 €.

Über die umweltpolitischen Aufbrüche der späten 1960er und frühen 1970er Jahre sind wir bereits gut informiert. Das besondere Interesse, mit dem sich Thorsten Schulz-Walden in seiner bei Jost Dülffer entstandenen Kölner Dissertation diesen umwelthistorischen Aufbruchjahrzehnten nähert, gilt der Umweltsicherheit. Dieser Begriff etablierte sich offensichtlich erst nach dem Untersuchungszeitraum der Studie in den 1980er Jahren. Der Verfasser verfolgt dessen Vorgeschichte, indem er der Verknüpfung von sicherheits- und umweltpolitischen Aktivitäten auf internationaler Ebene nachspürt, die er mit den nationalen Diskussionen in Deutschland, Großbritannien und den USA verzahnt. Seine Analyse gründet sich neben zahlreichen gedruckten Quellen – etwa Memoiren, Zeitungen, Tagungsberichte – auf Archivalien aus den einschlägigen ministeriellen und administrativen Beständen des Bundesarchivs Koblenz, des Public Records Office London und der National Archives and Records Administration Washington.

Schulz-Walden organisiert seine Überlegungen in sechs größeren, weitgehend chronologisch angeordneten Kapiteln, in denen er unterschiedliche Akteure, Institutionen und Experten in den Mittelpunkt rückt, welche die Planungen innerhalb der NATO, der EG und den UN maßgeblich initiierten bzw. beeinflussten. In den beiden ersten Kapiteln zeichnet er die bekannten Umweltentwicklungen und -belastungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sowie die Anfänge der auf vielfältigen Bedrohungsszenarien und Ängsten gründenden Umweltpolitik zwischen 1967 und 1972 nach. Mit dem „Committee on the Challenges of Modern Society“ innerhalb der NATO gerät dann ein neuartiger Projektverbund in den Blick, der sich mit Ursachen und Folgen sicherheitsrelevanter und gesellschaftlicher Gefährdungen durch die Natur beschäftigte. Schulz-Walden kann hier überzeugend vor Augen führen, wie sehr nationale Umweltwahrnehmungen, Wissenschaftstraditionen und der Kontext des Kalten Krieges die ersten transatlantischen Umweltprojekte prägten. Einige Schneisen in die teils recht unübersichtlichen internationalen Debatten schlägt er dann in dem Kapitel über die ersten umweltpolitischen Schritte auf europäischer Ebene. Sie speisten sich vorrangig aus den Bedürfnissen nach einer sicheren und stabilen sozialen Umwelt und bildeten damit den Beginn einer europäischen Kultur von Umweltsicherheit. Auch wenn zunächst vor allem einzelne Umweltprobleme im Vordergrund standen, zeichneten sich am Horizont die Umrissse einer künftigen EG-Umweltpolitik ab. Herausragenden Stellenwert mit Blick auf das Zusammenspiel von Umwelt und Sicherheit misst der Verfasser der Stockholmer UN-Umweltkonferenz vom Juni 1972 bei, auch wenn spätestens mit der Ölpreiskrise 1973/74 die Frage der sicheren Energieversorgung die Überlegungen zur Umweltsicherheit in den Hintergrund drängte und sich das Bedrohungsszenario verlagerte.

Obwohl der Begriff „Umweltsicherheit“ auch nach der Lektüre eigentümlich unklar bleibt, liegt ein nicht gering zu schätzender Gewinn dieser Studie darin, die frühe Umweltpolitik in ihren internationalen und vor allem sicherheitspolitischen Zusammenhängen zu sehen, wobei freilich nicht-staatliche internationale Akteure kaum einmal thematisiert werden.

München

NILS FREYTAG

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

MATTHIAS STANGEL: *Die Neue Linke und die nationale Frage. Deutschlandpolitische Konzeptionen und Tendenzen in der Außerparlamentarischen Opposition (APO)*. Nomos, Baden-Baden 2013, 638 S., 99,00 €.

Die Frage, ob Teile der Achtundsechzigerbewegung von befreiungsnationalistischen und/oder neurechten Ideen motiviert waren, wird nicht zuletzt seit der Wandlung Horst Mahlers zum bekennenden Rechtsextremisten und Bernd Rabehls These, dass Rudi Dutschke auch und vor allem ein Nationalrevolutionär gewesen sei, insbesondere in der Publizistik kontrovers diskutiert. Vor diesem Hintergrund ist es sehr zu begrüßen, dass Matthias Stangel mit seiner bei Joachim Scholtyseck entstandenen Bonner Dissertation eine Studie vorgelegt hat, die geeignet ist, eine zumeist sehr emotional geführte Debatte zu versachlichen.

Der Autor hat souverän die umfangreichen gedruckten Quellen sowie die vorhandene Literatur ausgewertet. Auch die von Stangel geleistete Archivarbeit ist beeindruckend: So hat er neben den Akten des SPD-Parteivorstands im Archiv der sozialen Demokratie (Bonn) und dem Nachlass Rudi Dutschkes im Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung die einschlägigen Bestände des APO-Archivs im Universitätsarchiv der FU Berlin sowie die Bestände „Freie Deutsche Jugend“ und „SED“ der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (Berlin-Lichterfelde) verwendet, um nur die wichtigsten zu nennen.

Hilfreich ist, dass Stangel sein Thema gewissermaßen sozialgeschichtlich erdet, indem er einleitend auf die Traditionen nationalen und nationalistischen Denkens bei der deutschen politischen Linken im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jh.s eingeht, ausgehend von der frühen Sozialdemokratie über den sogenannten Nationalbolschewismus eines Ernst Niekisch bis hin zur Programmatik der KPD nach 1945 und zu den deutschlandpolitischen Konzeptionen der SPD in der frühen Bundesrepublik, hier insbesondere denen Kurt Schumachers. Breit behandelt werden nach einem konzisen Überblick zur Geschichte der APO in der Bundesrepublik die deutschlandpolitischen Konzeptionen des SDS und die Bedeutung nationaler Elemente in den sozialistischen Konzeptionen Rudi Dutschkes. Den Abschluss bilden exemplarische Beispiele für die deutschlandpolitischen Positionen maoistischer K-Gruppen in den 1970er Jahren (KPD, KPD/ML, MLD).

Stangel versteht es sehr gut, differenziert und sachlich Kontinuitäten und Diskontinuitäten aufzuzeigen. So legt er überzeugend dar, dass sich der SDS in den 1960er Jahren vom Ziel der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands abwandte und die unbedingte Anerkennung der Zweistaatlichkeit forderte. Zugleich weist Stangel aber auf die Paradoxie hin, dass die Neue Linke in der Bundesrepublik zwar mehrheitlich internationalistisch ausgerichtet war, sie aber andererseits viel Sympathie aufbrachte für die zu nationalen Befreiungskämpfen erklärte Politik etwa eines Fidel Castro oder eines Mao Zedong. Dennoch geht Stangel nicht so weit, daraus eine, wenn auch nur subtile befreiungsnationalistische Zielrichtung bei der Mehrheit der Neuen Linken in Bezug auf die bundesdeutschen Verhältnisse abzuleiten, etwa vor dem Hintergrund von Anti-NATO-Kampagnen. Bezüglich der Thesen von Bernd Rabehl zu Rudi Dutschke betont Stangel zum einen den fundamentalen Unterschied zu den heutigen Entwürfen von „Renegaten“ der Achtundsechzigerbewegung, weil Dutschkes Programmatik insbesondere der Gedanke der Verabsolutierung der Nation gefehlt habe. Zum andern sieht er aber linkspatriotische Ansätze bei Dutschke von denen, die sich heute als dessen legitime Erben begreifen, „oftmals unterschätzt“ und zitiert eine bemerkenswerte Notiz Dutschkes aus den frühen 1970er Jahren, in der dieser betont, er sei „dennoch stolz“ auf sein Land (S. 364). Dutschkes grundsätzliche Position sei, so Stangel, in dem Sinne als national-revolutionär zu verstehen, dass „die revolutionäre Lösung der nationalen Frage unbestreitbar eine essenzielle Rolle in seinen Konzeptionen spielte“ (S. 578). Hochinteressant sind auch die Ergebnisse Stangels zu links-nationalistischen Tendenzen bei maoistischen K-Gruppen, die vor allem aus deren antisowjetischer Haltung resultierten. Die MLD ging hierbei Ende der 1970er Jahre so weit, dass sie eine Stärkung der Bundeswehr und eine internationale Einheitsfront unter Einbeziehung der USA forderte und innenpolitisch für eine lagerübergreifende antisowjetische Zusammenarbeit bis hin zur CSU eintrat.

Stangel resümiert, dass man trotz seiner Befunde betreffend Dutschke und die K-Gruppen nicht von einer nationalen Linie in der APO sprechen könne, da sich der überwiegende Teil der Neuen

Linken nicht in einer beständigen Weise mit der Deutschlandpolitik beschäftigt und auch keine positive Haltung zur Kategorie der Nation bzw. der Wiedervereinigung Deutschlands gehabt habe. Aus solchen anationalen Werthaltungen entwickelte sich nach 1989/90 die Bewegung der „Antideutschen“, deren Kerngedanke die Negation der deutschen Nation bzw. die Propagierung eines gleichsam negativen Nationalismus ist. Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass Stangel eine sehr gelungene kritische Monographie vorgelegt hat, der weite Verbreitung zu wünschen ist.

Würzburg

MATTHIAS STICKLER

### B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

MAX WEBER: *Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie. Unvollendet. 1919–1920*. Hg. von Knut Borchardt/Edith Hanke/Wolfgang Schluchter (Max Weber-Gesamtausgabe. Abt. I: Schriften und Reden 23). Mohr Siebeck, Tübingen 2013, 847 S., 334,00 €.

Wohl jeder Studierende einer der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften kennt diesen Satz: „Soziologie (im hier verstandenen Sinn dieses sehr vieldeutig gebrauchten Wortes) soll heißen: eine Wissenschaft, welche soziales Handeln deutend verstehen und dadurch in seinem Ablauf und seinen Wirkungen ursächlich erklären will.“ Mit dieser legendären Definition Max Webers beginnt jener Text, der seit 1921 bis zur 5. Auflage 1976 als „Wirtschaft und Gesellschaft“ publiziert wurde. Im Rahmen der seit 1984 sukzessiv veröffentlichten Bände der Max Weber-Gesamtausgabe (MWG) erscheint nunmehr – nach 30 Jahren Editionsarbeit – mit Band I/23 Max Webers „Soziologie“.

Wie bereits in der Rezension von Band I/24 ausgeführt, hatten die Herausgeber der MWG schon frühzeitig beschlossen, das ehemalige Hauptwerk Max Webers in Einzelteile zu zerlegen (VSWG 98 [2011], S. 74 f.). Nach der Publikation der Bände „Gemeinschaften“ (MWG I/22-1), „Religiöse Gemeinschaften“ (MWG I/22-2), „Recht“ (MWG I/22-3), „Herrschaft“ (MWG I/22-4) und „Stadt“ (MWG I/22-5) liegt mit dem vorliegenden Band das ehemalige Sammelwerk „Wirtschaft und Gesellschaft“ im Rahmen der MWG nun vollständig vor, allenfalls der angekündigte Registerband (MWG I/22-6) steht noch aus. Damit müssen sich zukünftige Leser endgültig von der Vorstellung verabschieden, es hätte je ein Buch von Max Weber mit dem Titel „Wirtschaft und Gesellschaft“ (WuG) gegeben. Selbstbewusst formulieren die Herausgeber über sich: „Sie wollen Max Webers unvollendetes Hauptwerk nicht rekonstruieren und geben daher die in der Rezeptionsgeschichte verbreitete Vorstellung von einem in sich geschlossenen Buch auf.“ (S. XIII)

Der hier zu rezensierende Band enthält die 1. Lieferung des 1919/1920 neu bearbeiteten Beitrags von Max Weber für den „Grundriß der Sozialökonomik“. Da es kein überliefertes Manuskript gibt, basiert diese Edition auf den zum größten Teil von Weber selbst handschriftlich korrigierten Druckbögen. Die ersten beiden Kapitel „Soziologische Grundbegriffe“ und „Soziologische Grundkategorien des Wirtschaftens“ finden in den nachgelassenen Manuskripten keine Vorfassungen. Kapitel III, „Typen der Herrschaft“, stellt eine überarbeitete und auf ein Viertel des Umfangs verdichtete Neufassung der älteren Texte zum Kapitel „Die Herrschaft“ dar. Der nachgelassene Text zu „Klasse, Stand, Parteien“ findet nur teilweise und in neuer begrifflicher Schärfung Eingang in das unvollendete Kapitel IV der 1. Lieferung.

Nach Konzeption und Darstellungsform unterscheidet sich diese Fassung grundlegend von früheren Fassungen. Sie enthält einen neuen Anfang mit einer Theorie des Handelns, sozialen Handelns und, darauf aufbauend, der sozialen Beziehungen, der gesellschaftlichen Ordnungen und der Verbände. In der Darstellungsweise ist der Text lehrbuchartig in Paragraphen gegliedert, klassifikatorisch ausdifferenziert und gerafft. Auf die von Weber beabsichtigte Fortsetzung dieser Neufassung seines Beitrags gibt es nur wenige Hinweise in den gedruckten Kapiteln, so auf ein geplantes Kapitel V, das sich mit Typen der Gemeinschaften („Formen der Verbände“) befassen sollte, sowie auf

eine Religions-, Rechts- und Staatssoziologie. Als sicher kann gelten, dass Max Weber die älteren Texte aus den Jahren 1910 bis 1914 nicht unverändert in die folgenden Lieferungen übernommen hätte, dies zeigt schon die Neufassung der „Herrschaftssoziologie“.

Seinen Titel „Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie. Unvollendet 1919–1920“ trägt der hier anzuzeigende Band zu Recht, um ihn in den Zusammenhang des 1909 unter eben diesem Titel begonnenen Projekts zu stellen, der auch der Titelgebung im Verlagsvertrag Webers entspricht. Zur Unterscheidung von den Bänden I/22 wurde der Zusatz „Soziologie“ angefügt, was die Herausgeber mit dem Hinweis auf die gedruckten „Neuigkeiten“ des Verlags J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) vom April 1920 begründen, in denen – noch zu Lebzeiten Max Webers – dieser Text als „III. Abteilung: Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie.“ angekündigt worden war.

Dem Band sind beigegeben allgemeine Hinweise zur Edition, ein knappes Vorwort, eine ausufernde Einleitung (S. 1–77), der Editorische Bericht sowie diverse Anhänge, bei denen die Wiedergabe der Korrekturfahnen, soweit sie erhalten geblieben sind, auf besonderes Interesse stoßen dürfte. Insgesamt ist auch dieser Band mit seiner bewährt gründlichen Kommentierung durch die Herausgeber vor allem für Max Weber-Schriftgelehrte unverzichtbar. Für das allgemeine Leserpublikum bietet der Band nichts Neues. Verblüffend ist die Tatsache, dass die Widmung „Dem Andenken meiner Mutter Helene Weber geb. Fallenstein 1844–1919“ zwar im Editorischen Bericht – wenn auch mit nicht korrekter Jahreszahl 1845 – erwähnt wird, im Band selbst jedoch nicht aufgenommen wurde.

Potsdam

DIRK KAESLER

MICHAEL FESSNER: *Die Grüns. Eine Unternehmerfamilie in Hessen-Nassau*. Ludwig, Kiel 2013, 751 S. (zahlr. Abb. u. Tab.), 49,90 €.

Wer den Band über die Unternehmerfamilie Grün zum ersten Mal in die Hand nimmt, muss beeindruckt sein, einerseits wegen des gewichtigen Umfangs, andererseits wegen der opulenten Ausstattung. Das Buch ist durchgehend farbig bebildert und grafisch ebenso ansprechend wie lesefreundlich gestaltet. Thema ist eine Familienbiografie. Fessner schildert die Entwicklung der Unternehmerfamilie Grün über drei Generationen, der Untersuchungszeitraum erstreckt sich in etwa auf die Jahre von 1840 bis 1958. Rück- und Ausblicke ergänzen die Perspektive. Integriert wird der Werdegang der Familie Jung, die mit den Grüns verwandtschaftlich und unternehmerisch verbunden war (S. 219 ff.).

Die Darstellung ist chronologisch angelegt. Der Verfasser identifiziert eine „Aufbauphase“ unter Johann Carl Grün (1819–1889), eine „Konsolidierungsphase“ unter Friedrich Carl Grün (1851–1916) und eine „Bewahrungsphase“ unter Hans (1885–1959) und Carl Grün (1890–1951). Ob der Begriff des Bewahrens ganz treffend ist, scheint jedoch fraglich, denn am Ende der betreffenden Phase stand nicht der Erhalt des Familienunternehmens, sondern sein Verkauf an Buderus. Aber zurück zum Anfang: Am 1. April 1842 eröffnete Johann Carl Grün in Dillenburg ein Tuchwarengeschäft. Er stammte aus einem kaufmännischen Elternhaus und verfügte daher über entsprechendes Kapital. Später ging Grün den Schritt zum Industriellen: 1866 kaufte er eine Papierfabrik in Haiger und 1872 die Schelderhütte im Scheldetal.

Sein Sohn Friedrich Carl festigte die Position von Familie und Firma, indem er die Tochter einer der angesehensten Unternehmerfamilien der Region heiratete: Julie Jung. Er legte den Schwerpunkt seiner Aktivitäten auf die Montanindustrie, und zwar mit Erzbergwerken in der Firma „J. C. Grün Eisenstein-Bergbau“ und mit Hüttenbetrieben unter dem Dach der „Burger Eisenwerke“ (gemeinsam mit der Familie Jung). Das „Jahrbuch der Millionäre“ in Preußen zählte Grün unter die „einfachen Millionäre“ (S. 316). Nicht von ungefähr baute er sich in Dillenburg eine herrschaftliche, repräsentative Villa am Schlossberg.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Hans und Carl Grün führten dann die Beteiligungen in den Burger Eisenwerken zusammen und leiteten diese als Geschäftsführer. In politisch und wirtschaftlich turbulenten Zeiten konzentrierten sie die Produktion auf Herde und Öfen (Marke JUNO), auch Großküchen und Badewannen. Die Eisenerzgruben wurden 1936 an Buderus verpachtet. Die Grüns arrangierten sich schnell mit dem „Dritten Reich“ und richteten ihr Unternehmen auch auf die Anforderungen der Rüstungswirtschaft aus. Sie lieferten Teile für die V1 und die V2 und beschäftigten gegen Kriegsende mehr als 1.500 Zwangsarbeiter. Da die Söhne im Zweiten Weltkrieg gefallen waren, starb die männliche Linie der Familie Grün in den 1950er Jahren aus. 1958 verkauften die Mitglieder der Familie ihre Anteile an den Burger Eisenwerken an die Firma Buderus, die damals von Friedrich Flick kontrolliert wurde. In der weiblichen Linie setzte sich die unternehmerische Tätigkeit auf verschiedenen Feldern bis heute fort, unter anderem in der Firma Jebsen im dänischen Aabenraa.

Um seine Erkenntnisziele zu entwickeln und die Studie zu strukturieren, greift der Verfasser nicht auf neuere ökonomische oder soziologische Theoriegebäude zurück, also Begriffe wie „Institutionen“, „Generationalität“ oder „Netzwerke“, sondern rekurriert klassisch auf den Begriff des „Wirtschaftsbürgers“ (S. 25). Dementsprechend zeichnet er nicht nur das unternehmerische Wirken der Grüns, sondern auch ihr kulturelles Sein und ihr gesellschaftliches Engagement nach. Insbesondere in der Dillener Handelskammer setzten mehrere Angehörige der Familie starke Akzente.

Trotz der problematischen, weil äußerst lückenhaften Quellenüberlieferung beruht das Buch auf intensiven Archivstudien – zentral war der Fundus im Firmenarchiv Jebsen in Aabenraa. Immer wieder schiebt der Verfasser längere Zitate aus den Dokumenten ein. Das ist Vorzug und Schwäche zugleich. Vorzug, weil Informationen vermittelt werden; Schwäche, weil der Lesefluss unterbrochen wird. Überhaupt ist das Buch außerordentlich detailreich, ja gelegentlich allzu detailverliebt. Das Register ist leider ein wenig unsystematisch (z. B. sind Namen wie Opel, S. 505, und Krupp, S. 228, nicht nachgewiesen). Ein Stichwort wie „Obergefreiter“ im Sachregister überrascht. Zu viele Fehler haben sich eingeschlichen. Die Papierfabrikantin trug den Namen Zanders, nicht Zander (S. 722), der Historiker Boch heißt nicht Bloch (S. 694), Wolfram Siemann taucht auch als Wolfgang auf (S. 711), bei Rudolf Martin sind Vor- und Nachname vertauscht (S. 710), der Schaaffhausen'sche Bankverein schreibt sich mit doppeltem „a“ usw.

Aber all das sind letztlich Kleinigkeiten. Bedeutsamer ist, dass der Verfasser einen wohlthuend sachlichen Ton wählt und statt vorschneller Moralisierung zu einer nuancierten, nüchternen Darstellung greift, auch bei so sensiblen Themen wie dem Verhältnis der Grüns zum Nationalsozialismus. Selbstaussagen der Familienmitglieder, etwa in den Entnazifizierungsverfahren, werden differenziert hinterfragt.

Michael Fessner gelingt ein akribischer und informativer Einblick in das Handeln einer mittelständischen Unternehmerfamilie. Er liefert damit einen weiteren Baustein für eine vergleichende Geschichte dieser Gesellschaftsformation. Sein Urteil über die Grüns ist von Sympathie getragen, ohne unkritisch zu sein.

Essen

RALF STREMMEL

ALEX GERTSCHEN: *Klassenfeinde – Branchenpartner? Unternehmer und Gewerkschaft der westdeutschen Textilindustrie vor der Herausforderung der Internationalisierung, 1949–1979* (Historische Grundlagen der Moderne 9). Nomos, Baden-Baden 2013, 335 S., 64,00 €.

Alex Gertschen analysiert das Mit- und Gegeneinander der Unternehmer und der Gewerkschaften in der westdeutschen Textilindustrie von Gründung der Bundesrepublik Deutschland bis in die späten 1970er Jahre in einer äußerst lesbar und flüssig geschriebenen, materialreichen Publikation. Sie liefert zahlreiche für die Geschichte der industriellen Beziehungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene aufschlussreiche Details und Gesichtspunkte – auch über den Textilsektor hinaus.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Organisatorisch hatte sich das weitgehend mittelständisch geprägte Unternehmerlager 1948 zu „Gesamttextil“ zusammengeschlossen; der Verband (heute: „Gesamtverband textil + mode“) koordinierte seither sowohl die Tarif- als auch die Wirtschaftspolitik der Arbeitgeber im Textilsektor. Auf der anderen Seite hatten sich die Arbeitnehmer der Branche bundesweit 1949 in der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) formiert.

Den wirtschaftlichen Hintergrund des vielschichtigen Beziehungskomplexes zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite bildete der in den späten 1950er Jahren einsetzende tiefgreifende wirtschaftliche Strukturwandel der Branche. Während der enorme wirtschaftliche Nachholbedarf auch der westdeutschen Textilindustrie in der unmittelbaren Nachkriegszeit einen letzten Boom bescherte, sahen sich die westeuropäischen und nordamerikanischen Produzenten bereits gegen Ende der 1950er Jahre von zunehmenden Einfuhren aus dem Ausland – zunächst vornehmlich aus Japan – bedrängt. Gertschen interessiert sich vor allem für die Frage, inwieweit die nun einsetzende und bis heute nicht abgeschlossene Internationalisierung im Textilbereich die gegenseitige Wahrnehmung der sich zunächst mit klassenkämpferischer Unversöhnlichkeit gegenüberstehenden Antagonisten veränderte, inwieweit sich besonders im Bereich der allgemeinen Wirtschafts- und der Handelspolitik im Untersuchungszeitraum neue Kooperationsmöglichkeiten eröffneten, aber auch, wo deren Grenzen lagen.

Dass mit dem Welt-Baumwollwaren-Abkommen des Jahres 1962 das Herzstück der Textilproduktion aus dem mittlerweile etablierten Regime des *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT), welches sich den Abbau der Zölle, Abgaben und anderer Hemmnisse im internationalen Handel zum Ziel gesetzt hatte, herausgenommen wurde, war, so Gertschen, nicht zuletzt der erfolgreichen Lobbyarbeit von Gesamttextil gegenüber der Regierung Adenauer zuzuschreiben (unter Umgehung ihres freihändlerischen Wirtschaftsministers Erhard). 1973 folgte das Welttextilabkommen, das mehrfach verlängert und umfirmiert wurde, ehe 2005 die vielfältigen Abweichungen von den GATT-Regeln aufgehoben und auch die Textilindustrie in die liberale Weltwirtschaftsordnung integriert wurde.

Anders als die Unternehmer schloss sich die GTB dem Ruf nach staatlicher Protektion zunächst nicht an, sondern hielt an dem – übrigens bereits in der Zwischenkriegszeit entwickelten – Leitbild internationaler Arbeitsteilung fest. Dass die GTB trotz der offenkundigen Bedrängnis der deutschen Textilindustrie zunächst weiterhin auf den Freihandel setzte, lag sicherlich auch in der gewerkschaftlichen Hoffnung begründet, dass ein internationaler Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung auf Dauer das Lohnniveau der ostasiatischen Konkurrenz heben würde und sich die Wettbewerbsbedingungen so langfristig erträglich gestalten würden (S. 131); zugleich sahen sich die Gewerkschaften insgesamt traditionell auch als Anwalt der Verbraucherinteressen und hatten seit Jahrzehnten den Zollabbau zu ihrem Programm erhoben.

Im weiteren Verlauf der 1960er Jahre führte die durch einen permanent steigenden Importdruck gekennzeichnete handelspolitische Großwetterlage – auch unter dem Eindruck der zur Überwindung der Rezession von 1967 aus der Taufe gehobenen Konzentrierten Aktion – zur schnellen Einübung aufeinander abgestimmter handelspolitischer Initiativen von Gesamttextil und GTB sowohl auf der nationalen als auch auf der europäischen Ebene. Der von der GTB eingeschlagene gemäßigt protektionistische Kurs in der Handelspolitik ließ sich nun einleuchtend mit dem handelspolitischen Credo der Unternehmerseite „Free trade is fair trade“ verknüpfen. Der Autor überakzentuiert dabei die vermeintliche ideologische Neuausrichtung der GTB in der Zoll- und Handelspolitik: Tatsächlich war das spätestens seit den frühen 1920er Jahren gewerkschaftsübergreifend dominierende Leitbild eines möglichst globalen, mindestens innereuropäischen Freihandels stets mit der Forderung nach sozialen Mindestnormen kombiniert worden. Situative Schutzmaßnahmen zur Abwehr von Sozial- und Lohndumping waren hiermit durchaus vereinbar, ein Umstand, den der Autor zu wenig berücksichtigt.

Am Ende der 1960er Jahre wich das vorübergehende programmatische Miteinander von GTB und Gesamttextil schnell wieder einem „pragmatischen Nebeneinander“ (S. 225). Die Gründe hierfür lagen nicht zuletzt in der trotz Mitgliederschwund anhaltend „relativ aggressive[n] Tarifpolitik“ (S. 223) der Gewerkschaft und generell in fortwirkend lebensweltlichen und ideologischen Dissonanzen zwischen den Antagonisten, deren Spezifika Gertschen unter Rückgriff auf Jürgen Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns differenziert beschreibt und zu erklären versucht.

Alex Gertschen ist zu einer facettenreichen, auf hohem Reflexionsniveau stehenden, mit Lust an eindrücklichen Formulierungen geschriebenen Darstellung zu gratulieren.

Bonn

RAINER FATTMANN

KARL GIESEN: *Kleine Geschichte des Waldeigentums. Chronologie der deutschen Waldbesitzerverbände (1919–2002)*. Kessel, Remagen-Oberwinter 2013, 89 S. (2 Abb., 6 Tab.), 8,00 €.

Einen komprimierten Überblick über die Geschichte des Waldeigentums in Deutschland samt einer Übersicht über die wichtigsten Entwicklungsstationen privater Forstlobbygruppen in einem so schmalen Bändchen wie dem hier zu besprechenden zu erhalten, wäre eine hervorragende Sache, fehlt es doch insbesondere zum zweiten Aspekt an fundierten historischen Arbeiten. Die Broschüre jedoch wird den Leser, der sich dies erhofft, eher enttäuschen. Sein Autor, der lange Geschäftsführer der *Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände* war, betont im Vorwort, er erhebe „weder einen Anspruch auf Vollständigkeit noch auf Objektivität“. Seine „Zusammenstellung“ sei vielmehr ein „Versuch [...], aus der persönlichen Erinnerung unter Zuhilfenahme mir zugänglicher Unterlagen und Literatur einen forstpolitischen Überblick über die vergangenen Jahrzehnte zu geben“ (S. 7). Diese Beschränkung sowie eine eigenwillige Strukturierung machen den Band zu einem wenig hilfreich erscheinenden Text.

Giesen bietet im ersten Teil eine Zusammenstellung verschiedener, aus anderen Publikationen übernommener Statistiken zur Waldflächenentwicklung auf der Welt und in Deutschland sowie zur Besitzstruktur dieser Flächen. Diese Angaben beziehen sich auf das 19. und 20. Jh. Des Weiteren befasst er sich mit dem Verhältnis von privatem Eigentum und staatlicher Regulierungsmacht, wobei er sich insbesondere den Bemühungen des 1934 gegründeten Reichsforstamts widmet, ein sogenanntes Einheitsforstamt zu etablieren, das die Aufsicht der zentralen staatlichen Behörde auch auf die Privatwälder ausgedehnt hätte. Die Ausführungen der einzelnen, z. T. nur eine Seite oder weniger umfassenden Kapitel stehen jedoch weitgehend unzusammenhängend nebeneinander und sind größtenteils anderen Publikationen entnommen; in einem Fall (Kap. I.8, S. 25) besteht sogar das gesamte Kapitel aus der Übernahme einer Passage eines früheren Aufsatzes Giesens. Es wird nicht erklärt, weshalb diese Zusammenstellung erfolgt und was aus den Aussagen zu schließen ist.

Ähnlich unstrukturiert ist auch der zweite Teil, der keine „Chronologie der deutschen Waldbesitzerverbände“ bietet, wie der Untertitel der Broschüre verspricht. Vielmehr handelt es sich fast ausschließlich um eine Aneinanderreihung von Fakten über die Gründung forstpolitisch bedeutsamer Institutionen der Weimarer Republik (Waldbesitzerverbände, *Reichsforstwirtschaftsrat*, Landwirtschaftskammern) sowie der Bundesrepublik (*Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände*, *Deutscher Forstwirtschaftsrat*), über wichtige Persönlichkeiten und über die Ziele der Waldbesitzervereinigungen. Ferner werden europäische Verbindungen dieser Organisationen benannt. Ausführlich und teils vollständig wiedergegeben werden in diesem Zusammenhang zudem programmatische Schriften der *Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände* aus den Jahren 1987 und 1994.

Der Autor verfolgt seiner Angabe nach einen roten Faden, an dessen Ende er Argumente „für [eine] notwendig erachtete Neuorientierung“ (S. 7) der Forstpolitik (?) anbieten möchte. Eine solche Neuorientierung schlägt er auch tatsächlich vor, indem er dafür plädiert, den in Deutschland relativ hohen Anteil an öffentlichem Waldbesitz zu Gunsten des Privatbesitzes zu vermindern. Ein belastbar historisch entwickeltes Argument dafür bietet er jedoch nicht, denn die Aussage, „die Agrargeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts zeig[e] eindrucksvoll, welche zentrale Bedeutung dem eigenverantwortlichen Waldeigentum – im Gegensatz zur Eigentumslosigkeit in anderen Kontinenten [...] – zur Erhaltung des Waldes“ zukomme (S. 86), bleibt nicht nur weitgehend inhaltslos (was beinhaltet diese Agrargeschichte und wie genau förderte „eigenverantwortliches Waldeigentum“ die Erhaltung des Waldes?), sondern wird auch nicht näher belegt.

Der Rezensent kann die forstpolitische Relevanz der Broschüre nicht einschätzen. Vom historiographischen Standpunkt aus gesehen aber ist sie mangels Fragestellung, Argumentation und historischer Kontextualisierung wenig ertragreich. Lediglich als Sammlung von Quellen und aufgrund ihrer Hinweise auf einschlägige forstliche Literatur scheint sie nutzbar zu sein. Da bisher über forstliche Lobbyvereinigungen sowie deren Tätigkeiten und Bedeutung für die Entwicklung der Forstwirtschaft im Deutschland des 20. Jh.s wenig bekannt ist, könnte Giesens Arbeit zumindest als Ausgangspunkt für diesbezügliche Studien dienen.

Freiburg

MARTIN BEMMANN

BERNHARD GOTTO U. A. (Hg.): *Nach »Achtundsechzig«. Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1970er Jahren* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer). Oldenbourg, München 2013, 194 S., 24,80 €.

Dieser Sammelband mit Beiträgen in Deutsch und Französisch ist das Ergebnis eines gemeinsamen Symposiums des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) und einer Arbeitsgruppe der Universität Bordeaux, das im September 2010 stattfand. Er schließt sich an die wachsende Zahl der Veröffentlichungen aus dem Bereich der erweiterten Politikgeschichte an, die den Zäsurcharakter der 1970er Jahre als „Ende des Booms“, „Ende der Planungseuphorie“ und „Fin des Trentes Glorieuses“ apostrophiert haben. Aufgrund ihrer immanenten komparativen Struktur besitzen Sammelbände zur binationalen Geschichte ein erhebliches heuristisches Potential, um das Verständnis für die Persistenz nationaler Besonderheiten im „Zeitalter der Globalisierung“ zu schärfen und die gelegentliche (Selbst)beschränkung der Zeitgeschichte auf eine rein nationale Perspektive aufzuheben.

Vor dem Hintergrund dieser Erwartungen überrascht jedoch die Einleitung des Mitherausgebers und ehemaligen IfZ-Direktors Horst Möller („Die 1970er Jahre als zeithistorische Epochenschwelle“). Bis auf die knappe Erwähnung einer allgemeinen „Wachstumsschwäche“ fehlt jeder Bezug auf den epochalen Zäsurcharakter der Ersten Ölpreiskrise (1973/74) und den Abbruch des fast ununterbrochenen und stetigen Wachstumspfadens seit dem Marshall-Plan.

Der Fokus auf politikgeschichtlichen Themen aus den Feldern der Außen- und Innenpolitik, der politischen Kultur und des Parteiensystems in Deutschland und Frankreich setzt sich in den übrigen Beiträgen fort. Während der sehr anregende und explizit vergleichend angelegte Beitrag von Bernhard Gotto über die Ära Willy Brandt (1969–1974) und Valéry Giscard d’Estaing (1974–1981) (S. 31–44) interessante Gemeinsamkeiten in den Diskrepanzen zwischen Erwartungen und Umsetzungen findet und Unterschiede bei der Inszenierung von Machtwechsel und Neubeginn feststellt, bleiben die Gleichzeitigkeiten und die Unterschiede zwischen den ökonomischen Handlungsspielräumen beider Länder offen. Es sind im Wesentlichen die französischen Historiker(innen) Jean-Francois Sirinelli („1973–1974: la fin des Trente Glorieuses, mais le coeur des Vingt Décisives“, S. 45–50) und Hélène Miard-Delacroix („Le choc pétrolier et la crise de société en Allemagne et en France“, S. 51–60), die in zwei kürzeren und trotz ihres eher essayistischen Charakters fundierten Beiträgen die sozioökonomischen Folgen des „Ölschocks“ und des weltwirtschaftlichen Umbruchs (Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse) für Frankreich und die BRD darstellen. Der Beitrag von Pierre Guillaume über den französischen Sozialstaat in den 1970er Jahren (S. 61–68) untersucht den forcierten Ausbau des sozialen Sicherungssystems. Die deutsch-französische Vergleichsdimension wird dagegen in einem Beitrag von Bernard Poloni hervorgehoben, der sich mit der Persistenz der unterschiedlichen betrieblichen Sozialverfassungen in beiden Ländern beschäftigt (S. 79–90).

Da es keinen Beitrag zur Entwicklung der bundesdeutschen Sozialpolitik gibt, wurde die Möglichkeit eines binationalen Vergleichs leider verschenkt. Dies gilt auch für die Unterschiede in der Wahrnehmung und Bewertung der 1960er und 1970er als Dekaden des gesellschaftlichen Umbruchs. Während sich die akademische Historiographie und die Public History bei der Bewertung des Um-

bruchjahrs 1968 – ungeachtet nationaler Erfahrungsunterschiede – einig sind, gibt es für den französischen Begriff der „vingt décisives“ für die sozialen und kulturellen Umbrüche in der Zeit von 1965 bis 1985 keine deutsche Entsprechung. Fazit: Ein lesenswerter Sammelband, der eher das Interesse an politischen Legitimitäts- und Durchsetzungskrisen bedient.

Bielefeld

CHRISTOPHER KOPPER

MANFRED HILDERMEIER: *Geschichte Russlands. Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution*. Beck, München 2013, 1.504 S. (36 Tab., 1 Diagramm, 11 Karten), 49,95 €.

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Geschichte Russlands von Manfred Hildermeier ist ein Meisterwerk und unverzichtbar für jeden, der einen vertieften Einblick in die historische Entwicklung des Zarenreiches gewinnen will. Ein solch uneingeschränkt positives Urteil verlangt natürlich nach einer guten Begründung.

Es gelingt Hildermeier, die Besonderheiten der russischen Entwicklung klar herauszuarbeiten und gleichzeitig überzeugend darzulegen, dass Russlands Geschichte nur zu verstehen ist, wenn man sie als integralen Bestandteil der europäischen analysiert. Er vertritt somit eher eine konventionelle These, doch die Art, wie er diese begründet, setzt Maßstäbe.

In der Literatur existiert häufig eine eher trockene Strukturgeschichte neben einer ‚lebendigen‘, aber analytisch oft schwachen personenzentrierten Historiographie. Hildermeier schafft es, diese beiden sehr verschiedenen Arten der Geschichtsschreibung in exzellenter Weise miteinander zu verbinden. Ein solcher Ansatz ist gerade einer Autokratie angemessen. So zeigt Hildermeier überzeugend, dass selbst der mächtigste russische Zar mannigfaltigen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Sachzwängen unterlag, vielfach jedoch gleichzeitig weitreichende, nicht selten fatale Entscheidungen ohne Gegenwehr selbst aus höchsten Kreisen der Gesellschaft treffen konnte. Eindrucksvoll schildert Hildermeier dies am Beispiel Iwans des Schrecklichen, der seinen Wahnsinn bis zur Zerstörung des Staates ausleben konnte, ohne beseitigt zu werden.

Im Zentrum von Hildermeiers Buch steht die Autokratie in ihrer Beziehung zur Gesellschaft. Dieses Spannungsverhältnis ist im russischen Fall insofern von besonderer Bedeutung, als europäische Einflüsse und radikale Modernisierungsreformen durch den Autokraten vermittelt wurden. Die Fixierung auf Europa als Maßstab erwies sich nach Hildermeier spätestens seit Ende des 17. Jh.s als prägend für die Entwicklung des russischen Staates und im Laufe der Zeit auch immer stärker für die Gesellschaft. Beeindruckend arbeitet er heraus, dass dabei (wie auch schon vorher) sowohl der autokratische Staat als auch die russische Gesellschaft tiefgehenden Veränderungsprozessen unterlagen, die schließlich Ende des 19. Jh.s so weit kulminierten, dass sich die Gesellschaft von der Autokratie emanzipierte. In der Betrachtung der Beziehung von Gesellschaft und Staat verfällt Hildermeier nie einem simplifizierenden Essentialismus, der die russische Gesellschaft sozusagen als ‚byzantinisch-mongolisches Erbe‘ als unveränderlich schwach in ihrer Beziehung zum Staat ansieht.

Wohlthuend ist, dass Hildermeier auch Fragen offen lässt und nicht um jeden Preis Antworten liefert. So bleibt am Ende ungeklärt, wieso die russischen Bauern 1917 de facto für die Zerschlagung der bürgerlichen Gesellschaft optierten, trotz aller Fortschritte, die der ökonomische Boom und der soziale Wandel seit 1861 auch für die Bauern gebracht hatten. Ob die noch aus der Kiewer Zeit herrührende Prägung des Adels als loyaler Dienstadler so entscheidend für die Ausbildung der Autokratie war, ist zumindest diskussionswürdig. Das normannische England kannte ebenso einen aus dem Gefolgschaftswesen erwachsenden Dienstadler bei starker Position des Königs, doch nahm die staatliche Entwicklung Englands bekanntlich einen anderen Verlauf.

Hervorzuheben ist die sehr gute Lesbarkeit des Buches, obwohl ein eher trockenes Gebiet wie Verwaltungsgeschichte eine sehr ausführliche Behandlung erfährt. Auch die Wirtschafts- und Sozi-

altes Geschichte nehmen einen prominenten Platz ein. Hier bietet Hildermeier wie für die Kultur- und Geistesgeschichte einen gelungenen Überblick über die gesamte Forschung. Hoffentlich sind noch mehr Werke von Manfred Hildermeier zu erwarten, Stoff genug bietet die russische Geschichte ja.

Halle (Saale)

MICHAEL KOPSIDIS

ARNE HORDT: *Von Scargill zu Blair? Der britische Bergarbeiterstreik 1984-85 als Problem einer europäischen Zeitgeschichtsschreibung* (Moderne Geschichte und Politik 26). Lang, Frankfurt a. M./Berlin/Bern 2013, 124 S., 22,95 €.

Der britische Bergarbeiterstreik von 1984/85 zählt zu den Großereignissen der europäischen Zeitgeschichte nach 1945. Mit ihm, so die verbreitete Lesart, erfuhr die britische Arbeiterbewegung nicht allein ihre größte Niederlage seit 1926, vielmehr wurde das thatcheristische Gesellschafts- und Regierungsmodell mit Polizeigewalt gegen den innenpolitischen Widerstand der Gewerkschaften durchgesetzt. Entsprechend hat der *Miners' Strike* eine Reihe von Chronisten gefunden, und insbesondere unter journalistischen Beobachtern hält die Kontroverse darüber an, ob eher Margaret Thatcher, der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft NUM, Arthur Scargill, oder beide zu gleichen Teilen die Verantwortung für den bürgerkriegsähnlichen Arbeitskampf und dessen verheerende Ergebnisse für die Kumpel und ihre Familien trugen, wie zuletzt die Debatte zwischen Seumas Milne auf der einen sowie Francis Beckett und David Hencke auf der anderen Seite gezeigt hat. Einzelne historische Studien widmen sich Teilaspekten – darunter Jim Philips' Analyse den distinkten Dynamiken in den schottischen Gruben –, doch eine zusammenfassende, aus den Quellen gearbeitete Geschichte des *Miners' Strike* steht nach wie vor aus. Der existierenden Literatur attestiert Arne Hordt daher einleitend „größtenteils Quellencharakter“ (S. 14).

Hordts eigene Studie, aus seiner Tübinger Examensarbeit hervorgegangen, erhebt keinen Anspruch, das Defizit zu beheben, wohl aber, es klar zu bestimmen. In einer Art doppeltem Literaturbericht setzt er sich zum Ziel, zum einen die gängigen Narrative zur Geschichte der britischen *Industrial Relations* nach 1945 konsequent zu historisieren, zum anderen die verfügbaren Streikerzählungen zu analysieren und zu ordnen. Dank seiner breiten Literaturlauswertung und souveränen Systematisierungsleistung – so viel vorweg – gelingt Hordt dies überzeugend. Seine Unterscheidung dreier großer Forschungstypen – des *New Realism*, der das Scheitern der Bergarbeiter für folgerichtig und notwendig hält, um eine strategische Neuausrichtung zu ermöglichen; einer mit den „historischen Verlierern“ (S. 14) sympathisierenden Literatur, die stärker gesellschaftstheoretisch argumentiert; und schließlich unternehmens- und institutionengeschichtlicher Ansätze – ist hilfreich und ausreichend breit, ohne beliebig zu werden.

Im ersten Hauptteil werden mit der britischen Debatte vertraute Leser Bekanntes wiederfinden, insbesondere die Historisierung des *decline*-Paradigmas. Hier referiert Hordt kompetent die Positionen von Barry Supple und Jim Tomlinson, bezieht die Besonderheiten des britischen Parlamentarismus mit ein und erlaubt einen schnellen Zugriff auf die Forschungsdiskussion. Wissenssoziologische Ansätze fehlen indes, und an manchen Stellen hält Hordt in der Historisierung inne, etwa wenn er einerseits *decline* problematisiert, andererseits aber den Strukturwandel-Begriff, der in den selben modernisierungstheoretischen Kontext gehört, realgeschichtlich verwendet.

Besonders aufschlussreich ist indes Teil III, in dem Hordt sich seinem eigentlichen Sujet zuwendet und die narrativen Muster der *Miners' Strike*-Literatur herausarbeitet. Den *New Realism* charakterisiert er als (zu) stark personalisierend und letztlich teleologisch in seiner Deutung, dass erst die verheerende Niederlage den Weg für *New Labour* freigemacht habe. Im Kern übernahmen diese Deutungen „das Geschichtsbild Thatchers“ (S. 71) und stellten kaum mehr als retrospektive Projektionen dar. Heterogener falle die sympathisierende Forschung aus, deren doktrinär-marxistischer Flügel jedoch zu einem „viel zu simple[n] essentialistische[n] Klassenbegriff“ (S. 77) neige und die

oft von unbewiesenen Vorannahmen ausgehe, etwa der (Fort)Existenz des idealtypischen *pit village* – hier ist nun aber Philips' Arbeit parallel zu lesen. Der unternehmens- und institutionengeschichtlichen Forschung bescheinigt Hordt schließlich eine Vielzahl interessanter Teilergebnisse, die aber „stückhaft“ (S. 102) blieben.

Das liest sich gut und ist als einführende Lektüre hilfreich, auch wenn Hordt gelegentlich über das Ziel hinausschießt. Die abschließende fünfseitige Skizze des Rheinhausener Streiks 1987/88 leistet noch keine Europäisierung der Perspektive und fügt sich kompositorisch nicht wirklich in die Arbeit ein – ganz davon abgesehen, dass Zweifel bleiben, ob Rheinhausen wirklich „in seiner Intensität annähernd mit dem britischen Bergarbeiterstreik vergleichbar ist“ (S. 106). Am Kernergebnis, dass wir dringend eine umfassende Geschichte des britischen Bergarbeiterstreiks benötigen, ändert dies freilich nichts, und Hordts nächstes Projekt ist es, eine solche vorzulegen.

Berlin

KIM CHRISTIAN PRIEMEL

HERVÉ JOLY: *Diriger une grande entreprise au XXe siècle. L'élite industrielle française* (Perspectives historiques). Presses Universitaires François-Rabelais, Tours 2013, 428 S., 22,00 €.

Wer waren die Personen, die über die Geschicke der großen Industriebetriebe Frankreichs im 20. Jh. bestimmten? Diese Frage stellt sich Hervé Joly (CNRS Lyon) in seiner Habilitation *Diriger une grande entreprise au XXe siècle*. Mit ihr darf sich Joly unter die bedeutenden französischen Unternehmenshistoriker einreihen, von denen Patrick Fridenson (EHESS Paris) hervorzuheben ist. Joly führte bereits eine ähnlich angelegte Studie zum deutschen Unternehmertum durch, die es ihm ermöglichte, die Eigenheiten Frankreichs mit Blick auf den Nachbarn herauszuarbeiten (vgl. Joly: *Patrons d'Allemagne. Sociologie d'une élite industrielle 1933–1989*. Paris 1996).

Den Ausgangspunkt der Studie bildet die These von Pierre Bourdieu, dass die französische Unternehmerschaft zur kleinen, dominanten Elite gehöre, die sich ihre eigene Reproduktion über Elitehochschulen (*Grandes Ecoles*) und hohe Staatsämter (*Grands corps de l'Etat*) sichere (vgl. Bourdieu: *La noblesse d'État. Grandes écoles et esprit de corps*. Paris 1989). Diese These habe gemäß Joly jedoch keine differenzierten Einblicke in die Unternehmerschaft des 20. Jh.s generieren können. Die „feineren Mobilitäten“ müssten empirisch bestimmt werden (S. 19). Angesichts der Größe und teilweise fehlenden Sichtbarkeit der Unternehmerschaft erwiesen sich für Joly das Forschungsdesign und die Methode als Herausforderung. Er untersuchte 21 wichtige und charakteristische Unternehmen und Unternehmensgruppen für die Zeitspanne von 1914 bis 1966. Darunter sind bekannte Unternehmen wie Peugeot, Michelin und Schneider-Creusot. Diese kleine, aber repräsentative Auswahl an großen Industriebetrieben ermöglichte ihm, eine Prosopografie von 193 Verwaltungsratspräsidenten, Geschäftsführern und stellvertretenden Geschäftsführern zu erstellen.

Der erste Teil der Studie untersucht die verschiedenen Konfigurationen der Unternehmensleitungen. Erstens ließen die rechtlichen Voraussetzungen bis in die 1940er Jahre, als sich das Modell des Generaldirektors (PDG) durchsetzen konnte, eine Vielzahl verschiedenartiger Unternehmensleitungen zu. Zweitens analysiert Joly das Verhältnis von Besitz und Führung in den Unternehmen. In rund 30 Prozent der untersuchten Fälle war ein weit gefasster „Familienfaktor“ bei der Rekrutierung von Führungskräften maßgeblich, und dies auch nach Anbruch der Ära des von Alfred D. Chandler beschriebenen „modernen Managers“ (S. 130). Drittens spielten die effektiven Zugänge zu den Führungspositionen eines Unternehmens eine Rolle. Am häufigsten führten sie über den Aufstieg innerhalb der Firma, gefolgt vom Weg über den Verwaltungsrat und der Berufung einer außenstehenden Person.

Im zweiten Teil des Buches nimmt Joly die Ausbildung und den Aufstieg der späteren Unternehmensleiter in den Blick. Im Gegensatz zur Situation in Deutschland gebe es in Frankreich keine Alternative zu den Universitäten für den Aufstieg zur Wirtschaftselite. Die Untersuchungsergebnisse

von Joly bestätigen die These, dass vor allem die prestigeträchtigen Universitäten die Wirtschaftselite hervorbrachten: Knapp 80 Prozent der rekonstruierten Bildungswege führten über die *Grandes Ecoles*, deren Abgänger sich regelmäßig in den Führungsetagen von Unternehmen wiederfinden (S. 203). Eine französische Besonderheit stellte die Mobilität zwischen hohen Staatsämtern und den Führungsriege der Privatwirtschaft dar. Eine große Zahl der Führungskräfte machte den Umweg über die hohe Verwaltung. Sind die nach oben sehr eng geführte Schulkarriere und die Mobilität zwischen politischer und wirtschaftlicher Elite also Belege für die „soziale Reproduktion“ einer kleinen, dominanten Oberschicht, wie sie Bourdieu darstellte? Joly relativiert diese Interpretation mit Blick auf seine Nachforschungen zur sozialen Herkunft der Führungskräfte: Immerhin stammten rund 40 Prozent der untersuchten Personen aus der Mittel- und Unterschicht (S. 319).

Die Vorzüge von Jolys Studie liegen in ihrem vorbildlichen Design, das Machbarkeit mit exakten Resultaten verbindet. Letztere informieren mit Genauigkeit über die Zusammensetzung der Unternehmensleitungen und die Wege, die dorthin führten. Die neuen Erkenntnisse situieren sich jedoch innerhalb des von Bourdieu vorgegebenen Paradigmas der sozialen Reproduktion. Wer etwas über die Selbst- und Fremddarstellung der Unternehmer, ihre Beziehungen zu den Arbeitnehmern sowie ihre Rolle in Politik und Gesellschaft erfahren möchte, sei auf das Vorwort von Patrick Fridenson und auf weitere Studien verwiesen.

Paris/Basel

BEAT STÜDLI

SUSANNE LANDGRAF: *Erfindergeist, Gewerbefreiheit und Pharmazie. Reformen im Bereich des Arzneimittelwesens am Beispiel der ehemaligen Rheinprovinz (1791–1875)* (Braunschweiger Veröffentlichungen zur Pharmazie- und Wissenschaftsgeschichte 50). Deutscher Apotheker Verlag, Stuttgart 2013, 385 S. (27 Abb., 4 Tab.), 38,00 €.

Der Schwerpunkt von Susanne Landgrafs regionalgeschichtlicher Arbeit sind Reformbestrebungen im Arzneimittelwesen auf dem Gebiet der ehemaligen Rheinprovinz von 1791–1875. Sie berücksichtigt professions-, wirtschafts- und rechtsgeschichtliche Aspekte und untersucht, „wie durch Ausbau zivilrechtlicher Maßnahmen der ‚Übergang‘ im Prozess der Medikalisierung [...] beschleunigt wurde“ (S. 7). Der Fokus ist auf die Patentgesetzgebung gerichtet, deren „Sinn und Zweck [...] unter sozialwirtschaftlichen Aspekten“ geklärt werden soll. Als Quellen dienen neben den Gesetzestexten handschriftliche behördliche Dokumente zur Ankündigung, Prüfung und Approbation von Patent- und Geheimspezialitäten, Akten zum Gewerbebetrieb und dem Arzneimittelhandel sowie Visitationsprotokolle und Berichte über das Medizinalwesen.

Die einzelnen Aspekte der Arbeit sind unterschiedlich stark ausgeprägt. Es wird deutlich, dass an den Entwicklungsprozessen im Bereich des Gesundheits- und Medizinalwesens wesentlich mehr Interessen beteiligt waren als nur diejenigen der Ärzte und Apotheker. Dazu zählten vor allem die wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele des Staates. Die Einführung der Patentgesetze und der Gewerbefreiheit eröffneten staatlich gewollte Erwerbsmöglichkeiten, führten jedoch im Bereich des Medizinalwesens für die Ärzte zu „unliebsamer“ Konkurrenz. Aber nur mit Hilfe der Patentgesetze gelang es den Antragstellenden kaum, wirtschaftliche Unternehmen aufzubauen: Da ausschließlich Ärzte als Gutachter in den Verfahren fungierten, gelang es ihnen trotz der eigenen Unkenntnis sehr gut, die Konkurrenz weitgehend auszuschalten (u. a. Kap. 5). Dies wird anhand der von Landgraf bearbeiteten Gutachtenprozesse im Patentverfahren deutlich, von denen die meisten abgewiesen wurden.

In der Arbeit überwiegt die rechtsgeschichtliche Perspektive auf die Patentgesetze. Aus juristischer Sicht wird gezeigt, wie den Ärzten in ihrem Konkurrenzkampf auch der Wandel des öffentlichen Interesses entgegenkam (v. a. Kap. 6): Der zunächst vom Staat verfolgte weitgehend liberale Ansatz und die Absicht, die Existenz des Einzelnen zu sichern, wurden immer mehr zugunsten des „Allgemeinwohls“ und dessen Schutzes zurückgedrängt. Dies nutzten die Ärzte, um ihre eigene Position

zu stärken. Die theoretischen Ausführungen in den Patentgesetzen werden in der Arbeit durch Einzelbeispiele illustriert. Deren Auswahl (S. 14) wird leider nicht näher erläutert, so dass für den Leser unklar ist, inwieweit sie für die Gesamtheit der eingereichten und untersuchten Anträge repräsentativ sind. Ebenso hätte der einzige prominentere Fall des Carl Baunscheidts und der von ihm entwickelten Lehre um weitere Literatur oder den sozialen Kontext ergänzt werden können. Denn ausschließlich hier wird deutlich, wie Heiler tatsächlich Gesetzeslücken ausnutzten, um dem „Erfindergeist“ zum Durchbruch zu verhelfen. Es ist schade, dass die Quellenlage offenbar keine weiteren derartigen Beispiele erlaubte.

Hinsichtlich des professionsgeschichtlichen Aspekts folgt Landgrafs Studie der bereits vielfach in der medizinhistorischen Forschung belegten These, „dass es eine von Ärzten und Apothekern gesteuerte und aus Gründen der Kostenorientierung staatlich unterstützte Ausgrenzung der populären Medizin gab“ (S. 334). Allerdings kann die Autorin mit Hilfe der untersuchten Anträge und Gutachten zeigen, wie die zunächst rein argumentativen Abwehrmechanismen der Ärzte zunehmend durch Expertise und beweiskräftige Belege aufgrund der Fortschritte im Bereich der Pharmazeutischen Analytik ergänzt werden konnten. Die Analyse einzelner Bestandteile der populären Heilmittel ergab häufig, dass diese tatsächlich zu teuer – gemessen am Wert der Inhaltsstoffe – verkauft wurden. Die Ausgrenzungsstrategien und Argumente werden von Landgraf detailliert dargestellt. Das bereichert die Sozialgeschichte der Medizin um die Fokussierung auf das Arzneimittel sowie dessen Rolle bei der Ausgrenzung nichtärztlicher Heiler und der „Volksmedizin“.

Hilfreich wäre es gewesen, zu Beginn der Arbeit die allgemein in der historischen Forschung sehr unterschiedlich gebrauchten, aber in Landgrafs Studie zentralen Begriffe wie „Volksmedizin“ oder „Quacksalber“ und „Kurpfuscher“ zu definieren beziehungsweise auf deren sich wandelnden Bedeutungsgehalt hinzuweisen. Gleiches gilt für den Topos des „breiten Erfindergeistes“. Erschwerend für den Leser sind außerdem saloppe und teilweise unklare Formulierungen. Mitunter hat sich die Autorin dabei anscheinend unkritisch von der Sicht der Ärzte beeinflussen lassen, wenn sie zum Beispiel schreibt: „Damit konnte der buntscheckige Reigen endlich losziehen [...] immer munter an der Praxistüre der Ärzte vorbei.“ (S. 4)

Stuttgart

MARION BASCHIN

FRIEDRICH LENDER: *Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850*. Beck, München 2013, 757 S. (64 farb. u. 60 s/w Abb., 5 Tab.), 49,95 €.

Der Begriff der europäischen Stadt hat Konjunktur, mit schillernden Konnotationen ist er durchweg positiv besetzt. Bei seiner gedankenlosen Verwendung durch Politiker, Journalisten und Wissenschaftler wird ein Mythos kultiviert, der von Gemeinsamkeiten und Strukturähnlichkeiten ausgeht, ohne relevante Differenzen zu reflektieren. Vor allem wird die europäische Stadt als Kampfbegriff und positives Leitbild der nordamerikanischen Stadt gegenübergestellt. Letzterem Typus werden negative Eigenschaften wie *Urban Sprawl*, Unplanbarkeit, Hyper Ghettos, Landschaftsverbrauch, Siedlungsbrei und krebsartige Wucherungen zugeschrieben. Längst hat allerdings auch die europäische Stadt derartige (globale) Phänomene und Entwicklungen wie das – vielfach referenzierte – Zukunftslabor der nordamerikanischen Stadt zu verzeichnen.

Friedrich Lengers Buch verfolgt nun räumlich den Anspruch einer dezidiert gesamteuropäischen Perspektive. Er bezieht damit das bisher vernachlässigte Ostmittel- und Südeuropa, die meist kaum untersuchten Metropolen am Rande Europas in die Untersuchung ein. Er fokussiert die Fragestellung auf Homo- bzw. Heterogenität der (Groß-)Städte in sozialer, kultureller und ethnisch-nationaler Hinsicht. Die zeitliche Periodisierung folgt der Grobgliederung in drei Teile: von der Mitte des 19. Jh.s bis zum Ersten Weltkrieg, der Zwischenkriegszeit und dem folgenden Wiederaufbau sowie schließlich der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

In dem Band wird nicht nur eine Melange aus Details und Fakten referiert, sondern die Stadtgeschichte wird mit Quellen und Belegen aus Feldern der Belletristik, des Theaters, der Kunst, des Films und der Musik illustriert. So wird M. Faithfulls Song „The Ballad of Lucy Jordan“ als Beleg für die suburbane Ödnis herangezogen, während in B. Reimanns Roman die junge Architektin Franziska Linkerhand vor überspannten Hoffnungen hinsichtlich der Plattenbauweise zur „Lösung der Wohnungsfrage“ warnt. Neben den inspirierenden Details werden beiläufig begriffliche und theoretische Klarstellungen eingeschoben, die jeweils konvergente und divergente Wandlungen analysieren. Die kommunale Bodenvorratspolitik in Ulm findet neben Mieterprotesten in Budapest, mafiös korumpierter Stadtverwaltung in Neapel, der Vereinsdichte in Sabadell und der einheitlichen Höhe der Hecken in London Erwähnung. Im multiethnischen Thessaloniki mussten Schuhputzer sechs bis sieben Sprachen beherrschen. Diese Beispiele werden kontextualisiert durch theoretische Konstrukte wie Push-Pull-Faktoren zur Erklärung von Verstädterungsprozessen, wohn- bzw. arbeitsplatzbedingte Umzüge als Hintergrundfolie für Nah- und Fernwanderungen, funktionale Stadttypen zur Erhellung von Vielfalt bzw. Monostrukturen städtischer Ökonomien sowie von Unterschieden zwischen Traditionalisten und Modernisten bei der Architektur des Wiederaufbaus. Elastischer und starrer Bedarf werden als Kategorien der Konsumgesellschaft reflektiert, und der Begriff der peripheren Verstädterung wird eingeführt, da er für Raummuster in Madrid, Rom, Athen und Istanbul eine theoriefähige Kategorie bildet.

Theorie und Empirie, Breite und Tiefe der Darstellung sind ausgewogen, so dass bei der Lektüre immer ein Spannungsbogen erhalten bleibt. Die komparative Perspektive wird durch intra- und interkommunale Befunde erhellt und die vielfältige „Eigenlogik der Städte“ herausgehoben. Lengers Verdienst ist es, deutlich gemacht zu haben, dass es *die* europäische Stadt nicht gibt. Unterschiedliche Kulturen, Religionen, Herrschaftssysteme, Ethnien und Ökonomien haben die Herausbildung von unterschiedlichen Stadtpersönlichkeiten begünstigt. Sie haben Spuren, Verwerfungen und Überlagerungen befördert, die heute die europäische Stadt ausmachen. Die gedankenlose Verwendung des Begriffs sollte daher vermieden werden, zumal damit vielfach restaurative Stadtauffassungen und Verlustängste verbunden sind.

Die Metropolen der Moderne, so ein zentraler Befund, bilden zwischen Hoffnungen und Ängsten Orte eines vergrößerten Möglichkeitsraumes. Friedrich Lengers Opus Magnum ist ein Standardwerk für die Lehre, und als Referenz für die Forschung wird es unverzichtbar werden. Der ausführliche Anmerkungsapparat umfasst allein ein Drittel des Werks. Auch machen Personen- und Sachregister es zu einer Orientierungshilfe und einem Wegweiser für Forschungsdesiderate. Bei den beiläufig eingefügten Referenzen zu den USA bliebe nur der Wunsch offen, bald ein ähnliches Werk über die (Nord-)Amerikanische Stadt verfügbar zu haben.

Hamburg

DIRK SCHUBERT

JOACHIM LILLA: *Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920 bis 1933/34. Zusammensetzung – Dokumentation – Biographien. Unter Einschluss des Wirtschaftsbeirats des Reichspräsidenten 1931 und des Generalrats der Wirtschaft 1933* (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 17). Droste, Düsseldorf 2012, 540 S., 98,00 €.

Unmittelbares Reichsorgan zur Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung, unpolitischer Beirat, Gutachterkörperschaft, Repräsentativorgan der Wirtschaft, Krönung gemeinwirtschaftlicher Wirtschaftsorganisation – in diesem Spannungsfeld bewegte sich der Vorläufige Reichswirtschaftsrat der Weimarer Republik. Zugleich deutet sich an, warum die Institution Schwierigkeiten hatte, aus einem Stadium der Vorläufigkeit hinauszugelangen.

Am 4. Mai 1920 auf dem Verordnungsweg errichtet, entfaltete der Vorläufige Reichswirtschaftsrat mit Sitz in Berlin eine umfangreiche Tätigkeit, die sich im Wesentlichen auf zwei Felder erstreck-

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

te: hin- und herwogende Bemühungen um eine endgültige Verankerung in der Weimarer Reichsverfassung einerseits und facettenreiche Erörterungen von wirtschafts- und sozialpolitischen Fragestellungen andererseits. Erörtert wurde vor allem in einer Vielzahl von Aus- und Unterausschüssen beispielsweise für Außenhandel, Kohle, Betriebsräte, Wasserwirtschaft und Reparationen. In den drei Jahren bis Juni 1923 fanden zudem 58 Plenumsitzungen statt, anschließend nur noch Ausschusstätigkeiten. Die Vollversammlung mit 326 Mitgliedern erwies sich für eine gutachterliche Tätigkeit als ungeeignet. Die Themenfülle deckte nahezu alle sozioökonomischen Bereiche ab und erstreckte sich von der Arbeitslosenversicherung über Fragen der Gewinn- und Verlustrechnung, der Mietsteuer und der Lohnstatistik bis zur Autonomie der Reichsbank. Im Vorstand waren zeitgenössische Persönlichkeiten wie von Braun, von Siemens, Legien und Cohen tätig. Die Mitglieder stammten aus allen wichtigen Branchen, hinzu kamen Beamte, Vertreter der Länder und von der Reichsregierung ernannte Personen. Zahlenmäßig dominierten Mitglieder der Land- und Forstwirtschaft sowie der Industrie. Vorschlagsrecht hatten zahlreiche Körperschaften, Verbände und Vereinigungen, darunter auch der Deutsche Städtetag.

Frühzeitig zeichneten sich Fraktionsbildungen und Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ab. Das permanente Gerangel um eine optimale Interessenvertretung spiegelte sich in parlamentarischen Kontroversen um die adäquate Sitzverteilung wider und ließ eine hehre Gründungsidee in den Hintergrund treten: Eine Art Wirtschaftsparlament könne das Gesamtinteresse der Wirtschaft repräsentieren und eine gemeinwirtschaftliche Wirtschaftsorganisation krönen.

Dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat fehlte ein passender Platz im institutionellen Gefüge der Weimarer Republik. Das lag nicht nur an der Konkurrenz zu Ressorts, Räten und wirtschaftlichen Interessenvertretungen. Kompetenzüberschneidungen bestanden etwa mit dem Reichswirtschaftsministerium, das die Federführung über das unmittelbare Reichsorgan innehatte. Umstritten blieb bis zuletzt auch die Frage, ob ein Initiativrecht für Gesetzesvorhaben ermöglicht werden sollte. Trotz großer Mehrheit scheiterte die verfassungsmäßige Etablierung 1930 nach mehrjähriger parlamentarischer Debatte mangels Zweidrittelmehrheit an Differenzen über die Zusammensetzung des Gremiums.

Der Mitarbeiter des Stadtarchivs Krefeld, Joachim Lilla, hat mit diesem vorbildlich edierten Band eine umfangreiche Dokumentation vorgelegt, die als gelungenes Fundament einer weiteren Erschließung dienen kann. Anknüpfungspunkte finden sich reichlich, darunter inhaltliche Debatten oder politikökonomische Aspekte, die die Mitglieder betreffen. Das Handbuch gliedert sich in eine umfangreiche Einleitung, die sich mit der Entstehung und Arbeit des vorläufigen Reichswirtschaftsrates befasst. 160 Seiten Quellen- und Literaturangaben sowie 270 Seiten biographische Dokumentation der 579 Mitglieder schließen sich an. Thematisiert werden auch Vorläufer wie der preußische Volkswirtschaftsrat (1880–1884), der bereits die Schwierigkeiten wirtschaftskundiger Beratung und einer außerparlamentarischen Integration der Wirtschaft zeigt, und Nachläufer wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage und zwei europäische Pendant der Nachkriegszeit.

Berlin

MICHAEL VON PROLLIUS

JOHANN KASPAR RIESBECK: *Briefe eines reisenden Franzosen*. Hg. von Christian Döring. Die Andere Bibliothek, Berlin 2013, 681 S., 99,00 €.

Die Briefe eines reisenden Franzosen erschienen 1783 und wurden auf Anhieb ein großer literarischer Erfolg. Will man verstehen, wie die sogenannten gebildeten Stände in den deutschen Staaten am Vorabend der französischen Revolution dachten, so muss man dieses in einem wunderbaren Stil geschriebene Buch lesen. Der Autor hatte sich dabei nur als Franzose getarnt, war aber Deutscher, geboren in Höchst bei Frankfurt am Main. Johann Kaspar Riesbeck, der 1786 mit nur 33 Jahren starb, hatte als wacher Zeitgenosse ein bewegtes Leben geführt, war keinem Streit aus dem Weg gegangen,

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

verfügte bei scharfem analytischen Verstand über eine unbändige Spottlust und war erster Redakteur der 1780 gegründeten Züricher Zeitung.

Tatsächlich hatte Riesbeck große Teile Deutschlands, die er beschreibt, nie selber gesehen, doch war er als hoch gebildeter wacher politischer Journalist auf der Höhe der Zeit. Wien, Teile Österreichs und das Rheintal kannte er sicher aus eigener Anschauung. In Berlin war er dagegen wohl nie gewesen. Was für die Zeitgenossen den Reiz der Briefe ausmachte war, dass sie im Grunde einen ausführlichen Kommentar zu den politischen, wirtschaftlichen und religiösen Zuständen in Deutschland darstellten, der an Offenheit nichts zu wünschen übrig ließ. Das Ganze war eingebettet in ausführliche Sittengemälde, Landschafts- und Städtebeschreibungen, die sprachliche Kleinode darstellen.

Ausführlich beschäftigt sich Riesbeck mit dem Einfluss der Religion auf die Wirtschaft. Dabei nimmt er Max Webers protestantische Ethik hundert Jahre vorweg und relativiert sie gleichzeitig. Am förderlichsten für die Wirtschaft seien demnach die Reformierten, noch deutlich vor den Lutheranern und abgeschlagen die Katholiken. Gleichzeitig weist Riesbeck aber darauf hin, dass der Einfluss der Religion nicht übertrieben werden solle und nur einen Faktor unter vielen für wirtschaftliche Entwicklung darstelle. Sonst wäre die ökonomische Leistungsfähigkeit des katholisch geprägten Frankreich und der spanischen Niederlande nicht zu erklären.

Viele seiner Beobachtungen haben eine Bestätigung durch die wirtschaftshistorische Forschung erfahren. So behandelt er ausführlich die sehr bescheidene Ernährung bei enormem Kaffeekonsum im gewerbereichen Sachsen, verglichen mit der Völlerei in vielen rein bäuerlichen Gegenden. Überhaupt bestätigt Riesbeck, dass deutsche Bauern Ende des 18. Jh.s gerade in fruchtbaren Gebieten mit guten Absatzmöglichkeiten für ihre Erzeugnisse kein Elendsdasein fristeten, sondern sich einen bescheidenen Wohlstand erarbeitet hatten. Sein ökonomisches Verständnis bewegt sich dabei noch ganz im Rahmen des Merkantilismus. Wichtig für ihn ist ein florierender innerer Markt, aber Importe sind soweit als möglich zu beschränken. Von einer Befürwortung des Freihandels und wirtschaftspolitischer Abstinenz des Staates im Sinne der englischen Klassik trennen Riesbeck Welten.

Auch sein politischer Horizont bewegt sich noch ganz im Rahmen des aufgeklärten Absolutismus. Sein politischer Bezugspunkt ist der aufgeklärte Fürst, der durch weise Reformen den Wohlstand seiner Untertanen mehrt und für ein stabiles Gemeinwesen sorgt. Der Inbegriff des aufgeklärten Monarchen ist für ihn Friedrich der Große. Überhaupt stellt für ihn das friderizianische Preußen den Höhepunkt aufgeklärter Staatskunst und Wirtschaftspolitik dar. Sogar seine ausführliche Beschreibung des Berliner Bordellwesens endet als Eloge auf die Weisheit Friedrichs des Großen. Kenntnissreich behandelt Riesbeck die Auseinandersetzungen an den einzelnen deutschen Höfen zwischen aufgeklärten Reformern und den Kräften der Beharrung. Sein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Habsburger Reich, da er auch einige Jahre in Wien gelebt hat. Als Fortschritts hemmnis sieht er vor allem die katholische Kirche.

Hervorzuheben ist noch einmal die sehr gute Lesbarkeit des Buches. Auch wenn die statistischen Angaben Riesbecks mit Vorsicht zu genießen sind, so vermitteln die Briefe eines reisenden Franzosen einen sehr guten Eindruck von Stimmung und Sicht auf die Welt im aufgeklärten Deutschland sowie von den politischen Erwartungen. Zu erwähnen ist noch die verschwenderisch schöne Ausstattung des Buches mit zeitgenössischen Stichen.

Halle (Saale)

MICHAEL KOPSIDIS

HARTMUT SCHLEIFF/PETER KONEČNÝ (Hg.): *Staat, Bergbau und Bergakademie. Montanexperten im 18. und frühen 19. Jahrhundert* (VSWG, Beiheft 223). Steiner, Stuttgart 2013, 382 S. (15 s/w-Abb., 5 Tab.), 62,00 €.

Die Gründung von Bergakademien in Europa im letzten Drittel des 18. Jh.s leitete eine neue Phase in der Ausbildung von fachlich kompetenten Bergbeamten ein, die sich in ihrem Dienst für die staat-

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

lichen Ziele ihrer jeweiligen fürstlichen Regierungen und für das Gemeinwohl einsetzten und Bergbau und Hüttenwesen technologisch wie wirtschaftlich fortzuentwickeln bereit waren, wie es die kameralistischen Schriften der Zeit verlangten. Die zuvor *ad personam* gebundenen Expertenkenntnisse wurden nun in Institutionen gesammelt und als konzentriertes Wissen gebündelt. Sie waren damit wesentlich leichter zu reproduzieren. Der besondere Status der Bergbeamten innerhalb des frühmodernen Staates hatte seine Ursache in der engen Verknüpfung des naturwissenschaftlich-kameralistischen Wissens mit dem Gedankengut der Aufklärung. Das erklärt die Bedeutung des bergbauwissenschaftlichen Sozialmodells und das elitäre Selbstverständnis der Beamten.

Diese Thematik wird von europäischen Historikern in 16 Beiträgen vorgestellt und bestätigt die Ergiebigkeit der Fragestellung, die bereits 2009 auf einem Symposium der TU Bergakademie Freiberg diskutiert wurde. Die Herausgeber gliedern die Aufsätze des Tagungsbandes in vier Abschnitte, die sich eine große Vielfalt unterschiedlicher Forschungsansätze auszeichnen. Die Erkenntnisse des einleitenden Aufsatzes zur Aufklärung unter Tage hat der Verfasser bereits am Beispiel des SalzweSENS extrapoliert.

Zunächst werden Fragen des Wissenstransfers analysiert, sei es am Beispiel der Berufung ausländischer Fachleute nach 1700 in Schweden durch die zentrale Bergbaubehörde oder des Bergbau-Seminars im norwegischen Kongsberg, als es um die Anwendung theoretischer Kenntnisse in praktischen Versuchsmodellen ging. Ein gescheiterter Technologietransfer Ende des 18. Jh.s, die Übertragung der hüttentechnischen Produktionsmethode des Amalgamationsverfahrens durch Ignaz von Born nach Lateinamerika, war eher die Ausnahme. Der Transfer von Wissen durch Fachleute war dagegen in den habsburgischen Ländern im 18. Jh. die Regel. In Wien saßen zu dieser Zeit die besten Kenner der Instrumentenentwicklung (Astronomie, Markscheiderequisiten).

Die neue Generation leitender Berg- und Hüttenbeamter, die der Wissenschaft aufgeschlossen gegenüberstand und sie zum Nutzen des Berg- und Hüttenwesens einsetzen wollte, galt als treibende Kraft zur Errichtung von Bergakademien. Die Strukturen der zeitgenössischen Bergbauverwaltung und -wirtschaft und die eigenständigen Lehrangebote an Bergakademien waren eng miteinander verbunden. Zugleich wurden Defizite deutlich, die sich am Beispiel Freibergs durch normative Verstöße gegen die bergakademische Ausbildung belegen lassen, denn diese diente der Rekrutierung von Beamten im sächsischen Bergwerksstaat, um den Betrieb der Hütten und des Bergbaus zu kontrollieren. Preußen schuf Voraussetzungen zur Gründung einer Bergschule in Berlin (zwischen 1770 und 1820 ohne eine feste institutionelle Verankerung in Form eigener Ausbildungsstätten), die nach einer Übergangszeit 1860 in eine Bergakademie einmündeten.

Zu den montanistischen Ausbildungsstandards im Prozess der Ausdifferenzierung wissenschaftlicher Disziplinen gehörte die Bedeutung der Geowissenschaften in Preußen und England (Abraham Gottlob Werner, 1775–1817, Mineraloge in Freiberg; Johann Joachim Lange, 1724–1765, Mathematiker in Halle), zugleich eine frühe Form der Eingliederung mathematisch-naturwissenschaftlichen Wissens über das Berg- und Hüttenwesen in die akademische Lehre. Zu einer Ausbildungsstätte für akademisch gebildete Bergleute ist Halle allerdings nicht geworden. In Berlin dagegen konnte solch eine Ausbildung propädeutisch an der Bergschule absolviert werden, wenn auch das Verhältnis von Theorie und Praxis fernab von Gruben- und Hüttenwerken problematisch blieb.

Montanexperten, die in ihrem Bildungsweg und Wirkungsbereich handwerkliches Wissen und wissenschaftliche Expertise verbanden, waren zum Ende des 18. Jh.s durchaus verbreitet, z. B. der herausragende Praktiker und Oberbergmeister Georg Andreas Steltzner, der eine Beschreibung des Zustands und der Entwicklung des Oberharzberger Bergbaus im Übergang zur Industrialisierung entwarf, oder der Mineraloge Carl Abraham Gerhard, seit 1768 Mitglied der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften und Bergrat „vom Leder“, d. h. mit Handlungsräumen für wissenschaftliche und technologische Explorationen ausgestattet. Zu seinen Aufgaben gehörten jährliche Inspektionen vor Ort. Mit Friedrich Anton von Heynitz führte er eine langjährige Auseinandersetzung um die angemessene Ausrichtung der Berliner Bergschule. Ein weiteres Problem im Kontext des staatlichen Direktionsprinzips ist das knappschaftliche System im Märkischen Steinkohlenrevier, 1767 von Preußen aus wirtschafts- und finanzpolitischen Einbindungsversuchen eingeführt und 1854 aus politischen Überlegungen wieder aufgegeben. Schließlich geht es um den mexikanischen Silberboom im 18. Jh. und dessen Zusammenhänge bei der Analyse von Edelmetallströmen in der Frühneuzeit.

Der Band mit seiner breit gefassten Thematik versammelt Arbeiten heterogenen Zuschnitts: Während wissenschafts- und technikgeschichtliche Perspektiven stringent vorgetragen werden, formulieren weitläufig angelegte Texte wirtschafts- und sozialhistorische Fragestellungen, um Staat, Bergbau und Bergakademien tendenziell zu integrieren.

In einem abschließenden Memorandum wird der italienischen Wirtschafts- und Montanhistorikerin Donata Brianta gedacht, deren unvollendet gebliebenes Manuskript zum Thema *Mining education in the pre-unification Italian states between the Age of Reform of the 18<sup>th</sup> century and the nation-state building process* zu Recht in die Publikation mit aufgenommen wurde.

Marburg

HANS-JOACHIM KRASCHEWSKI

MICHAEL C. SCHNEIDER: *Wissensproduktion im Staat. Das königlich preußische statistische Bureau 1860–1914*. Campus, Frankfurt a. M./New York 2013, 467 S. (3 Tab.), 49,90 €.

Die Erhebung immenser Datenmengen durch staatliche Stellen steht im Zentrum von Michael C. Schneiders Buch. Das mag an gegenwärtige Diskussionen über *Big Data* erinnern, aber Schneider bezieht sich nicht auf aktuelle Fragen, vielmehr konzentriert er sich auf den Zeitraum von 1860 bis 1914, in dem sich nach dem „statistischen Enthusiasmus“ (Westergaard) der ersten Hälfte des 19. Jh.s das statistische Wissen und mit ihm die statistischen Ämter als Hilfen für die Lösung gesellschaftlicher Umbruchprozesse formierten. Im Zentrum steht die Frage nach den Bedingungen, den Möglichkeiten und dem Eigenleben dieser Behörden, für die das 1805 gegründete Königlich Preussische Statistische Bureau exemplarisch untersucht wird. Nach der Darstellung der Organisation und Konzeption der preußischen amtlichen Statistik im ersten Teil stehen im zweiten Volkszählungen im Zentrum, die im dritten Teil durch weitere Themenfelder der amtlichen Bevölkerungsstatistik, d. h. die Konfessions-, Sprachen- und Berufsstatistik, ergänzt werden. Diese Auswahl ist deshalb plausibel, weil die Bevölkerungs- neben der Gewerbestatistik zentralen Stellenwert in der amtlichen Statistik des 19. Jh.s besaß.

Als Rahmen für seine Analyse wählt der Verfasser die Systemtheorie von Niklas Luhmann und hier vor allem die Autopoiesis. Denn Schneider geht von der These aus, dass es sich bei dieser Institution um „eine Organisation zur Erkenntnisgewinnung handelte, die sich als Organisationssystem innerhalb der staatlichen Verwaltung selbsttätig ausdifferenzierte“ (S. 15). Daraus entstand eine Dynamik der zunehmenden Wissensproduktion aus dem System selbst heraus. Soziale Bezüge, verstanden als bedeutende externe Einflüsse, können seiner Meinung nach nicht als Anlass für Veränderungen im Bureau angesehen werden (S. 17). Zwar gab es – in der Luhmann’schen Sprache – „strukturelle Kopplungen“ und „Irritationen“, aber diese änderten nach Schneiders Einschätzung das System nicht. Das kann man ihm nun glauben oder aber nicht, denn seine grundlegende Annahme, dass die preußische amtliche Statistik primär nach ihrer eigenen Logik gearbeitet habe, führt er auf einen „Eindruck“ (S. 18) zurück. Entscheidet man sich, Schneider in dieser Grundannahme zu folgen, so ergibt sich die aufschlussreiche Geschichte einer Institution, die 1911 zu der Selbsteinschätzung kam, als Teil des staatlichen Behördenapparates zugleich Statistik als Wissenschaft betreiben zu können. Maßgeblich an der Geschichte beteiligt waren die Direktoren des Bureaus, vor allem der von 1860 bis 1882 amtierende Ernst Engel. Schneider zeigt, wie es Engel in z. T. zähen Aushandlungsprozessen mit vorgesetzten Einrichtungen vielfach gelang, seine Ziele zu erreichen (z. B. Orientierung an wissenschaftlichen Maßstäben, methodische Innovationen wie die Einführung der Selbstzählerkarte, Zentralisierung der Erhebung, Personalaufbau). Als Engel in Ungnade fiel und 1881/82 entlassen wurde, waren bereits wichtige Weichen gestellt. In den folgenden Jahrzehnten ging es vornehmlich um „Detailprobleme“ (S. 277). Vor der Vergleichsfolie der Volkszählungen fragt Schneider im letzten Teil danach, ob die identifizierten Mechanismen der Wissensproduktion auch auf andere Bereiche der Bevölkerungsstatistik Einfluss nahmen, und kommt u. a. für die Konfessi-

onsstatistik zu dem Ergebnis, dass auch sie dem autopoietischen Mechanismus einer stetigen Ausweitung des statistisch Wissenswertes folgte.

Ob das Luhmann'sche System sich tatsächlich für eine umfassende Analyse der Wissensproduktion eignet oder ob andere wissenschaftsgeschichtliche Zugänge, die sich z. B. an dem eingangs von Schneider verworfenen Foucault orientieren, besser geeignet wären, daran mögen sich die Geister scheiden. So stellt sich die Frage, ob das Königlich Preußische Statistische Bureau tatsächlich frei von äußeren Einflüssen walten konnte, wie Verfasser immer wieder behauptet. Er selbst erwähnt mehrfach externe Faktoren, aber verfolgt diese nicht weiter bzw. kann diese anhand der gewählten Quellen auch gar nicht weiter verfolgen. Interessant wäre die Öffnung des Systems auch vor dem Hintergrund der eingangs erwähnten aktuellen Fragen zur Datensammlung, -verwaltung und -nutzung von Staaten. Nichtsdestoweniger: Es ist Schneiders Verdienst, die Wissensproduktion des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus in seiner institutionellen Eigenlogik inklusive seiner methodischen Diskussionen und wichtigsten Paradigmen herausgearbeitet zu haben. Somit bietet das Buch die zentrale Referenz für alle Historiker, die mit den Daten der Volkszählungen, Konfessions-, Sprachen- und Berufsstatistiken arbeiten wollen.

Tübingen/Trier

KERSTIN BRÜCKWEH

EUGEN WENDLER: *Friedrich List (1789–1846). Ein Ökonom mit Weitblick und sozialer Verantwortung*. Springer Gabler, Wiesbaden 2013, 336 S., 44,99 €.

Die vorliegende Arbeit erweist sich in zweierlei Hinsicht als bemerkenswert, denn einerseits gibt sie einen umfassenden Einblick in Leben, Denken und Wirken eines bedeutenden, doch häufig missverstandenen deutschen Nationalökonomen und andererseits bildet sie den „Schlussstein“ des beeindruckenden Lebenswerkes eines Autors, der über vierzig Jahre seines Lebens der Forschung über Friedrich List gewidmet hat. Was nun die Biographie des Protagonisten anbetrifft, so lässt der umfangreiche Band keine Fragen offen. Selten wird man in der Literatur in solcher Datenfülle und Anschaulichkeit über den persönlichen Lebensweg eines Forschers informiert. Und die Person bietet ja auch einiges: seinen ungewöhnlichen Aufstieg vom württembergischen Schreiber zum renommierten Professor ohne Studium in Tübingen, den darauf folgenden sozialen Absturz wegen seiner Verurteilung zu Festungshaft mit Zwangsarbeit als gerichtsnotorischer Schwerverbrecher, die Flucht über Frankreich und die Schweiz nach Amerika, die Rückkehr nach Europa als vielfach geehrter amerikanischer Konsul, seine Zeit als erfolgloser Projektemacher in mehreren deutschen Staaten und schließlich seinen Selbstmord auf dem Weg in den Süden. Doch dieser verschlungene Lebensweg hat Friedrich List keineswegs daran gehindert, auch ein bemerkenswertes wissenschaftliches Oeuvre zu hinterlassen. Ganz im Gegenteil: Seine vielfältigen Lebenserfahrungen haben ihn dazu befähigt, einen gänzlich anderen Blick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Zeit zu entwickeln, als das den klassischen Ökonomen aus dem Blickwinkel der Londoner City bzw. den Sozialisten aus der Sicht der Slums von Manchester oder der Perspektive des Lesesaals der Bibliothek des Britischen Museums möglich war.

Die vielfältigen Lebenserfahrungen haben das ökonomische Denken Lists entscheidend beeinflusst und befruchtet und ihn davon abgehalten, sich lediglich abstrakter Theoriebildung zu widmen, deren Ergebnisse in der Form der statischen Individualtheorie der klassischen Politischen Ökonomie er heftig kritisiert. Das wird bereits, wie der Verfasser eindrucksvoll darlegt (S. 151–155), in Lists erstem Hauptwerk, den „*Outlines of American Political Economy*“ von 1827 überdeutlich. Darin plädiert er für eine Nationalökonomie als Synthese der ökonomischen und politischen Problemstellungen seiner Zeit. Seinen amerikanischen Erfahrungen folgend, erscheint ihm zudem die Berücksichtigung der sozialen und politischen Rahmenbedingungen im Wirtschaftsprozess als unbedingt notwendig. Dem Staat müsse dabei die Rolle zufallen, die nationale Wirtschaftskraft zu stärken und

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

ihr Schutz gegenüber auswärtiger Übervorteilung zu gewähren. Diese Gedanken werden in seinem zweiten Hauptwerk, dem „Natürlichen System der Politischen Ökonomie“, 1837 in französischer Sprache als Manuskript für eine Preisaufgabe der Pariser „Académie des Sciences Morales et Politiques“ verfasst und erst 1926 wiederentdeckt, weiter ausgestaltet. Hier wird eine dynamische Produktionstheorie als ein „System der produktiven Kräfte“ entwickelt und der englischen Klassik mit ihrem statischen „System der Werte“ entgegengestellt. Eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst demnach den Entwicklungsprozess einer Volkswirtschaft, und den uneingeschränkten Freihandel, wie von den Klassikern gefordert, lehnte List mit guten Gründen ab und plädierte für eine auf der Theorie einer „infant industry“ beruhenden temporär hilfreichen Schutzzolltheorie (S. 197-204). Übrigens kommt dem Autor des vorliegenden Bandes das Verdienst zu, 1983 ein bis dahin unbekanntes Manuskript von Friedrich List mit einer Antwort auf eine zweite Preisfrage der genannten Académie von 1837 entdeckt zu haben, in dem es um die Behandlung verkehrspolitischer Fragen ging (S. 204-209).

Das weithin bekannte dritte Hauptwerk „Das nationale System der Politischen Ökonomie“ wurde erst 1841 publiziert. Darin hat List die Ideen der „Outlines“ von 1827 und des „Natürlichen Systems“ von 1837, wie der Verfasser der Biographie anschaulich darlegt, erneut aufgegriffen und weiterentwickelt (S. 217-225). Das „System der produktiven Kräfte“ zur Entwicklung einer Volkswirtschaft zeigt sich darin als weitaus komplexer und vielfältiger als bislang erläutert und umfasst z. B. auch das „Wissen“ und die sonstigen geistigen Kräfte eines Volkes. Für die Entwicklung der verschiedenen Volkswirtschaften lassen sich nach Auffassung Lists zudem systematisch historische „Stufen“ aufzeigen.

Insgesamt erweist sich also das wissenschaftliche Werk Friedrich Lists als wesentlich differenzierter und zukunftssträchtiger als es seine gängige Charakterisierung als bloßer Schutzzöllner vermuten lässt. Das spiegelt sich auch in der Rezeptionsgeschichte der List'schen Arbeiten, die der Autor ebenfalls ausführlich schildert (S. 239-266). Die zweite Charakterisierung als Eisenbahnpionier verdankt List seinem wirtschaftspolitischen Wirken nach der Rückkehr nach Europa. Zwar war er auch bereits in Amerika an der Gründung einer ersten Eisenbahngesellschaft beteiligt gewesen (S. 144-150). Dabei hatte er einen großen Teil seines dort erworbenen Vermögens verloren, doch erst nach seiner endgültigen Rückkehr nach Europa im Jahr 1832 widmete er sich hier mit großem Enthusiasmus ähnlichen Projekten. Den Anfang machte der Bau der sächsischen Eisenbahn, in den er viel Zeit und Mühe investierte, der für ihn aber als „Tragödie“ (S. 178) endete, und ähnlich erfolglos für sein persönliches Fortkommen waren die Versuche in Preußen (1835) und in Frankreich (1837) sowie bei den thüringischen Eisenbahnen (1840). Überall waren sein Rat und seine Expertise zwar hochwillkommen, doch trotz seiner zahlreichen Denkschriften zu den verschiedenen Projekten und seiner Beteiligung an deren Umsetzung sprangen nirgends eine auskömmliche Anstellung oder gar finanzielle Beteiligung heraus, allenfalls bescheidene Ehrengeschenke, Festmahle, Audienzen oder sonstige Ehrungen. Dies verwundert schon ein wenig, hatte List doch ansonsten Kontakte zu allerhöchsten Kreisen, bis hin zu Kaiser Franz I. in Wien und zum König in Preußen, von denen er im Laufe seines Lebens ebenso empfangen wurde wie von zwei amerikanischen Präsidenten. Den französischen General Lafayette, den er 1824 in Paris kennengelernt hatte, begleitete er sogar auf dessen „Triumphzug“ durch die USA (S. 135 f.). Fürst Metternich hingegen verfolgte ihn offenbar lebenslang mit bemerkenswerter Ablehnung, wenn nicht gar Hass, ließ ihn vom Geheimdienst überwachen und verhinderte manche lukrative und ehrenvolle Anstellung.

Was nun den wissenschaftlichen Wert des Oeuvres von Friedrich List angeht, so scheint mir in dem vorliegenden Werk ein Wissenschaftler charakterisiert zu sein, der einer abstrakten Modellbildung äußerst skeptisch gegenüberstand und deshalb Nationalökonomie aus dem prallen Leben schöpfend als Sozialökonomie im modernen Sinne verstand. Nicht abstrahierende Modelle, auf wenige Variablen beschränkt, zudem statisch orientiert, schienen ihm die angemessene Form, sich mit den ökonomischen Problemen der Zeit auseinanderzusetzen, sondern die aus den aktuellen Problemen erwachsende praktische Lösung erachtete er als weitaus angemessener. Sein Aufenthalt in den USA galt ihm dabei als „hohe Schule der Nationalökonomie“ (S. 161) und nicht allein das Studium gelehrter Abhandlungen. Diese Form ökonomischen Denkens ist in der Krise der heutigen,

neoklassisch fixierten Volkswirtschaftslehre manchem Wissenschaftler ebenfalls anzuempfehlen.

Dazu kann die Lektüre des vorliegenden Bandes beitragen, auch wenn einige weniger positive Punkte anzumerken sind. Dazu zählt zum einen der äußerst knappe wissenschaftliche Apparat, der eine umfassende Erschließung des List'schen Werkes an Hand des vorliegenden Bandes nur indirekt ermöglicht, nämlich über die Konsultation der umfangreichen Wendler'schen Publikationen. Zum anderen stören die häufigen und manchmal naiv anmutenden Bezüge auf aktuelle Frage- und Problemstellungen. Solche Parallelen mögen sich aus dem List'schen Werk ergeben, bedürften dann aber einer sorgfältigeren Erörterung. Alles in allem sollen diese Hinweise den großen Gewinn nicht schmälern, der mit der Lektüre des Bandes verbunden ist, zumal er sich gut liest, z. T. wegen des spannenden, ungewöhnlichen Lebens des Protagonisten. Das Buch ist zudem recht aufwendig gestaltet und mit einer Reihe informativer und schöner Darstellungen geschmückt.

Münster

TONI PIERENKEMPER

THOMAS WIRTZ: *Hospital und Hypothek. Das kommunale St. Jakobshospital auf dem Trierer Renten- und Immobilienmarkt 1450–1600* (Kleine Schriften der Trierer Historischen Forschungen 3). Klio-media, Trier 2013, 281 S. (27 Tab., 17 Karten), 32,90 €.

Die vorliegende Studie untersucht die Rolle des Hospitals St. Jakob als Kreditgeber und Akteur auf dem Immobilienmarkt der Stadt Trier an der Schwelle vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit und verbindet so das etablierte Gebiet der Spitalforschung mit dem zumindest in Deutschland noch vergleichsweise wenig beachteten Feld der Erforschung historischer Grundstücksmärkte und Kreditnetze. Die Bedeutung des St. Jakobshospitals ergibt sich zum einen daraus, dass es im späten 15. und 16. Jh. der mit Abstand größte Akteur auf dem städtischen Grundstücks- und Kreditmarkt war; zum anderen stand es unter der Aufsicht des in den 1430er Jahren neu formierten Trierer Stadtrats, der die Institution für seine wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele instrumentalisierte. Die wichtigsten Quellen der Untersuchung, die Rechnungsbücher der Hospital- und Zinsmeisterei sowie die städtischen Liegenschaftsregister, dokumentieren vor allem Rentenkäufe, die durch Hypotheken auf Immobilien abgesichert waren.

Wirtz gibt zunächst einen Überblick über die Strukturen und Konjunkturen des Trierer Renten- und Immobilienmarkts zwischen 1450 und 1600. Während der Beginn des Untersuchungszeitraums noch durch die wirtschaftlichen Folgen der sog. Manderscheider Fehde gekennzeichnet war, die sich vor allem in einer hohen Zahl von Altschulden manifestierten, zeichnete sich in der zweiten Hälfte des 15. Jh.s ein Aufschwung ab, der mit einer wachsenden Partizipation privater Kapitalgeber am Kreditmarkt einherging. Um 1500 geriet die Trierer Wirtschaft infolge von Epidemien und militärischen Konflikten jedoch in eine anhaltende Krise, in der sich Privatpersonen weitgehend vom Rentenmarkt zurückzogen, so dass kirchliche und karitative Kreditgeber diesen im 16. Jh. dominierten. Seit Mitte des 16. Jh.s konzentrierten sich die institutionellen Anleger mehr und mehr auf die Vergabe größerer Kredite, während die Zahl kleiner und mittlerer Darlehen bis zu einer Höhe von 100 Gulden zurückging. Außerdem floss Kapital nun „verstärkt in den Aufkauf von Liegenschaften, sodass sich der Immobilienmarkt massiv ausweitete“ (S. 77).

Gegenüber den anderen institutionellen Kreditgebern (Pfarrkirchen, Klöstern, Bruderschaften) zeichnete sich das St. Jakobshospital sowohl durch das Volumen seiner Geschäfte – es war für 16,5 Prozent des Gesamtumsatzes am städtischen Rentenmarkt verantwortlich (S. 163) und hatte Zinsansprüche an mehr als einem Viertel der Trierer Häuser (S. 173) – als auch durch die geographische Reichweite seiner Kreditvergabe aus. Anders als die Pfarrkirchen, deren Darlehensvergabe sich weitgehend auf den eigenen Pfarrsprengel konzentrierte, verlieh das Hospital Gelder in der gesamten Stadt und trat in Trier selbst wie in der Umgebung als Aufkäufer von Immobilien auf (S. 170). Daneben gelangte es auch durch Schenkungen und Pfründneraufnahmen an Grundstücke. In der

Vermietung von Häusern an „sozial Schwache“ und der Verpachtung billiger Gartengrundstücke sieht Wirtz Elemente einer über das Hospital gesteuerten städtischen Sozialpolitik. In der wirtschaftlich angespannten Situation während der zweiten Hälfte des 16. Jh.s mussten allerdings auch Immobilien veräußert werden, um zusätzliche Kredite vergeben zu können (S. 149 f.). Darlehensvergabe und Grunderwerb im Trierer Umland waren ein wichtiges Element zur Sicherung von Herrschaftsansprüchen wie auch der Getreideversorgung der Stadt (S. 195, 200).

Wirtz hat diese Ergebnisse in einer methodisch umsichtigen, sorgfältig aus den Quellen erarbeiteten Studie ermittelt und sie mit zahlreichen Tabellen und Karten untermauert. Der Aussagewert der Untersuchung bleibt allerdings weitgehend auf den lokalen Raum begrenzt, da der Autor allenfalls punktuell über den Trierer Raum hinausblickt.

Bamberg

MARK HÄBERLEIN

MICHAEL ZEUSKE: *Handbuch Geschichte der Sklaverei. Eine Globalgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart*. De Gruyter, Berlin/Boston 2013, 725 S. (31 Abb., 47 Karten), 129,95 €.

Die Geschichte der Sklaverei zählt zu den am besten erschlossenen Forschungsfeldern der Geschichtsschreibung. Rund zwei Dutzend (meist englischsprachige) enzyklopädische Darstellungen zeugen davon. Umso ambitionierter erscheint der Versuch von Michael Zeuske, ohne Ko-Autor(en) ein „Handbuch“ vorzulegen. Wenn man darunter eine systematische und vollständige Sammlung von Informationen zu einem Thema versteht, so trifft das hier zu. Von einem Handbuch muss man nicht erwarten, dass methodisches Neuland erschlossen und größere Bestände an Primärakten gehoben werden oder gar der Untersuchungsgegenstand in die Tiefe gehend erforscht wird. Zeuske legt ein kompaktes Grundlagenwerk vor, das die Zeit seit dem Holozän umfasst und sämtliche Kontinente einschließt.

Ein erster Blick auf das Inhaltsverzeichnis lässt zunächst keine klare Struktur erkennen und bleibt auch auf den zweiten Blick etwas eklektizistisch. Immerhin ist zu konstatieren, dass am Anfang das Bemühen um taxonomische bzw. definitorische Klärung steht („Was war Sklaverei?“, S. 97 ff.). Ferner plädiert Zeuske in einem einführenden „historisch-anthropologischen“ Essay für die Verwendung des Plurals „Sklavereien“. Angesichts der Vielheit der im Zeitverlauf auftretenden Erscheinungen, Merkmale und Profile ist das ein sehr akzeptables Ansinnen.

Dem folgen ein historiographischer Überblick und ein auf Methoden und Forschungspraxis „in globalhistorischer Perspektive“ bezogener Abschnitt (S. 27 ff.) Folgerichtig wird in einem weiteren Kapitel (S. 129 ff.) nach den welthistorischen Ursachen der Sklavereien gefragt. Deren Ausprägungen von der Kin-Sklaverei (S. 150 ff.) über „kleine“ und „große“ Sklavereien bis hin zu „Plantagensklavereien“ (S. 205 ff.) werden in den folgenden Abschnitten behandelt. Ein weiteres Kapitel greift relativ spät das zentrale Thema des Verhältnisses von Rechtsprechung und Sklaverei bzw. der Rechtskonstruktionen der Versklavung auf (S. 221 ff.). In gewisser Weise wird in diesem die Grundlage für die weiteren Kapitel geliefert, die sich dem organisierten Menschenhandel (S. 261 ff.) und den Konstellationen, Akteuren und Strukturen der Sklavenmärkte widmen (S. 298 ff.). Das nächste Kapitel nennt sich „Transkulturationen, Wissen und Widerstand“ (S. 382 ff.), wobei sich dem interessierten Leser nicht wirklich erschließt, was mit der Komponente „Wissen“ in diesem Zusammenhang gemeint sein soll.

Die Abschnitte „Tausend Namen der Sklaverei“ (S. 525 ff.) sowie „Andere Namen für andere Sklavereien“ (S. 540 ff.) sind grundlegend und gehörten an den Anfang. So scheinen sie fast beiläufig hinten angehängt. Das Schlusskapitel über den „Sklavereiboom des 21. Jahrhunderts“ (S. 571 ff.) ist überwiegend anhand von Zeitungsmaterial gearbeitet und in dieser unkritischen Form – zumal als Abschluss – verzichtbar. Die insgesamt reichhaltige Studie hätte eine differenziertere Abrundung verdient gehabt.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Im Vorwort sind zwar viele Archive genannt, doch im Quellenverzeichnis finden sich relativ selten konkrete (Verwendungs-)Nachweise der dort konsultierten Archivalien. Auch tiefergehende Spezialfragen, etwa jene nach den Systemen der Verträge und Unterverträge im Zusammenhang mit dem Sklavenhandel, werden in der Studie kaum thematisiert. Dass Titel häufig ohne genaue Seitenbenennung zitiert werden, ist sicher dem Hinweiskarakter eines Handbuchs geschuldet. Zuweilen wird die Neigung des Autors sichtbar, Firmen bzw. Kaufleute auf ihren Sklavenhandel zu reduzieren, ohne gültig nachzuweisen, ob überhaupt und wenn ja in welchem Umfang diese in das Geschäft, in Zeuskens Diktion in die „Kapitalisierung menschlicher Körper“, involviert waren. Auch wird der Faktor Risiko, der ja schließlich jegliches Unternehmertum, einschließlich der Sklavenhändler, prägt, zu wenig differenziert und distanziert thematisiert.

Das Werk enthält andererseits wichtige Hinweise auf neue Forschungsmethoden und -befunde, wie sie etwa die New Economic History (Robert Fogel, Stanley Engerman etc.) hervorgebracht hat. Daneben finden die umfassenden Werke und Konzeptionen der „klassischen“ Sklaverei-Forscher wie David Eltis und Herbert S. Klein angemessene Berücksichtigung. Dass die Studie einen stark additiven Charakter hat, ist der literarischen Form des Handbuchs und seines enzyklopädischen Charakters geschuldet und kaum zu kritisieren.

Eine Vielzahl von Karten erleichtert den Überblick über die vielen dargestellten räumlichen Migrations- und Verlagerungsprozesse. Das Sachregister ist etwas überladen mit Begriffen, die in diesem rund 700-seitigen Werk nur ein- oder zweimal auftauchen: Aggressivität, Ahnen, Maultiere, Melonen, Name, Organe, Ozeane, Preise, Pulver, Tuche etc. Das Literaturverzeichnis kann als solches nahezu Anspruch auf Vollständigkeit erheben, und es lässt sich nach Weltregionen (Europa, Amerika, Afrika und Atlantik, Indischer Ozean, Asien, Pazifik), Entwicklungsepochen und inhaltlichen Kriterien (Abolition, Transkulturation etc.) geordnet als strukturierter bibliographischer Überblick gut verwenden.

Auch wenn der eine oder andere Wunsch offenbleibt, ist dem Autor großer Respekt zu zollen für seinen akribischen und couragierten Versuch einer enzyklopädischen Bestandsaufnahme eines großen und heftig diskutierten Themas der Weltgeschichte. Sie bietet keine fundamental neuen Einsichten, stellt aber eine solide Zusammenfassung des aktuellen Forschungsstandes dar.

Jena

ROLF WALTER

### C. Sozialgeschichte

BERNO BAHRO: *Der SS-Sport: Organisation – Funktion – Bedeutung*. Schöningh, Paderborn u. a. 2013, 327 S. (14 Abb.), 44,90 €.

Der Forschungsstand zur SS ist thematisch weit gefächert und kaum noch zu überblicken. Dennoch wurde bislang die Bedeutung des SS-Sports in seinen unterschiedlichen Facetten weder von der Geschichtswissenschaft noch von Seiten der Sportgeschichte grundlegend aufgearbeitet. Dieser Aufgabe widmet sich nun der Potsdamer Sporthistoriker Berno Bahro.

Er zielt hierbei auf die prozessorientierte Darstellung und Analyse der Organisation des SS-Sports, auf seine Formen und Inhalte sowie Normen, Ziele und Funktionen, auf seine gestaltenden Handlungsträger und seine Wirkungen nach innen im SS- und nach außen im NS-Herrschaftsgefüge. Um diese Zielstellung umzusetzen, wählt der Autor sinnvollerweise eine diachron-entwicklungsgeschichtliche Gesamtkonzeption mit thematisch orientierten Schwerpunktsetzungen. Jeweils in Großkapiteln abgehandelt werden 1) die wehr- und kampsportlich orientierten Anfänge des in Umfang und Organisation noch rudimentären SS-Dienstsports innerhalb der SA bis 1934, dann 2) der Ausbau des Dienstsports über einen verpflichtenden Sportabzeichenerwerb der SS-Angehörigen (SA-Sportabzeichen, Reichssportabzeichen, geplantes SS-Leistungsabzeichen) in der an Eigenständigkeit und

Macht gewinnenden SS nach dem Röhm-Putsch bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, darauf folgend 3) der leistungssportliche Paradigmenwechsel und die elitär-leistungssportlichen Bestrebungen der SS nach der Vergabe der Olympischen Spiele nach Berlin, eng verbunden mit anwachsenden macht- und sportpolitischen Konfliktfeldern im polyvalenten NS-Herrschaftsgefüge bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, anschließend 4) exemplarische Fallstudien zu den SS-typischen, elitären Sondersportarten Fechten und Reiten, dann 5) die Wandlungen des SS-Dienst- und Leistungssportbetriebes zu einem instrumentellen Wehr- und Versehrtensport unter den besonderen Bedingungen des Zweiten Weltkrieges.

Aufgrund der quellengesättigten Informationsdichte erweisen sich die Orientierung gebenden „Zwischenbetrachtungen“ am Ende eines jeden Großkapitels als ausgesprochen sinnvoll, so dass die abschließende „Zusammenfassung“ der Untersuchungsergebnisse gut nachvollziehbar wird.

Auch wenn in der Einleitung der Eindruck erweckt wird, es handle sich konzeptionell um eine sozialwissenschaftlich orientierte Untersuchung mit zentraler Theorie- und Hypothesenbildung und darauf ausgerichteten Quellenrecherchen (siehe die Abschnitte „Methodische Vorüberlegungen“ und „Hypothese“), wird im Folgenden schnell deutlich, dass Bahro eine klassische, hermeneutisch-quellenkritisch orientierte Untersuchung mit klaren Fragestellungen vorlegt. Quellengrundlage der Arbeit sind hierbei umfassende archivalische Bestände, insbesondere aus dem Bundesarchiv Koblenz, und maßgebende zeitgenössische Periodika staatlicher, NS-parteilicher und sportverbandlicher Provenienz. Über eine Vielzahl von ideologiegeschichtlichen, militärhistorischen, ökonomischen, innen-, außen- wie sportpolitischen Kontextualisierungen gelingen dem Autor erkenntnisbringende Interpretationen der unterschiedlichen Facetten des SS-Sportes, die konstruktiv-kritisch in den jeweiligen Forschungsstand eingearbeitet werden. Zudem werden Theoriebildungen mittlerer und kürzerer Reichweite bei der Interpretation von Detailergebnissen erkenntniserweiternd herangezogen. Dies geschieht mit Hilfe von sozialpsychologischen Theorien zur Identitätsbildung bei der Analyse des Verhaltens von SS-Sportführern im sich verändernden zeithistorischen Kontext oder auch mit Hilfe der Max Weber'schen Unterscheidung von „Vergemeinschaftung“ und „Vergesellschaftung“ bei der Interpretation der sich wandelnden Bedeutung des SS-Sports in dem sich verändernden politischen Gesamtgefüge von 1923 bis 1945.

Neben vielfältigen (sport-)historischen Detail-Erkenntnissen, z. B. auch zur Person Heydrichs, kann als zentrales Untersuchungsergebnis festgehalten werden, dass der SS-Sport in zweierlei Hinsicht von Bedeutung war: Auf der einen Seite diente er der internen Auslese von Vorbildern, der Festigung des Korpsgeistes und der nach innen gerichteten Imagepflege und SS-Identitätsbildung. Auf der anderen Seite erscheint der NS-Sport „als Teil der ‚NS-Wettkampfgesellschaft‘, deren konkurrierende Gliederungen um die Vormachtstellung im deutschen Sport kämpften und das Prinzip der Auslese perpetuierten“ (S. 301).

Das Buch schließt zweifellos eine Lücke in der allgemeinen NS-Historiographie sowie im Besonderen auch in der NS-Sporthistoriographie. Nachdem hochwertige Darstellungen des DRL/NSRL, des DAF-KdF-Sports, vieler Sportverbände in der Zeit des Nationalsozialismus, des Polizeisports und nun auch des SS-Sports vorgelegt worden sind, bleibt zu hoffen, dass Ähnliches u. a. auch für den SA-Sport, den RAD-Sport, den HJ-Sport sowie den Reichwehrrsport geschieht. Nur auf diese Weise wird es zu immer tiefergreifenden Analysen und Interpretationen des sich insgesamt radikalisierten NS-Sportorganisationsgefüges mit seinen vielfältigen innen- und außenpolitischen Implikationen kommen können.

Bochum

ANDREAS LUH

HELMUT BRÄUER: *Im Dienste des Rates. Ordnung und Machtrealisierung durch Ratsbedienstete in einigen Städten Obersachsens und der Lausitz zwischen 1500 und 1800*. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2013, 195 S., 22,00 €.

Helmut Bräuer legt in der hier zu besprechenden kurzen Monographie eine kollektive Berufsbiographie frühneuzeitlicher Ratsdiener vor. Der Betrachtungszeitraum, die drei Jahrhunderte zwischen 1500 und 1800, und der Zuschnitt der untersuchten Städte Obersachsens und der Lausitz sind dementsprechend breit gewählt. Die „soziale Kategorie von Hilfskräften des Rates“ (S. 19) ist genauso breit und umfasst unterschiedliches Personal mit verschiedenen materiellen Hintergründen und bildungsbezogenen Biographien: Es reicht von Analphabeten bis zu Universitätsabsolventen, von armen beziehungsweise von Armut bedrohten Menschen bis zu Mitgliedern wohlhabender Familien, von Menschen, deren Dienertätigkeit für den Rat der Höhepunkt ihres beruflichen Werdegangs war, bis zu denen, die nach dieser Tätigkeit in den Stadtrat oder bis ins Bürgermeisteramt aufstiegen. Verbindendes Element all dieser Menschen war ihr Dienstverhältnis zum Rat. Bräuer nimmt eine Dreigliederung der Ratsdiener vor, die sich aus sachlicher und örtlicher Rathausnähe ergeben habe: 1) Schreiber, Boten, Wächter etc., die direkt im Rathaus oder in dessen Nähe tätig waren, 2) diejenigen Verwalter, Vögte, Wärter, Schreiber etc., die in stadteigenen Einrichtungen wie Spitälern arbeiteten, an denen es auch Nebenämter ohne Ratsdienercharakter gab, 3) Einzelakteure wie Hebammen und Schornsteinfeger, deren Dienste sich auf den gesamten Stadtbereich erstreckten.

Nach einer knappen Einführung in den Forschungsstand kommt Bräuer im einführenden Kapitel auf Fragen der Macht in der frühneuzeitlichen Stadt zu sprechen, die er als soziale Größe versteht. Da Macht nicht nur postuliert, sondern auch realisiert werden müsse, wendet er sich mit den Ratsbediensteten einer Gruppe zu, in der er „Verwirklichungskräfte von Rathauspolitik“ (S. 16) sieht. Die eigentliche Untersuchung beginnt mit Betrachtungen zur Bewerbung und Auswahl der Kandidaten für die zu besetzenden Ämter. Bräuer kann zeigen, dass die Bewerbungen von Normenkenntnis und -bewusstsein geprägt waren und die Bewerber sich vorwiegend als Ersuchende sahen, die sich den Denk- und Erwartungsschemata des Rates anzupassen wussten. Eidesleistung gegenüber dem Rat und Empfang der Dienstinstruktionen von diesem sind Gegenstand des anschließenden Kapitels, gefolgt von Betrachtungen zur Gliederung und Strukturiertheit der Ratsbediensteten. Ihre Besoldung sei grundsätzlich eine Kombination aus Geldzahlungen, Sachleistungen, Vergünstigungen und Sondergenehmigungen sowie aus Entlohnungen gewesen, die bei Tätigkeit fällig wurden. Bezüglich der Frage ihrer Dienstmentalität teilt Bräuer die Ratsbediensteten in drei Gruppen. Die Spitze der Ratsdienerschaft habe weitestgehend im Einklang mit den politischen Konzepten des Rates gestanden, die zweite Gruppe habe ihren Dienst gutwillig versehen, gegebenenfalls hätten diese Ratsdiener aber auch gegen den Rat Partei ergriffen. Die dritte Gruppe am unteren Ende der Einkommensskala habe oft misstrauisch und unwillig ihre Dienstpflichten erfüllt. Konflikte zwischen Ratsbediensteten und dem Rat bzw. der Bürgerschaft seien alltäglich, aber wenig spektakulär gewesen. Im Allgemeinen sei ihre Stellung als Amtspersonen anerkannt gewesen. Die Edition einer Quellenauswahl rundet das Buch ab.

Bräuer legt eine verständliche und nachvollziehbare Untersuchung vor, die allgemeine Ergebnisse liefert, dabei aber stets auf erläuternde Fallbeispiele zurückgreift. Bezüglich der Beschreibung der obrigkeitlichen Stellung der Stadträte, einer der analytischen Grundannahmen des Buches, vertritt der Verfasser in den Augen des Rezensenten zu sehr eine quasi-herrschaftliche Sichtweise, bürgergemeindliche Politikvorstellungen und -beteiligungen sind weitgehend ausgeblendet. Ob die Viertelsmeister, die zumindest in Zwickau von der Bürgerschaft vorgeschlagen wurden (S. 87), in die Kategorie der Ratsbediensteten gehören oder eher als bürgerchaftliche Vertreter gesehen werden sollten, erscheint einer Diskussion würdig. Trotz dieser Anmerkungen bleibt das Buch denjenigen zu empfehlen, die über Städte in der Frühen Neuzeit arbeiten. Es erhellt den alltäglichen Verwaltungsablauf und nimmt sich einer bisher zu selten betrachteten Gruppe an.

Kiel

DENNIS HORMUTH

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

SABINE BRAUNSCHWEIG: *Zwischen Aufsicht und Betreuung. Berufsbildung und Arbeitsalltag der Psychiatriepflege am Beispiel der Basler Heil- und Pflegeanstalt Friedmatt, 1886–1960*. Chronos, Zürich 2013, 351 S. (zahlr. Abb.), 39,50 €.

Obwohl in allen Krankeneinrichtungen das Pflegepersonal im Zentrum des Lebens- und Leidensalltags von Patientinnen und Patienten steht, hat sich die historische Forschung erst spät der Pflegegeschichte gewidmet. Inzwischen wird das Fach an vielen Hochschulen unterrichtet und besitzt seit rund drei Jahren sogar ein eigenes Periodikum „Geschichte der Pflege“. Die Autorin der hier vorzustellenden Basler Dissertation gehört schon seit einigen Jahren zur noch überschaubaren Zahl der Spezialisten. Mit der Basler Heil- und Pflegeanstalt Friedmatt, die 1886 mit 220 Betten als erste Schweizer Einrichtung im damals modernen Pavillonstil eröffnet wurde, hat sich Sabine Braunschweig für ihre detaillierte Studie den Bereich der Psychiatrie ausgewählt. Dieser unterscheidet sich von anderen Fachdisziplinen durch die relativ große Zahl männlicher „Wärter“ sowie durch die spät einsetzende Berufsausbildung. Bis zum Beginn des 20. Jh.s klagten Psychiater zwar ständig über die Untauglichkeit der Pflegepersonen und die hohe Fluktuation unter den Beschäftigten, räumten den Unterschichtsangehörigen (Pflegerinnen aus bürgerlicher Familie waren in der Psychiatrie allgemein selten) jedoch nur subordinierte Hilfsdienste ein. Die naturwissenschaftliche Wende in der Medizin, die mit Verzögerung auch die Psychiatrie erreichte, stellte bald jedoch höhere, vor allem hygienische Anforderungen. In Friedmatt begann die Vermittlung von Grundkenntnissen der Pflege, wie andersorts, durch ärztlichen Unterricht im Rahmen der Dienstzeit. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Pflege in der Psychiatrie allmählich zum Ausbildungsberuf, wobei die Gleichstellung mit der allgemeinen Krankenpflege sogar erst 1992 erfolgte. Die hohe Zahl der männlichen Pfleger hatte ihren Grund in den Sicherungsaufgaben der Heil- und Pflegeanstalten. Zunächst waren ausschließlich Wärter für die Männerabteilung zuständig. Dies änderte sich mit dem Ersten Weltkrieg, der auch die Schweiz zu militärischer Bereitschaft zwang. Persönliche Berichte von Schwestern der Friedmatt verweisen auf anfängliche Ängste, dann aber auch auf die Vorteile der Arbeit auf der Männerseite der Anstalt, denn Männer galten, wie bereits Dorothee Falkenstein für Aplerbeck bei Dortmund gezeigt hat, als das pflegeleichtere Geschlecht.

Ein wichtiges Kapitel der Dissertation widmet sich der Organisation des Pflegepersonals, welche, wie in Deutschland und Österreich, nach dem Ersten Weltkrieg verstärkt einsetzte. Die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen führten zur 48-Stundenwoche und zu mehr Freizügigkeit, dennoch blieb die en détail regulierte, hierarchisch streng gegliederte Anstalt Lebenswelt des Pflegepersonals, insbesondere der Frauen, welche, wollten sie berufstätig bleiben, auch weiterhin nicht heiraten durften. Psychische Erkrankungen und Suchtprobleme, aber auch Gewalttätigkeit konnten Folge dieser extremen Arbeitsbedingungen sein. Die Autorin bezieht hier Schilderungen von Patienten ein, die zeigen, dass es sich beim Personal keineswegs um eine homogene Gruppe handelte. Vielmehr war der Alltag durch vielfältige Interaktionen zwischen Pflegenden und Gepflegten geprägt. Der Kriminalroman „Matto regiert“ von Friedrich Glauser (erschienen 1936), der in die Arbeit leider nicht einbezogen wurde, schildert aus eigener Erfahrung dieses Innenleben für die Berner Kantonsanstalten in hervorragender Weise.

Mit besonderem Gewinn liest man Braunschweigs Forschungsergebnisse zur „medizinischen“ Tätigkeit des Pflegepersonals in Friedmatt. Die Pflegepersonen verfassten spezielle Journale, in die sie ihre Alltagsbeobachtungen eintrugen. Zunehmend wurden sie sich ihrer Bedeutung als Informationsgeber für die Ärzte bewusst. Im Bereich der therapeutischen Anwendungen besaßen sie Spielräume, welche den Kranken das Leben mehr oder weniger erleichtern konnten. Mit Einführung der verschiedenen Schock- und Krampftherapien war auch vom Pflegepersonal höhere Professionalität gefordert. Sehr schnell griff die „moderne“ Schweiz eugenisches Gedankengut auf, das den therapeutisch wenig erfolgreichen Anstalten wieder Auftrieb zu geben schien. In Friedmatt war 1925 bis 1928 ein herausragender Vertreter der Eugenik Direktor: Eugen Rüdin, der als Münchner Professor das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (1934) mitformulierte. In der Schweiz wurden vor allem Patientinnen zur Sterilisation vorgeschlagen; ihre Einwilligung wurde nicht selten mit entsprechendem Druck erlangt. Allerdings fanden die Operationen nicht in der Heil- und Pflegeanstalt

Friedmatt statt. Offensichtlich teilte das Pflegepersonal die zeitgenössischen Degenerationsängste, äußerte sich jedoch nur selten explizit. Eine einschneidende Veränderung bewirkte schließlich seit den 1950er Jahren auch für das Pflegepersonal die Einführung von Psychopharmaka („Largactil“). Nun wurden nicht nur Fenstergitter entfernt, sondern es erfolgte nach und nach eine Angleichung des Arbeitsalltags an die Gegebenheiten in anderen Krankenhäusern.

Ein Aspekt sollte zukünftig für die Schweizer Heil- und Pflegeanstalten noch untersucht werden: Auch nach Beginn der Krankenmorde im Deutschen Reich wurden Schweizer Patienten mit (wegen des deutschen Vaters) deutscher Staatsangehörigkeit noch über die Grenze abgeschoben. Ob sich Pflegepersonen, welche die Kranken gut kannten, dagegen wehrten, wäre zu erfragen.

Die gut lesbare Arbeit ist insbesondere da innovativ, wo es um die Sicht und die Tätigkeit des Pflegepersonals im Alltag geht. Die Grenzen, die der Friedmatt Quellenbestand setzt (die Aufzeichnungen der Pflegepersonen sind zum Beispiel nicht erhalten), versucht Braunschweig immer wieder durch Hinweise auf andere Schweizer Anstalten zu überschreiten. Schweizerische Spezifika, die etwa in der konfessionellen und sprachlichen Heterogenität des Landes begründet sind, deutet Braunschweig an. Ein internationaler Vergleich kann an diese Arbeit sehr gut anknüpfen.

Kassel

CHRISTINA VANJA

ALEXANDER BRUCE BURDUMY: *Sozialpolitik und Repression in der DDR. Ost-Berlin 1971–1989*. Klartext, Essen 2013, 365 S., 29,95 €.

Ausußernde Sozialpolitik und Repression gelten als zwei wesentliche Facetten der Spätphase der DDR. Zu beiden liegt nicht wenig Forschung vor, aber bisher wurden sie nicht explizit in einen Zusammenhang gebracht. Darin liegt vom Anspruch her die Originalität der hier vorliegenden, 2012 an der Aston University in Birmingham angenommenen Dissertation von Alexander Burdumy. Zudem betritt der Verfasser insoweit Neuland, als er diese Prozesse nicht für die DDR insgesamt, sondern bezogen auf einen einzelnen Bezirk – in dem Fall die immer herausgehobene DDR-Hauptstadt Ostberlin – betrachtet. Mit dieser Fokussierung möchte er die im Mittelpunkt stehenden Fragen konkreter beantworten: Wie und mit welchem Effekt wurde die Sozialpolitik eingesetzt, um die SED-Diktatur zu stabilisieren? Inwieweit konnte mit ihr Zustimmung unter der Bevölkerung erzielt werden und in welcher Weise beeinflusste sie die Repression oppositioneller Bewegungen in der DDR? (S. 9) Dazu betrachtet er vier Bereiche der Sozialpolitik näher: die Familien-, Renten- und Gesundheitspolitik sowie am ausführlichsten den Wohnungsbau. In den entsprechenden Abschnitten breitet Burdumy eine Fülle von Material aus, das er in den von ihm genutzten einschlägigen Archiven neu erschlossen hat. Dabei werden die sozialpolitischen Aktivitäten im Einzelnen aufgezeigt und mit der Meinung der Bevölkerung konfrontiert, die er mit Hilfe verschiedener Quellen – wie Eingaben, Stimmungs- und Meinungsberichten unterschiedlicher Provenienz sowie Stasi-Berichten – rekonstruiert. Hier liegt die Stärke der Untersuchung, wenngleich die Ergebnisse im Lichte der vorliegenden Forschungen vielfach nicht überraschend sind. Gewisse systemstabilisierende Effekte der Sozialpolitik sieht Burdumy vor allem in der ersten und mit Abstrichen auch in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Danach habe die Wirtschaftskraft der DDR nicht mehr ausgereicht, so dass er für den gesamten Untersuchungszeitraum keine positiven Wirkungen der Sozialpolitik ausmacht (S. 332). Verantwortlich sei dafür neben der unzureichenden Wirtschaftsleistung die große Vielschichtigkeit der Bevölkerung, weswegen die nur allgemein ausgerichtete Politik Honeckers keine breite Wirkung erzielen konnte (S. 338). Auffallend ist allerdings, dass die Repression – entgegen der Ankündigung im Titel – kaum eine Rolle spielt, wenn man von der nicht mit neuen Quellen unterlegten These absieht, dass diese in den letzten Jahren der DDR nachgelassen habe.

Bisweilen beruhen die Thesen des Autors – wie die von den Rüstungsausgaben als dem entscheidenden Faktor für die Überlastung der DDR-Wirtschaft im Vergleich mit der Sozialpolitik (S. 328 f.)

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

– aber auf Unkenntnis bzw. Nichtbeachtung der vorhandenen Literatur – in diesem Fall der von Rainer Karlsch ermittelten Daten zu den Militär- und Sicherheitsausgaben und den vom Rezensenten um Doppelzählungen bereinigten Ausgaben für die Sozialpolitik. Diese zeigen u. a., dass gerade in den 1970er und 1980er Jahren die Staatshaushaltsausgaben für die Sozialpolitik im engeren Sinne immer weit über denen für den gesamten Sicherheitsapparat lagen. Dagegen waren die Überlegungen von Mary Fulbrook offensichtlich stark prägend für die vorliegende Arbeit. Etwas unfreiwillig Komisches hat es aber, wenn der Autor den fünften Band der Gesellschaftsgeschichte von Hans-Ulrich Wehler immer wieder als Referenzwerk für die DDR heranzieht.

Darüber hinaus ist der Aufbau der Arbeit nicht ausreichend durchdacht: So wird die unzureichende ökonomische Basis der Sozialpolitik erst im letzten Kapitel (vor den Schlussbemerkungen) zu einem eigenen Thema, und die einzelnen Abschnitte innerhalb des fünften Kapitels springen teilweise chronologisch hin und her. Zudem erscheint der Gang der Argumentation an manchen Stellen unlogisch bzw. in sich widersprüchlich. Ärgerlich ist aber auch eine Vielzahl sachlicher Fehler, beispielsweise, wenn von einem in der DDR nie existenten Ministerium für Denkmalpflege die Rede ist (S. 186). Nicht zuletzt erscheint der Text sprachlich überarbeitungsbedürftig. Das alles hätte ein kenntnisreiches Lektorat vielleicht verhindern können.

Potsdam

ANDRÉ STEINER

ECKART CONZE U. A. (Hg.): *Aristokratismus und Moderne. Adel als politisches und kulturelles Konzept, 1890–1945* (Adelswelten 1). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2013, 384 S., 46,90 €.

Keine Frage, die historische Adelsforschung hat derzeit Konjunktur. Nachdem in den vergangenen Jahren bereits eine Reihe regionalgeschichtlich bzw. komparativ angelegter Studien zu verschiedenen „Adelslandschaften“ erschienen ist, hat Alexandra Gerstner den Blickwinkel erweitert, indem sie 2008 „Aristokratische Elitekonzeptionen zwischen Jahrhundertwende und Nationalsozialismus“ unter die Lupe nahm. Entsprechende Vorstellungen eines – nicht mehr zwingend auf den historisch legitimierten Geburtsadel beschränkten – „Neuen Adels“ leiten über zum Begriff des „Aristokratismus“, den die Herausgeber des hier anzuzeigenden Sammelbandes (Eckart Conze, Wencke Meteling, Jörg Schuster, Jochen Strobel) in den Mittelpunkt stellen und den man als eine Transformation adeliger Selbst- wie Fremdzuschreibungen auf imaginierte neue Eliten definieren könnte. Dass die Sehnsucht nach solchen Eliten in Zeiten einer als Krise wahrgenommenen Moderne besondere Konjunktur hatte, nimmt nicht wunder. Jean Renoirs Film *La grande illusion* (1937), in der Einleitung als ein „Abgesang auf die Welt des 19. Jahrhunderts“ (S. 9) interpretiert, liefert in Gestalt des darin von Erich von Stroheim verkörperten deutschen Majors von Rauffenstein das Titelbild (wobei den Herausgebern ein kleiner, aber ärgerlicher Detailfehler unterlaufen ist, denn das von Stroheim selbst angenommene „von“ ist mitnichten ein Adelstitel, sondern lediglich ein Adelsprädikat).

Während die als Schlusspunkt gewählte Zäsur von 1945 naheliegend erscheint, wird das Ausgangsjahr 1890, das keinen staats- oder verfassungsrechtlichen Umbruch markiert, etwas diffus als „die Entfaltung der Hochmoderne“ (S. 15) bezeichnet, mit der die untersuchten Diskurse vor dem Hintergrund eines zunehmenden Bedeutungsverlusts des historischen Adels ihren Anfang genommen hätten – wobei es Neuadelsvorstellungen selbstverständlich auch schon vor 1890 gab. Räumlich beschränken die Beiträge sich fast ausschließlich auf den deutschsprachigen Bereich. Das erklärte Bestreben der Herausgeber ist es, mit dem „Aristokratismus“-Begriff nicht nur verschiedene Wahrnehmungen und Deutungen von „Adel“ und „Aristokratie“, sondern auch konkrete gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen zu erfassen (S. 12 f.). Gleichwohl richten sie ihren Blick über die politik- und ideengeschichtliche Perspektive hinaus auch auf „ästhetisch-literarische Aspekte des Aristokratismus in der Moderne“ (S. 17–21) und wollen folgerichtig nicht nur Historikern, sondern auch Literaturwissenschaftlern ein Forum bieten.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Die chronologische und thematische Bandbreite der 17 Beiträge ist damit in etwa umrissen: Noch weitgehend am „realen“ historischen Adel orientieren sich Josef Matzerath, der den Adel primär als „Erinnerungsgemeinschaft“ begreift, Wencke Meteling, die die schleichende Erosion des preußischen Offiziersideals im Ersten Weltkrieg nachzeichnet, und Michael Seelig, der den noch weitgehend traditionellen Adelsbegriff im „Deutschen Adelsblatt“ um 1900 seziert. Einzelne Philosophen, Denker, Publizisten stehen im Mittelpunkt der Beiträge von Ulrich Sieg (Nietzsche-Rezeption im Kontext des Aristokratismus-Diskurses), Alexandra Gerstner (Neuadelskonzepte bei so gegensätzlichen Denkern wie Kurt Hiller und Edgar Julius Jung), Dirk Kaesler (Max Weber und seine Angst vor einer „Feudalisierung“ des deutschen Bürgertums) und Barbara Stiewe (Aristokratismus im Stefan-George-Kreis – nicht zuletzt am Beispiel des Hitler-Attentäters Stauffenberg). Günter Erbe wiederum kommt zwangsläufig auf Harry Graf Kessler zu sprechen, wenn er das Dandytum im 19. und frühen 20. Jh. betrachtet. Dem genannten literaturwissenschaftlichen Ansatz verpflichtet sind Jörg Schuster (Aristokratie als poetisches Konzept um 1900 bei Fontane, Rilke und Hofmannsthal), Helmut Lethen (literarische Flirts mit dem Aristokratischen – u. a. bei Gottfried Keller und Gottfried Benn) und Jochen Strobel, der den Geistesaristokratismus des ‚Inneren Emigranten‘ u. a. am Beispiel Ernst Jüngers ausleuchtet. Während Martin Kohlrausch die – tendenziell abnehmende – Rolle Wilhelms II. in Aristokratismuskonzepten um 1900 in den Blick nimmt, zeichnet Dina Gusejnova die Verbindung von Neuadels- und Europadiskurs zwischen 1919 und 1945 nach. Das Ableiten von Neuadelsdiskursen ins völkische Spektrum und die damit verbundene politische Verstrickung schließlich behandeln Daniel Menning (zunehmende Biologisierung des adeligen Familienverständnisses ab 1900), Ingo Wiwjorra (völkische Adelskonzepte zwischen Rassenideologie und rechter Esoterik), Ulrich Fröschle (Aristokratismus im nationalrevolutionären Diskurs der Zwischenkriegszeit) und Eckart Conze (Neuadelskonzepte in Nationalsozialismus und Widerstand).

Trotz noch bestehender definitorischer Unschärfen, was den „Aristokratismus“ als zentrale Analyse-kategorie angeht, ist den Herausgebern ein vielversprechender Auftakt gelungen. Die hier präsentierten ersten Ergebnisse warten darauf, in komparativer Weise künftig in einen größeren europäischen Kontext gestellt zu werden. Der nunmehr begründeten Reihe „Adelswelten“ ist in diesem Sinne Erfolg und die Aufmerksamkeit der Fachwelt zu wünschen.

Stuttgart

ROLAND GEHRKE

EMMANUEL DROIT: *Vorwärts zum neuen Menschen? Die sozialistische Erziehung in der DDR (1949–1989)*. Aus dem Französischen übersetzt von Michael Esch (Zeithistorische Studien 54). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2014, 380 S., 49,90 €.

Seine Studien beflaggt Emmanuel Droit mit der Feststellung, anders als in Frankreich habe sich in Deutschland „bislang kein Historiker in die Materie“ (S. 16), nämlich in das Thema Schule, speziell in die ostdeutsche Schulgeschichte, eingearbeitet. Es mag diese Sicht der Dinge sein, die dem französischen Autor bei der Titelsuche einen „neuen Menschen“ extemporieren lässt. Dieser freilich ist in keinem Gesetz, in keiner der zahlreichen schulpolitischen Direktiven, in keinem der einschlägigen pädagogischen, philosophischen, politischen, kulturpolitischen und sonstigen Wörterbücher und ebenso wenig in diversen Lehrwerken als sozialistisches Erziehungsziel benannt. Er taucht selbst in der „Großen Sowjet-Enzyklopädie“ (Ost-Berlin 1952) nicht auf.

Freilich waren die staatserzieherischen Ziele überaus ambitioniert. Wie im Bildungsgesetz von 1965 formuliert, sollte es um „hohe Bildung des ganzen Volkes“ gehen, um „die Bildung und Erziehung allseitig und harmonisch entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten, die bewusst das gesellschaftliche Leben gestalten, die Natur verändern und ein erfülltes, glückliches, menschenwürdiges Leben führen“. Wie hoch also war die Bildung, wie entwickelt die Persönlichkeiten, wie verändert die Natur, wie das Leben?

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Wer auf diesem weiten Feld und dann doch geleitet von der rhetorischen Frage im Buchtitel Aufschlüsse zum Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit sozialistischer Erziehung in der DDR erwartet, dem begegnen Befunde vor allem dann, wenn es um das Schulleben, den „Lehrkörper und die Schüler“ (S. 13) vornehmlich in Berlin (Ost) geht. Mit deutlicher Wendung gegen eine totalitarismustheoretische Lesart der Verhältnisse und anhand einer „dichten Beschreibung“ (S. 15) wird dem Leser partiell Einblick in den Alltag ostdeutscher Schulen gegeben. Dabei greift der sozialgeschichtlich orientierte Historiker vor allem für die Zeit ab den 1960er Jahren auf einige intern durchgeführte empirische Erhebungen, auf Fotos und mit Gewinn auch auf „Vor-Ort-Archive“, vor allem auf Protokolle, Schulchroniken und Klassenbücher, zurück. Die entsprechenden Passagen sind mit ihrem Spürsinn für soziale Realitäten originär und konstruktiv für weitere Forschungen.

Insgesamt offenbart die Studie anhand von Beispielen aus 40 Jahren Ostberliner Schulgeschichte reichlich Spannungen und Konflikte. Im Blick stehen Lehrer und Schüler, mit je eigenen Buchkapiteln auch die Elternausschüsse, die mit den Schulen kooperierenden Betriebe, die Jugendorganisation, zudem auch die an die Wehrerziehung gebundenen Aktivitäten. Durchaus treffend wird dabei das Verhalten der meisten Schüler und auch eines großen Teils der Lehrpersonen als ein „doppeltes Spiel zwischen dem Klassenzimmer und dem Draußen“, als ein „Tun als ob“ (S. 145 ff.) sichtbar gemacht. Zugleich findet Droit anders als bisherige Darstellungen Hinweise, dass politische Gegensätze von Schülern in manchen Fällen auch handgreiflich ausgetragen wurden (S. 153 ff.).

So dicht die Beschreibung der Interaktion „im schulischen Universum“ (S. 15) an einzelnen Stellen ist, so flüchtig und lückenhaft zeigt sie sich allerdings an anderen. Obgleich für die soziale Realität wichtiger als die Elternvertretungen, begegnet dem Leser die SED-Schulparteiorganisation bestenfalls im Vorübergehen. Auch den Schuldirektor bekommt er nicht recht zu Gesicht. Und überhaupt sind die einzelnen Themenfelder je nach Fundort eher episodisch besetzt. Längere Darstellungslinien vermisst man ebenso wie eine befriedigende historische Kontextualisierung. Die seit den 1960er Jahren entstandene Behördenüberlieferung bleibt dem Verfasser eine „Nebelwand“ (S. 19) und fällt für die Darstellung aus. Zwar weist die Liste der im Anhang verzeichneten Forschungsliteratur keine nach 2004 erschienenen Titel auf, doch unabhängig davon hätten Sachverhalte präziser dargestellt und Behauptungen wie die, dass die „schulischen Quellen“ über die Relegationen von Oberschülern und die Entlassungen von Lehrern im Frühjahr 1953 fast vollständig „schweigen“ (S. 162), vermieden werden können.

Berlin

GERT GEISSLER

KARL CHRISTIAN FÜHRER U. A. (Hg.): *Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920* (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe A: Darstellungen 44). Klartext, Essen 2013, 466 S., 39,95 €.

Der Band vereint die überarbeiteten Vorträge zweier Tagungen, die im November 2008 in Hamburg und im Januar 2009 in Bochum anlässlich des 90. Jahrestages der Novemberrevolution 1918 von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Hamburg gemeinsam mit dem Bochumer Institut für soziale Bewegungen veranstaltet wurden. Damit steuerten die Veranstalter gegen die auffällige Nichtbeachtung durch die ansonsten anlässlich von Jubiläen so umtriebiger agierende geschichtspolitische Öffentlichkeit. Die Novemberrevolution, eine „vergessene“ Revolution – so fragt Jürgen Mittag, einen Titel von Alexander Gallus aufgreifend, in seinem einleitenden Aufsatz, in dem er die Zielrichtung des Sammelbandes umreißt. Es geht nicht lediglich um eine Bestandsaufnahme bisheriger Forschung, sondern auch um Neubewertungen. Drei Zugriffe sollen dazu anregen: zum einen der Fokus auf die Veränderung der Arbeitsbeziehungen, zum zweiten die regionale Perspektive und drittens die Rezeption und Wahrnehmung der Revolution auch in transnationaler Dimension.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt ist das „Stinnes-Legien-Abkommen“ vom 15. November 1918, in dem sich der Wille zur Kooperation der Arbeitsmarktparteien jenseits des Staates niederschlug, ein

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

umstrittenes Abkommen, das, wie der Beitrag Klaus Schönhovens zeigt, gerade angesichts seines Scheiterns eine kritische Würdigung verdient. Eine „Magna Charta der deutschen Arbeiter“, so der ADGB-Vorsitzende Carl Legien, war dieses Abkommen wohl nicht, dennoch markierte es eine Zäsur auf dem Weg der kollektiven Arbeitsbeziehungen. Entgegen dem im Abkommen formulierten Anspruch der Autonomie nahm der intervenierende Staat im Zuge der staatlichen Schlichtung allerdings frühzeitig eine bedeutsame, sektoral sogar dominierende Rolle ein (Michael Ruck). Vieles an den in den Beiträgen präsentierten Ergebnissen ist keinesfalls Neuland. Die regionalen Auswirkungen (z. B. die Beiträge Willy Buschaks zur Metallarbeiterschaft an Rhein und Ruhr, Klaus Weinbauers zur Situation im Hamburger Hafen und Jürgen Mittags zu den Sozialisierungsdebatten im Ruhrgebiet), wie auch die Reflexionen in der Unternehmerschaft (Werner Plumpe am Beispiel Carl Duisbergs) zeichnen gleichwohl ein vielschichtiges Bild. Dass letzter Bereich keineswegs „ausgeforscht“ ist, unterstreicht Kim Christian Priemel. Er zeigt neue Forschungsfelder auf, die auf unternehmerische Handlungsweisen mit Möglichkeiten der Generalisierung und Typologisierung zielen. Ein Schwerpunkt des Bandes liegt naturgemäß im Bereich der Gewerkschaftsbewegung, die sozialdemokratisch orientiert, organisatorisch strukturkonservativ ausgerichtet und wenig revolutionär war (Thomas Welskopp). Mit einem Beitrag zu dem im Ruhrgebiet phasenweise starken Anarcho-Syndikalismus (Jürgen Jenko) wird der Blick jedoch auch auf eine Bewegung gerichtet, die sich völlig konträr zur korporatistisch ausgerichteten Politik der gewerkschaftlichen Führungsorgane entwickelte.

Neuland betritt der Band im Bereich der „Spiegelungen“ und „Wahrnehmungen“. Der Blick der französischen Sozialisten auf die deutschen Ereignisse (Joachim Schröder) und insbesondere die Rezeption der deutschen Revolution in Japan und bei der dortigen Arbeiterbewegung (Jan Schmidt) eröffnen für die deutsche Leserschaft neue Dimensionen. Dies gilt auch für den (erinnerungs-)kulturellen Bereich. Der 2011 verstorbene, ehemalige Leiter des Bochumer Instituts, Klaus Tenfelde, nimmt die Erinnerung an den „Ruhrkrieg“ im Gefolge des Kapp-Putsches im März 1920 anhand der Denkmalskultur in den Blick. Er konstatiert, dass die dramatischen, mit vielen Opfern verbundenen Ereignisse angesichts der wirkungsmächtigen Nachgeschichte (so bereits der „Ruhrkampf“ gegen die französisch-belgische Besatzung 1923) überlagert wurden und eine allenfalls fragmentierte Erinnerung besteht. Den Abschluss des Bandes bildet ein Beitrag zur Literatur des Ruhrgebietes „im Geiste der Revolution“ (Gertrude Cepl-Kaufmann).

Anders, als es der Titel erwarten ließe, geht es in der Mehrzahl der Beiträge nicht um die revolutionären Abläufe an sich – dies entspricht durchaus den Realitäten der Jahre 1918–1920. Die gewerkschaftlichen Akteure waren keine revolutionären Motoren – dies gilt mitnichten nur für die Spitzen der Verbände. Gleichwohl veränderte die Revolution das gewerkschaftliche Handlungsfeld nachhaltig. Dies jenseits vergangener „Verrats“-Thesen und aktueller Ignoranzerscheinungen in das Bewusstsein gerückt zu haben und die Tür zu einer erinnerungsgeschichtlichen Perspektive im Hinblick auf die positiven, sozialstaatlichen Bezüge geöffnet zu haben, ist das Verdienst des Bandes.

Leipzig

DETLEV BRUNNER

GUDRUN GERSMANN/HANS-WERNER LANGBRANDTNER (Hg.): *Im Banne Napoleons. Rheinischer Adel unter französischer Herrschaft. Ein Quellenlesebuch* (Schriftenreihe der Vereinigten Adelsarchive im Rheinland e.V. 4). Klartext, Essen 2013, 336 S. (16 Abb.), 24,95 €.

Zu den bedeutenderen Adelslandschaften des Alten Reichs zählte auch der Niederrhein, der im Wesentlichen preußische, pfalzbayrische und kurkölnische Gebiete umfasste und so gut wie keine hochadeligen, sondern landsässige Familien aufwies. Diesen bereitete die adelsfeindliche Politik der französischen Besatzung ab 1794 ein identisches Schicksal mit der Folge, dass im Laufe der Zeit, besonders aber nach dem Sturz Napoleons und der dadurch eingeleiteten restaurativen Politik, ein einheitlicher, eben der „rheinische Adel“ entstand; er schloss sich 1838 genossenschaftlich zusammen. Die Forschungslage zu dieser Adelsgruppe ist ausgesprochen dünn, auch weil die Familienarchive

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

vielfach erst seit kurzer Zeit zugänglich, aber oft noch unvollkommen erschlossen sind. Entsprechend der Reichweite der „Rheinischen Ritterschaft“ erfasst das Buch lediglich das Gebiet des französischen Roer- und des bergischen Rheindepartements; eine vorzügliche Karte liefert Einzelheiten.

Der zu besprechende Band geht wie sein Vorgänger (Gudrun Gersmann/Hans-Werner Langbrandtner [Hg.]: Adlige Lebenswelten im Rheinland. Kommentierte Quellen der Frühen Neuzeit. Köln/Weimar/Wien 2009) auf eine Lehrveranstaltung an der Universität zu Köln zurück und will ein „Lesebuch“ sein, das ca. 150 Quellen präsentiert, aufgeteilt in sieben mit kurzen Einleitungen versehene Kapitel; ein umfangreicher Anhang soll die Texte besser verstehen helfen. Die von der Herausgeberin verfasste Einleitung führt in Zeit und Lebensumstände ein, weist aber auch manche Ungenauigkeiten auf. So ist einmal von „Aufstiegschancen“ für den Adel die Rede (S. 18), während gleich danach richtigerweise vom „Obenbleiben“ als charakteristischem Merkmal adliger Strategie gesprochen wird (S. 19). Und dass die „hohe Affinität zur französischen Kultur“ (S. 21) eine Besonderheit des rheinischen Adels gewesen sein soll, ist schlechterdings ein Irrtum; welche anderen Modelle hat es denn am Ende des 18. Jh.s gegeben?

Die sieben Kapitel leuchten das ganze Spektrum jener Zeit aus und reichen chronologisch von der Eroberung bis zur preußischen Adelspolitik nach 1815. Die Quellen sind, wo es sich um staatspolitische oder militärische Vorgänge handelt, oft amtliches Schriftgut, ansonsten vielfach sogenannte Ego-Dokumente, wobei leider die Briefe mangels Erschließung unterrepräsentiert sind. Wie bedeutsam diese Quellengruppe ist, demonstriert der Briefwechsel der Kölner Patrizierfamilie von Groote mit der freilich problematischen Folge, dass man Gefahr läuft, die dort geschilderten Einkommensprobleme zu verallgemeinern. Ähnliches gilt für die Familie Geyr zu Schweppenburg, von der ein Tagebuch überliefert ist, in dem ausführlich geschildert wird, wie der Sohn vom Militärdienst befreit werden könne. Der Normalfall sah anders aus!

Die spezifisch adelsgeschichtlichen Erträge überschreiten kaum einmal die Grenzen des Bekannten, aber die Quellenedition macht die bekannten Vorgänge farbiger und detailreicher. Kaum ein Adliger, der nicht emigriert war, verweigerte sich den Angeboten, in der französischen Verwaltung mitzuwirken. Zu den Ausnahmen zählte der junge Graf von Mirbach-Harff, und es ist kein Zufall, dass er es war, der zusammen mit dem Freiherrn vom Stein 1818 die entscheidende Denkschrift für den preußischen Kronprinzen verfasste, in der eine den Zeitumständen angepasste Wiederherstellung adliger Privilegien gefordert wurde. Ansonsten findet man nach dem 18. Brumaire – erst recht im Kaiserreich – rheinische Adlige auf so gut wie allen Stufen der Verwaltung, einige brachten es sogar zum Präfekten und Mitglied des Senats. Einer wie der dem ehemaligen Reichsadel entstammende Graf Salm-Dyck interessierte sich dagegen weniger für eine arbeitsintensive Karriere im Dienst Napoleons. Er lebte stattdessen seine Interessen aus, machte vom neuen Scheidungsrecht Gebrauch und ehelichte die Pariser Schriftstellerin und Salonière Constance de Théis, wohnte das halbe Jahr über in Paris und erhielt die höchsten Würden des Kaiserreichs.

Als die Franzosen Hals über Kopf das Rheinland verließen, zählten die adligen Honoratioren zu den wenigen natürlichen Stützen der neuen Herren. Das *ralliement* vollzog sich mit geradezu atemberaubender Geschwindigkeit, und zumindest die ehemals preußischen Untertanen entdeckten nun „den eisernen Zwang des Despotismus“, dem sie zwanzig Jahre lang ausgesetzt waren (S. 246), und baten um Wiederherstellung der „vorigen Verfassung“ (S. 247). Sarkastisch bemerkte der Düsseldorfer Professor Brewer 1818 zu der von Mirbach-Harff angeführten Adelsdelegation, wenn sie noch in ihrer bis vor kurzem getragenen Uniform aufgetreten wäre, könnte man „sie wohl für Abgeordnete von der Insel St. Helena“ halten (S. 271). Ein Salm-Dyck hatte das auch jetzt wieder nicht nötig; schon 1816 wurde er in den Fürstenstand erhoben, 1819 in die erneuerte Ehrenlegion aufgenommen.

Der ohne Fußnoten, aber mit (wenigen) französischen Texten ausgestattete Band bezieht seinen Lesegenuss aus sorgfältiger Quellensuche und angenehmer -aufbereitung. Vom mitarbeitenden wissenschaftlichen Nachwuchs erwartet man sich ergänzende und in die Tiefe gehende Untersuchungen, die hoffentlich auch die eingängige Redensart vom „rheinischen Adel“ auf den Prüfstand stellen.

Darmstadt

CHRISTOF DIPPER

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

JENS GRÜNDLER: *Armut und Wahnsinn. „Arme Irre“ und ihre Familien im Spannungsfeld von Psychiatrie und Armenfürsorge in Glasgow, 1875–1921* (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 72). Oldenbourg, München 2013, 376 S., 54,80 €.

In dem mittlerweile recht dicht und vielfältig bearbeiteten Forschungsgebiet der Psychiatriegeschichte im 19. Jh. hat der Historiker Jens Gründler eine Studie über den Zusammenhang von Armut und Wahnsinn am Beispiel des 1875 errichteten schottischen Asylums Woodilee in der Nähe von Glasgow vorgelegt. Im Zentrum dieser im Kontext des SFB „Fremdheit und Armut“ an der Universität Trier verfassten Dissertation stehen „arme Irre“ und ihre Angehörigen. Der Autor hat einen neuen Ansatz gewählt, um die Anstaltspsychiatrie im 19. Jh. sozialgeschichtlich zu untersuchen: Neben psychiatrischen Patienten- und Verwaltungsakten zieht er erstmals Armenakten hinzu – beide Bestände werden in Stichproben ausgewertet. Zwar eignen sich Armenakten ebenfalls nur begrenzt, um im Sinne Roy Porters die „patient's view“ bzw. die „History from below“ zu rekonstruieren. Allerdings geben diese Quellen durchaus Einblick in die sozialen Verhältnisse der Familien der AnstaltspatientInnen und ermöglichen so die Rekonstruktion der Lebensgeschichten vor und nach dem Anstaltsaufenthalt.

In seinem Kapitel über das „Leben in und mit Woodilee“ wählt Gründler den nicht gerade neuen Ansatz, PatientInnen mit Alf Lüdtkes „Eigensinn“-Konzept als Handelnde sichtbar zu machen, und kommt dann auch zu der Frage, wie AnstaltspatientInnen um 1900 sich in einer „totalen Institution“ (Goffman) verhielten. Allerdings geht es ihm nicht primär darum, das „Innenleben“ einer Anstalt in all seinen Facetten zu untersuchen. Vielmehr fragt er danach, welche Handlungsmöglichkeiten „arme Irre“ und ihre Angehörigen zwischen Armenfürsorge und Anstaltspsychiatrie trotz aller Restriktionen hatten.

Gründler betont, dass ein großer Teil der PatientInnen zwar auf Veranlassung ihrer Angehörigen eingewiesen wurde, jedoch die Äußerungen ihres „Wahnsinns“ zuvor längere Zeit in ihrem sozialen Umfeld ge- bzw. ertragen wurden. Ebenso viele PatientInnen seien allerdings in der Stadt von der Polizei aufgrund ihres sozial devianten Verhaltens aufgegriffen und in die Anstalt zwangseingewiesen worden.

Gegen die Annahme, psychiatrische Anstalten seien im 19. Jh. vor allem Verwahrnstanalten gewesen, argumentiert Gründler auf Basis der Fallakten aus der Armenfürsorge überzeugend, dass in einer großen Zahl der Fälle eine „Heilung“ im Sinne von Erwerbsfähigkeit und letztlich eine Reintegration der PatientInnen in die Gesellschaft gelangen. Bei den weniger „erfolgreich“ Therapierten gelingt es dem Autor zudem, deren „Hospitalkarrieren“ anhand der Armenakten weiterzuverfolgen.

Angehörige konnten zwar kaum Einfluss auf die Entscheidungen der Ärzte innerhalb der Anstaltsmauern nehmen. Ging es jedoch um die Entlassung eines Patienten resp. einer Patientin, so wog die fachliche Einschätzung der Psychiater häufig nicht so schwer wie das Interesse der Armenverwaltung, die aus Kostengründen dem Entlassungsantrag einer Familie folgte, auch wenn medizinische Gründe dagegen sprachen.

Der Autor kommt zu dem Schluss, dass die Anstaltspsychiatrie in zweifacher Hinsicht genutzt wurde: 1. als „temporäre Versorgungseinrichtung“ (S. 322) in einer Krisensituation und 2. als Disziplinierungsinstrument gegen sozial deviantes Verhalten. Patientengeschichte wurde bislang vorwiegend auf Basis der schriftlichen Überlieferung aus der Feder der Psychiater resp. des Pflegepersonals mit entsprechenden methodischen Problemen rekonstruiert und blieb auf die Zeit in der Anstalt beschränkt. Durch die Erweiterung der Quellenbasis um die Armenakten eröffnet Jens Gründler eine grundlegend neue Perspektive auf die Geschichte der Anstaltspsychiatrie im 19. Jh., indem er die Anstaltsunterbringung „armer Irrer“ in ein komplexes Netz von AkteurInnen mit ihren Interessen innerhalb und außerhalb der Anstalt einbettet.

Würzburg

KAREN NOLTE

JOACHIM C. HÄBERLEN: *Vertrauen und Politik im Alltag. Die Arbeiterbewegung in Leipzig und Lyon im Moment der Krise 1929–1933/38* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 210). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013, 367 S., 64,99 €.

Die Frage, warum die zahlenmäßig mächtige, aber gesplante deutsche Arbeiterbewegung 1932/33 angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung „kampflos kapitulierte“ und sich nicht zu einer „antifaschistischen“ Einheit formiert hatte, ist ausgiebig diskutiert worden; das konfrontative Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten spielte dabei eine zentrale Rolle. Joachim C. Häberlen greift diese Fragestellung auf, allerdings nicht, um eine erneute Abwägung der bekannten Auseinandersetzungen vorzunehmen. Er eröffnet eine Perspektive, die durch den vergleichenden Ansatz die bisherige Debatte deutlich bereichert. Die Städte Leipzig und Lyon eignen sich dabei sehr gut für einen Vergleich. Beide Städte waren Industriestädte, Zentren der Arbeiterbewegung und von der Einwohnerzahl her in etwa gleich groß. Der komparative Zugriff erhält vor allem durch folgendes Faktum an Gewicht: Anders als in Leipzig 1932/33 war in Lyon 1934 eine parteiübergreifende Mobilisierung angesichts der als faschistische Putschbedrohung wahrgenommenen Demonstrationen der rechtsextremen Ligen möglich. Die Gründe für diese unterschiedliche Entwicklung zu erforschen, ist das zentrale Anliegen der Studie. Häberlen greift dabei eine Kategorie auf, die bislang in der Arbeiterbewegungsforschung kaum analytisch genutzt wurde: „Vertrauen“ bzw. „Misstrauen“. Zur These verdichtet, sieht er in Leipzig das Verhältnis zwischen den Parteien SPD und KPD, aber auch innerhalb derselben, von einer Atmosphäre des Misstrauens geprägt, dies habe eine gemeinsame Mobilisierung behindert. In Lyon hingegen habe ein Grundmaß an Vertrauen eine solche befördert. Damit korrespondierend formuliert er eine zweite These, die die Bedeutung von Politik und Politisierung des Alltags in den Blick nimmt. Die Dominanz politischer Parteien in der Leipziger Arbeiterbewegung habe unter Berücksichtigung des bestehenden Misstrauens demobilisierend gewirkt, die Politisierung des Alltags (Agitation in politikfreien Räumen der Freizeit) habe zu Überdruß geführt. In Lyon wiederum habe eine geringere Politisierung der Arbeiterbewegung paradoxerweise zu größerer Mobilisierungsfähigkeit geführt.

In den beiden Hauptkapiteln lotet Häberlen die unterschiedlichen Strukturen und ihre Folgen in Leipzig und in Lyon aus. Angesichts der Bedeutung dieser Städte lassen sich durchaus Rückschlüsse auf den nationalen Rahmen ziehen. Das lokale Feld wiederum lässt eine sehr detaillierte Analyse zu, die die Situation in den Wohnquartieren, in der Familie, am Arbeitsplatz, in den Arbeitervereinen usw. umfasst. Mag sein, dass die Betonung des Misstrauens im Verhältnis von SPD und KPD etwas überzeichnet erscheint, deutlich wird allemal, dass sich die Gräben nicht nur zwischen den Parteispitzen und -eliten, sondern bis in Nachbarschaften und selbst Familien auftraten, ein Ergebnis, das Annahmen eines proletarischen Milieus auch jenseits der Parteigrenzen in Zweifel zieht. Die starke Politisierung des Alltags vor allem durch kommunistische Agitation führte mitnichten zur Mobilisierung der Arbeiterschaft und war damit kontraproduktiv.

Grundlegend anders waren die Verhältnisse in Lyon gelagert. Die sozialistischen und kommunistischen Parteien besaßen dort eine deutlich geringere Bedeutung im Unterschied zur gewerkschaftlichen Bewegung. Die zunächst dominierende syndikalistische autonome Gewerkschaft (Cartel Autonome de Bâtiment) hielt sich bewusst von parteipolitischem Einfluss frei, war auf die „unmittelbaren Interessen“ der Arbeiterschaft am Arbeitsplatz orientiert und konnte so Vertrauen und Aktivismus generieren. Eine breite Mobilisierung war somit, dies zeigte sich ab 1934, leichter möglich. Allerdings politisierte sich im Zuge der ab 1936 regierenden Volksfront auch die Arbeiterbewegung in Lyon; dies fand seinen Ausdruck in einer kommunistischen Orientierung und einer kommunistischen Führung der wichtigsten Gewerkschaft der Bauarbeiter. Der damit einhergehende politische Radikalismus führte aber 1938 auch zur Niederlage, nachdem ein politisch geführter Streik verloren gegangen und Enttäuschung und Demobilisierung die Folge waren. Insofern bestätigt sich am Lyoner Beispiel ebenfalls Häberlens These vom Zusammenhang von Vertrauen, Politisierung und Mobilisierung. Er lässt allerdings keinen Zweifel daran, dass nationalsozialistischer oder faschistischer Gefahr nicht mit syndikalistischen, auf die direkte Auseinandersetzung am Arbeitsplatz zielenden

Methoden zu begegnen war. Politik, so Häberlen abschließend, ließ sich weder in Leipzig noch in Lyon „im Kampf gegen Nationalsozialisten und rechtsradikale Ligen“ vermeiden (S. 328).

Leipzig

DETLEV BRUNNER

GABRIELE JANCKE: *Gastfreundschaft in der frühneuzeitlichen Gesellschaft. Praktiken, Normen und Perspektiven von Gelehrten* (Berliner Mittelalter- und Frühneuzeitforschung 15). V&R unipress, Göttingen 2013, 556 S., 69,99 €.

Welch herausragende Bedeutung der Gastfreundschaft in der Frühen Neuzeit zukommt, dokumentiert in eindrucksvoller Weise Michel de Montaignes Bericht über seine Reise nach Italien, deren Route durch die Schweiz und Teile des Alten Reiches führte. Mit großer Ausführlichkeit beschreibt der Besucher aus Frankreich das ausgeklügelte Begrüßungsritual in den einzelnen Städten, das Überreichen des Ehrenweins, die Sitzordnung und die Auswahl der Mitglieder des ‚Empfangskomitees‘. Neben den offiziellen Ehrungen schätzte Montaigne den geselligen Austausch mit Gelehrten vor Ort, wie in Basel mit Felix Platter, Thomas Zwinger und François Hotman. Über die Praktiken und Normen der frühneuzeitlichen Gastlichkeit informiert kompetent und umfassend die vorliegende Monographie von Gabriele Jancke. Die Publikation basiert auf zahlreichen Einzelstudien der Autorin und wurde 2012 als Habilitation im Fachbereich für Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin angenommen.

Der entscheidende Impuls zur Forschung liegt in der Profilierung der Alterität des Phänomens der frühneuzeitlichen Gastlichkeit im Vergleich mit der modernen Auffassung von Geselligkeit und Gastfreundschaft. Während seit der Mitte des 18. Jh.s sozialetische Phänomene wie Gastlichkeit und Freundschaft vorwiegend durch emotionale Neigungen der Akteure motiviert waren, stand die frühneuzeitliche *hospitalitas*/*Gastfreiheit* im Zentrum der Vergesellschaftung, welche nicht durch sentimentale Hinwendung oder individuelle Sympathie, sondern durch die Ökonomie sozialer Beziehungen bestimmt wurde. Jancke hat diese Zäsur in ihrer Analyse von Christian Cay Lorenz Hirschfelds lange unbeachtet gebliebener Abhandlung *Von der Gastfreundschaft* (1777) prägnant markiert. Der Schlüsseltext für das Verständnis der *hospitalité* im Zeitalter der Aufklärung trägt den programmatischen Untertitel *Eine Apologie für die Menschheit*.

Die Autorin ist mit der kulturhistorischen Forschung zu Geselligkeit, Soziabilität und Ökonomie vertraut. Sie greift die Ergebnisse der mediävistischen Forschung auf und führt diese im Bereich der Frühen Neuzeit weiter. Frühe Neuzeit bedeutet in dieser Untersuchung die Makroepoche von der Reformation bis zur Aufklärung, der Untersuchungsraum konzentriert sich auf deutschsprachige Gebiete, die neulateinische Überlieferung wird – soweit sie in Übersetzungen vorliegt – in die Betrachtung einbezogen. Die Fülle des Materials lässt diese Begrenzungen als notwendig erscheinen. Auf dem Buchtitel ist mit Bedacht eine Illustration aus einer Edition von Luthers Tischreden (Ausgabe Frankfurt a. M. 1568) abgedruckt, dies ist leider der einzige Hinweis auf die reiche bildliche Überlieferung zu dem Thema Gastlichkeit. Es wäre aufschlussreich gewesen, neben Texten auch das Medium des Bildes in die Betrachtung einzubeziehen. Hier böte sich für weitere Forschungen eine systematische Auswertung der von Wolfgang Harms und Michael Schilling vorgelegten kommentierten Flugblattsammlungen geradezu an.

Bei der Arbeit mit dem vielschichtigen Kultur-Begriff orientiert sich die Verfasserin mit gutem Grund an der Konzeption von Gadi Algazi, die Kultur als „ein Set von Praktiken“ (S. 19) versteht. Methodisch haben die Spezialstudien von Felicity Heal zur *Hospitality in Early Modern England* (1984, 1990) Modellcharakter für Jancke. Im Fokus der Untersuchung stehen die Gelehrten. Diese Konzentration ist sowohl von der Quellenlage als auch vom Stand der Forschungsdiskussion her einleuchtend. Kaum eine andere soziale Gruppe – vom Adel abgesehen, zu dem es bisweilen enge Verbindungen gibt – praktizierte in der Frühen Neuzeit so intensiv die Rituale der Gastfreundschaft,

deren Normen zum großen Teil auch von dieser artikulationsfreudigen akademischen Schicht formuliert wurden.

Die Auswahl des Textkorpus ist dem Untersuchungsgegenstand angemessen. Die Spannbreite reicht von den für die Themenstellung so wichtigen Ökonomiken (Coler, von Hohberg, Krünitz u. a.) über juristische Traktate und philosophische Abhandlungen bis zu der bunten Palette von Selbstzeugnissen (autobiographische Notate, Reiseberichte, Briefe, Stammbücher etc.). Der Literaturwissenschaftler hätte bisweilen eine stärkere Beachtung der unterschiedlichen gattungsspezifischen und ästhetischen Qualitäten der Textsorten gewünscht, die fast ausschließlich nur als historische Quellen ausgewertet werden.

Eine übersichtliche und einsichtige Gliederung erleichtert dem Leser die Bewältigung der gebotenen Stoff-Fülle. Die Autorin differenziert ihre Analyse pragmatisch nach der Innenperspektive der Akteure im deutschsprachigen Kommunikationsraum und der Wahrnehmung von Außen durch Reisende, die mit den geselligen Formationen Alt-Europas konfrontiert wurden, zu deren substantiellen Bestandteilen die Handlungsrepertorien der Gastfreundschaft gehörten. Eine wesentliche Bereicherung unseres Wissens über das Funktionieren zwischenmenschlicher Kontakte in der verflochtenen Lebenswelt des 16. und 17. Jh.s bietet das Kapitel III „Ressourcen – Eine Ökonomie sozialer Beziehungen“, in dem die Gastlichkeit in den Kontext der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung der frühneuzeitlichen Gesellschaft gestellt wird.

Die methodisch reflektierte und quellengesättigte Untersuchung von Gabriele Jancke bildet einen wichtigen Beitrag zu einer sich interdisziplinär verstehenden Kulturgeschichte der Frühen Neuzeit.

Osnabrück

WOLFGANG ADAM

JAN M. PISKORSKI: *Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Siedler, Berlin 2013, 432 S., 24,99 €.

Der Verfasser des zu rezensierenden Bandes ist Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Geschichte Europas am Historischen Institut der westpolnischen Universität Stettin/Szczecin und ein Historiker, der, was heute selten geworden ist, die mittlere und neuere Geschichte in ihrer Gesamtheit überblickt. Das besondere wissenschaftliche Interesse Jan M. Piskorskis gilt den großen Themen der deutsch-polnischen Geschichte, vor allem den Zwangsmigrationen im 20. Jh. Er ist ein im besten Sinne des Wortes nonkonformistischer Historiker, und dass er hierbei prononcierte und provozierende Urteile nicht scheut, ist erfrischend; gerade deutsche Leser sollten wissen, dass er auf diese Weise auch in Polen so manche Debatte losgetreten hat. Daneben hat Piskorski auch Veröffentlichungen zur mittelalterlichen Geschichte und zur pommerschen Landesgeschichte vorgelegt. Deutschland kennt er seit den späten 1980er Jahren, er hat immer wieder als Gastprofessor an deutschen Universitäten gelehrt; deshalb wurden auch viele seiner Werke in deutscher Sprache veröffentlicht. Der vorliegende Band erschien bereits 2010 in Polen und war als eines von vier Büchern 2011 nominiert für den Historischen Preis der polnischen Wochenzeitung *Polityka*, den bedeutendsten polnischen Buchpreis, und monatelang auf der Bestsellerliste des Verlags PIW vertreten. Die nun bei Siedler vorliegende deutsche Übersetzung ist ein auf breiter Quellen- und Literaturbasis geschriebener historischer Großessay, in dem Piskorski eine umfassende Schilderung von Zwangsmigrationen, Vertreibungen, Heimatverlusten und Flüchtlingsexistenzen in Europa zwischen den Balkankriegen des frühen 20. Jh.s und dem Zerfall Jugoslawiens im späten 20. Jh. gibt; die Gesamtzahl der Betroffenen beziffert er auf bis zu 80 Millionen Menschen. Dieses bisweilen immer noch kontrovers diskutierte Thema bedeutet für Piskorski immer auch eine Begegnung mit der Geschichte seiner Familie, war sein Vater doch Häftling im Konzentrationslager Mauthausen-Gusen und nach 1945 Herausgeber der ersten polnischen Zeitung in der vormals deutschen, seither polnischen Stadt Stettin.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Der Band versteht sich nicht als enzyklopädisches, auf Vollständigkeit angelegtes Werk, der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf Flucht und Vertreibung im und nach dem Zweiten Weltkrieg, das diesbezügliche Kapitel 4 umfasst 208 Seiten und damit fast die Hälfte des Bandes. Dass der Zweite Weltkrieg und mithin die Vertreibungs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten der entscheidende Grund für Flucht und Vertreibung der Deutschen ab 1944/45 waren, daran lässt Piskorski, der zu diesem Thema auch in der Vergangenheit entschieden Stellung bezogen hat, keinen Zweifel. Allerdings betont er ebenso die Verantwortung des modernen, ethnisch begründeten Nationalismus und der daraus resultierenden Zielvorstellung der Schaffung einer homogenen Gesellschaft als geistige Ursachen für das Jahrhundert der Vertreibungen in Europa. Insgesamt wird in dem Band überaus deutlich, dass es auf die komplexen Fragen, die mit dem Phänomen „Flucht und Vertreibung“ verbunden sind, keine einfachen Antworten gibt. Piskorski dekonstruiert auch so manchen Mythos, etwa den von der nationalen Solidarität mit den Vertriebenen in den Aufnahmegesellschaften. Es wird deutlich, dass dieser Mythos ein gesamteuropäisches Phänomen ist, das retrospektiv die teilweise massiven Konflikte, die mit der Eingliederung der Vertriebenen verbunden waren, überdeckte. Großen Wert legt Piskorski auch auf eine differenzierte Darstellung der Rolle der Frauen, hinterfragt werden hierbei auch Mythen wie die passive Opferrolle von Frauen oder der nicht nur in Deutschland bekannte Typus der Trümmerfrau. Piskorski wertet hierbei im Vergleich mit anderen Arbeiten die Bedeutung der Frauen im Kontext von Flucht und Vertreibung deutlich auf, ohne in stereotypisierende Zuschreibungen zu verfallen. Diese Ausführungen könnten durchaus den Ausgangspunkt bilden für moderne geschlechtergeschichtliche Zugänge zum Thema „Flucht und Vertreibung“, ein bisher noch kaum bearbeitetes Forschungsfeld.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Jan M. Piskorski ein gut lesbares historisches Sachbuch vorgelegt hat, das gleichzeitig eine lebendige Erzählung bietet. Dazu trägt auch die Tatsache bei, dass er sich der Methoden der Oral History bedient und Zeitzeugen zu Wort kommen lässt. Die mit dieser Quellengattung verbundenen Probleme hinsichtlich Quellenkritik werden hierbei nicht ausgeblendet. Basis von Piskorskis Darstellung bildeten u. a. Forschungen seiner Stettiner Studierenden sowie Ergebnisse von ihm durchgeführter, international angelegter Kolloquien; ein schönes Beispiel dafür, wie Forschung und Lehre auch an der modernen Massenuniversität Hand in Hand gehen können. Insofern ist das Buch gut geeignet, Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung gleichfalls Nichtfachleuten nahezubringen. Dem Band ist weite Verbreitung zu wünschen, gerade auch bei einer breiteren, historisch interessierten Öffentlichkeit.

Würzburg

MATTHIAS STICKLER

DIETMAR VON REEKEN/MALTE THIESSEN (Hg.): *„Volksgemeinschaft“ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort* (Nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘. Studien zu Konstruktion, gesellschaftlicher Wirkungsmacht und Erinnerung 4). Schöningh, Paderborn 2013, 377 S. (6 Abb., 1 Grafik), 44,90 €.

Mit dem vierten Band innerhalb der vom Niedersächsischen Forschungskolleg „Nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘“ herausgegebenen gleichnamigen Schriftenreihe scheinen die grundsätzlichen methodischen Auseinandersetzungen – prominent geführt von Michael Wildt und Ian Kershaw – endgültig zu Gunsten detaillierter empirischer Studien beiseite geschoben zu sein. Der von Dietmar von Reeken und Malte Thießen herausgegebene Sammelband schlägt einen praxeologischen Ansatz anhand lokaler Untersuchungen vor: Wie die Herausgeber betonen, steht bei diesem Vorgehen das „Hervorbringen des Denkens im Handeln“ im Zentrum des Interesses (S. 24). In den 21 Beiträgen wird folglich die Herstellung von „Volksgemeinschaft“ in den Blick genommen, wobei die Wandelbarkeit und die Vieldeutigkeit dieses NS-Konzepts immer wieder betont werden.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Am Beginn und zum Schluss der Veröffentlichung werden dann notwendigerweise doch wieder Fragen des methodischen Zugriffs auf die „Volksgemeinschaft“ behandelt, dazwischen stehen Kapitel mit Beiträgen zur ländlichen und städtischen Gesellschaft, zur Rolle der Akteure, zur Wirkweise lokaler Exklusionen, zu den Veränderungen des Volksgemeinschaftsbegriffs während des Krieges und schließlich zur Nachgeschichte der NS-„Volksgemeinschaft“. Im Folgenden kann nur auf einige besonders anregende Beiträge eingegangen werden. Habbo Knoch stellt zunächst klar, „Volksgemeinschaft“ sei nicht als analytische Kategorie, sondern als „Begriff“ im Sinne Kosellecks zu verstehen (S. 40). In seiner differenzierten Analyse erscheint die „Volksgemeinschaft“ als ein Konstrukt, das „Allianzen kollektivierten Eigennutzes“ ermöglichte, die wiederum Voraussetzung der gesellschaftlichen Gewaltbereitschaft gewesen seien (S. 50).

Es zeichnet den Band aus, dass am Ende Neil Gregor die Gelegenheit bekommt, ein Forschungskonzept, das die „Volksgemeinschaft“ in den Mittelpunkt der Analyse rückt, an sich als unterkomplex und vereinfachend zu kritisieren. Vor allem plädiert Gregor dafür, die „Gewalterfahrungen des Jahres 1933“ stärker als Grundlage der NS-Gesellschaft zu betrachten (S. 348). Gregors Kritik enthält wichtige Überlegungen, trifft jedoch auf die meisten Aufsätze des Sammelbandes nicht zu, weil diese – wie Michael Wildt in seinem bilanzierenden Beitrag erneut festhält – „Volksgemeinschaft“ eben nicht als „soziale Wirklichkeit“ missverstehen, sondern die Praktiken der gesellschaftlichen Ein- und Ausschlüsse konkret untersuchen (S. 356).

Frank Bajohr betont in seiner Studie von externen Blicken auf die vermeintliche NS-Volksgemeinschaft vor allem die permanente gesellschaftliche Veränderung als Strukturmerkmal der NS-Herrschaft. Sylvia Necker kann am Beispiel der architektonischen Stadtplanung für Linz belegen, dass soziale Hierarchien ein wesentlicher Bestandteil der Volksgemeinschaftsideologie waren. Auf Henry Wahligs Beitrag über die „Verdrängung jüdischer Sportler aus dem öffentlichen Raum“ trifft noch am ehesten Gregors Kritik zu: Wahlig kann überzeugend darlegen, dass die Exklusion von unten, also von örtlichen Parteistellen und den Sportvereinen selbst, vorangetrieben wurde. Gleichzeitig rückt seine letztlich statische Auslegung des Volksgemeinschaftskonzeptes Fakten an den Rand, die er selbst nennt: So hat die NS-Presse Druck auf „arische“ Sportvereine ausgeübt, die Begegnungen mit jüdischen Vereinen austrugen. In einem hochinteressanten Beitrag über die Integration der Arbeitsmigranten im Salzgittegebiet nach der Gründung der Herman-Göring-Werke im Juni 1937 nimmt Lars Amenda das „Paradoxon“ einer faktisch „multiethnische[n] Gesellschaft“ innerhalb der Volksgemeinschaftsideologie in den Fokus (S. 301).

Sowohl konzeptionell als auch vom Ertrag der Einzelstudien weiß der Band zu überzeugen. Eine Stärke, die Vielfalt der untersuchten Themen, wird dann allerdings auch zu einer kleinen Schwäche der Publikation: Die einzelnen Beiträge sind sehr disparat, die Gliederung wirkt dementsprechend etwas willkürlich. Auf jeden Fall gibt diese Sammlung methodisch anregender Studien weitere wichtige Impulse zur Erforschung der NS-Gesellschaft.

Hamburg

KARSTEN UHL

WOLFRAM SCHMITT: *Medizinische Lebenskunst. Gesundheitslehre und Gesundheitsregimen im Mittelalter* (Medizingeschichte 5). LIT, Berlin/Münster 2013, 204 S., 29,90 €.

Dieses Buch ist ein Unikum! Genau 40 Jahre nach Abgabe seiner medizinischen Habilitation *Theorie der Gesundheit und ‚Regimen sanitatis‘ im Mittelalter* (seinerzeit nur maschinenschriftlich in wenigen Exemplaren verbreitet) bringt der Medizinhistoriker, Psychiater und Psychotherapeut Wolfram Schmitt dieses wertvolle Stück Fachprosa in den Druck, geringfügig erweitert um ein neues Vorwort sowie knapp 30 zusätzliche Titel im üppigen Literaturverzeichnis (leider ohne Register). Dem Rezensenten war der Text schon lange als ein wichtiges Übersichtswerk zur mittelalterlichen Gesundheitsliteratur und deren Autoren vertraut, nur in wenigen Details ist die entsprechende For-

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

schung seither vorangeschritten. Schon deswegen ist eine neuerliche Verbreitung durch Druck und e-book zu begrüßen, zumal solche Forschung in der Heidelberger Tradition von Gerhard Eis und Heinrich Schipperges – philologisch grundsolide Übersetzungs- und Rezeptionsgeschichte sperriger Traktate – heute kaum mehr gewagt wird.

Allerdings ist der Zugang zu mittelalterlichen Gesundheitsvorstellungen und zum Stellenwert der untersuchten Texte nicht ganz einfach. In einem ersten Hauptteil des Werkes (S. 17–40) werden Herkunft und Ausprägung der eigentlichen *Regimina sanitatis* nur im kursorischen Überblick dargestellt. Dabei handelt es sich um selbstständige lateinische oder volkssprachliche Schriften über gesundheitserhaltende und -fördernde Lebensregeln (Diätetik) mit einer ersten Blütezeit im späten Mittelalter. Diese besondere Textgattung steht jedoch gar nicht im Fokus von Schmitts Untersuchung, sondern deren grundlegende Vorläufer: die ebenfalls *Regimen sanitatis* genannten Kapitel zu Theorie und Praxis der Diätetik in den umfassenden medizinischen Handbüchern des Hochmittelalters. Diese wiederum sind sämtlich lateinische Übertragungen der bekannten arabischen Texte von „Johannitus“, „Haly Abbas“, „Isaac Iudeus“, „Rhazes“, „Avicenna“ usw. Die folgenden drei Hauptteile des Buches sind dementsprechend den drei bekannten Rezeptionsphasen des mittelalterlichen Arabismus gewidmet: „Corpus Constantinum“ (11. Jh.), „Corpus Toletanum“ (12. Jh.) sowie französische und italienische Übersetzungszentren des 13. Jh.s. Schmitt bietet dabei einen guten Einblick in das sich allmählich zum System entfaltende und verfestigende Gesundheitsverständnis der mittelalterlichen Heilkunde. Demnach nahm die Gesundheitslehre innerhalb der Theorie der Medizin eine zentrale Stellung ein, der in der Praxis das Gesundheitsregimen entsprach. Diese medizinischen Ratgeber dienten einer medizinischen Lebenskunst, die insbesondere die Balance der sechs zu kultivierenden Fundamentalbereiche der menschlichen Natur (Licht und Luft, Essen und Trinken, Bewegung und Ruhe, Schlafen und Wachen, Füllung und Entleerung, Gemütsbewegungen) zum Ziel hatte. Von diesen *Sex res non naturales* („nicht-natürlich“, weil für Veränderung bzw. Gestaltung offen) unterschied die Medizin seit der Antike verschiedene *Res naturales* („natürlich“, weil vorgegeben: Temperament, Körpergestalt, Alter, Geschlecht, Schwangerschaft, Stillzeit) sowie *Res contra naturam* (Krankheits- und Rekonvaleszenz-Zustände), für die jeweils gesonderte Gesundheitsregeln formuliert wurden. Dementsprechend wird aus der knappen Zusammenfassung zur Typologie des *Regimen sanitatis* deutlich, dass es in der vormodernen Medizin, wie Herman Boerhaave es im 18. Jh. formulierte, womöglich „viele Gesundheit“ gab, zumindest aber ein sehr auf den Einzelnen zugeschnittenes komplexes Regelwerk zur Erhaltung und Wiedergewinnung derselben.

Es wäre wünschenswert, wenn die Mediävistik diesen schon historischen Impuls von Schmitt aufgreifen und durch differenzierende Untersuchungen die Fülle des hier nur orientierend aufbereiteten Materials weiter entfalten würde. Insbesondere sind Vergleiche zwischen dem arabischen und lateinischen Text und den darin womöglich verborgenen inhaltlichen Unterschieden zwischen islamischer und europäisch-lateinischer Heilkunde ein Desiderat.

Köln

DANIEL SCHÄFER

Theresa Schmotz: *Die Leipziger Professorenfamilien im 17. und 18. Jahrhundert. Eine Studie über Herkunft, Vernetzung und Alltagsleben* (Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte 35). Steiner, Stuttgart 2012, 544 S., 89,00 €.

Die Professorenhaushalte waren bis dato ein eher stiefmütterlich erforschtes Milieu der frühneuzeitlichen Gesellschaft, verglichen etwa mit Pfarrhäusern, Patrizier- oder Adelsfamilien. Die bislang einzige Monographie beleuchtete mit Göttingen eine bedeutende, aber keineswegs repräsentative deutsche Universität (Panke-Kochinke 1993), so dass die Leipziger Dissertation von Theresa Schmotz ein echtes Forschungsdesiderat bedient. Geht die Anlage der Arbeit durchaus in die Breite und beleuchtet die Lebenswelten der Professoren, ihrer Frauen und Kinder „von der Wiege bis zur Bahre“,

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

so arbeitet sich Schmotz vor allem an einem älteren Verdikt der Forschung zur Versippung und Einkapselung der Leipziger ‚Familienuniversität‘ ab. Mit großem heuristischen Aufwand, der sich in einem 200 Seiten starken Anhang mit Tabellen und Stammbäumen niederschlägt (S. 279-483), argumentiert die Verfasserin dafür, dass die Leipziger Situation genau vom Gegenteil geprägt gewesen sei und sich der Erfolg der Universität gerade aus der Ergänzung von Außen und dem lebendigen Austausch mit der Leipziger Kaufmannschaft gespeist habe. Die Ergebnisse der Auswertung der Zuwanderungs-, Verwandtschafts- und Verflechtungsverhältnisse werden in einem dreigliedrigen Modell gebündelt, das alt-integrierte, neu-integrierte und nicht-integrierte Professorenfamilien unterscheidet (S. 29-32). Das Schema zeigt, dass in Leipzig eher von einer allgemeinen Oberschichtenintegration ausgegangen werden kann als von einem vollständig separierten akademischen Milieu. Diese ‚Ehrenrettung‘ der Leipziger Verhältnisse scheint eher auf lokale Bedürfnisse zu rekurrieren, kann jedoch kaum die leitende Fragestellung zur Erforschung von Professorenhaushalten innerhalb der modernen Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte bilden, deren Ergebnisse hier nur sehr selektiv berücksichtigt wurden. Glücklicherweise lässt sich die Verfasserin insgesamt eher von der reichhaltigen Überlieferung leiten als von der Betonung von Leipziger Sonderwegen im Positiven wie im Negativen.

Nach der Einleitung und einem Überblick über die verschiedenen kulturellen Institutionen der Stadt folgen zehn systematische Kapitel zum „ganzen Haus“, den Professorenfrauen, dem Eheleben, den Kindern und ihrer Erziehung, Krankheit und Tod, Einkünften und Vermögen, Immobilienbesitz, Wissensräumen wie Sammlungen und Bibliotheken, dem Selbstbild der Professoren sowie Freundschaft und Feindschaft innerhalb der Gelehrtenwelt. Auf diese Weise entsteht eine plastische Alltagsgeschichte akademischer Lebenswelten voller Details und informativer Nahaufnahmen vom Konfekt bis zur Krankheit, vom Kirchstuhl bis zur Kloake. Am stärksten ist die Arbeit immer da, wo sie nah an den Quellen, wie Nachlassinventaren, Selbstzeugnissen oder Gerichtsakten, argumentiert. Die Koppelung der gewählten Systematik und einer bestimmten Leitüberlieferung bzw. von einigen besonders tief ausgeleuchteten Akteuren wie den Gottscheds führt jedoch auch zu Redundanzen und Wiederholungen. So erfahren wir etwa ein halbdutzendmal, dass Christian Garve aus Gesundheitsgründen seine Professur niederlegte und wieder nach Breslau ging.

Auch hätte man sich an mancher Stelle etwas mehr Mut zur eigenen Thesenbildung und etwas weniger Abhängigkeit von Zitaten aus der Forschungsliteratur (insbesondere des eigenen Doktorvaters) gewünscht. Immer wieder konstatiert Schmotz, dass die Lebensstile, Handlungsmuster und Karrieren sich schwer auf einen Nenner bringen ließen, zu heterogen seien die aus den Quellen gewonnenen Befunde. Eine epistemische Vorsicht, die grundsätzlich zu begrüßen ist, manche Ergebnisse jedoch auch unter Wert verkauft. Beispiel reiht sich an Beispiel, offenbar nur um die Diversität des Möglichkeitsspektrums zu belegen, seltener aber um eigene Synthesen zu formulieren oder zu untermauern.

Insgesamt liegt mit der Arbeit nun aber eine gut dokumentierte und quellenreiche Untersuchung zu einer der bedeutenden Universitäten des Alten Reiches vor, welche die Alltagsgeschichte der Professoren und ihrer Familien um eine wichtige Fallstudie bereichert.

Göttingen

MARIAN FÜSSEL

JENS WIETSCHORKE: *Arbeiterfreunde. Soziale Mission im dunklen Berlin 1911–1933* (Campus Historische Studien 67). Campus, Frankfurt a. M./New York 2013, 451 S., 51,00 €.

Intensiv angeregt durch eine zehnjährige Mitarbeit im „Berliner Institut für Europäische Ethnologie“ hat Jens Wietschorke mit seiner 2009 an der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität eingereichten, nun in überarbeiteter Form im Druck vorliegenden Dissertation den anregenden Versuch unternommen, am Beispiel der 1911 im Wesentlichen von dem jungen evangelischen Theologen

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Friedrich Siegmund-Schultze (1889–1969) gegründeten SAG („Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost“) eine historisch-ethnographische Mikrostudie zur Geschichte der Klassenbeziehungen vom späten Kaiserreich über den Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik vorzulegen, dabei aber durchgängig in grundsätzlicher Weise Kernfragen einer historischen Kulturanalyse aufzugreifen und kritisch zu reflektieren.

Aufgrund von Informationen seit den 1880er Jahren über die in England gegründete Settlement-Bewegung mit deren Bestrebungen zur „Hebung der unteren Klassen“ war es auch im deutschsprachigen Raum – beginnend mit der Gründung von „Volksheimen“ 1901 in Hamburg und Wien – durch einen verstärkten Einsatz von Mitgliedern aus den „besser situierten Klassen“, vor allem von sozialpolitisch interessierten freistudentischen Kreisen mit zum Teil jugendbewegtem Hintergrund, zu ähnlichen Aktivitäten gekommen. Wietschorkes Studie widmet sich nun einer in diesem Kontext erst relativ spät gestarteten Berliner Initiative, die dann jedoch – engagiert angeführt durch Siegmund-Schultze – eine beträchtliche Vielfalt von innovativen Plänen im Hinblick auf die sozialen Verhältnisse in Ost-Berlin rings um den Schlesischen Bahnhof entwickelte, wobei zunächst protestantische Missionierungsideen und ein bildungsbürgerliches Programm zur „Rettung der ‚wertvollen‘ Arbeiterschaft“ mit deutlicher „Distanzierung“ von dem „ganz unten“ lokalisierten Bezirk des Schmutzes, der Degeneration und der niederen „Elemente“ (S. 386) im Mittelpunkt standen. Träger waren anfangs in erster Linie Angehörige einer „Generation des Unbedingten“, geboren um 1890, die von der pathetisch beschworenen Idee der „Kondeszendenz“ geleitet waren, d. h. des „Hinabsteigens“ junger Bildungsbürger zu den im „Dunkeln“ lebenden Unterschichten, um diese vor einem „Absinken ins Elend“ zu schützen. Wietschorke hat die Richtung dieses Engagements mit dem Metaphernbündel „Unten/Draußen/Osten/Dunkel“ auf den Punkt gebracht (S. 386 ff.). Nach Kriegsende begann jedoch eine neue Studentengeneration Einfluss zu nehmen, die aufgrund ihrer bildungsbürgerlichen Abstiegserfahrungen eine Hinwendung zur Politik und zu Neuorientierungen in den Bereichen Sozialismus und Christentum ins Auge fasste. Hatte Siegmund-Schultze noch 1919 davon gesprochen, dass die Berührung der sozialen Arbeit mit Politik eine „Verschmutzung“ sei, so hat auch er schließlich die Bereitschaft der SAG zur „Anerkennung des berechtigten Klassenkampfes“ erklärt (S. 357). Wietschorke sieht darin und in dem Ziel der bildungsbürgerlichen „Arbeiterfreunde“, in paternalistischer Weise eine sozialpolitische „Führerschaft“ zu übernehmen, nicht zuletzt eine „anti-emanzipatorische Strategie“, die „die Arbeiterschaft von politischer und sozialer Partizipation ausschloss“ (S. 398 f.). Das Fazit seiner facettenreichen Darstellung der SAG-Geschichte – diese endet im Grunde im Frühjahr 1933 mit der Verhaftung Siegmund-Schultzes durch die Gestapo und dessen Emigration in die Schweiz – läuft angesichts der von ihm in seiner Arbeit einleuchtend dargestellten Klassenverhältnisse in der ersten deutschen Demokratie darauf hinaus, dass das sich in der SAG engagierende „reformorientierte deutsche Bildungsbürgertum keine Avantgarde, sondern [nur] ein Nachzügler“ gewesen sei (S. 400). Dazu habe auch, um lediglich einen Aspekt aus der Vielzahl der Detailanalysen Wietschorkes zu nennen, beigetragen, dass die SAG-Pädagogen „im Zeichen ihrer romantischen Konzeption von Jugendbewegung“ letztlich zu rückwärtsgewandt gewesen seien, um die Interessen einer modernen Arbeiterjugend und ihr Umgehen mit dem Massenkonsum und den urbanen Vergnügungen zu begreifen; in diesem Kontext erläutert er die Settlement-Bewegung in den USA mit „ihrer gänzlich anderen Ausrichtung“ (S. 338).

Gut lesbar und facettenreich, mit einem ständigen Wechselspiel zwischen farbig dargestellten Details und historisch-ethnographischen Grundüberlegungen einerseits, andererseits umsichtiger Heranziehung der einschlägigen gesellschaftsgeschichtlichen Forschungen der jüngsten Zeit, liefert seine Untersuchung der „Arbeiterfreunde“ in der Berliner SAG keineswegs nur eine „aufschlussreiche Mikroperspektive“, wie der Verfasser einleitend ankündigt, sondern auch einen bemerkenswerten innovativen Beitrag zu einem besseren Verständnis des komplexen, erfahrungsgeschichtlich wie auch generationengeschichtlich höchst bedeutsamen Verhältnisses von Teilen des Bildungsbürgertums zu den unterbürgerlichen Schichten im ersten Drittel des 20. Jh.s.

Essen/Gießen

JÜRGEN REULECKE

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

TANJA ZWINGELBERG: *Medizinische Topographien, städtebauliche Entwicklungen und die Gesundheit der Einwohner urbaner Räume im 18. und 19. Jahrhundert*. Cuvillier, Göttingen 2013, 310 S., 56,30 €.

Die vorliegende Untersuchung entstand als Dissertation im Rahmen des Göttinger Graduiertenkollegs „Interdisziplinäre Umweltgeschichte“. Die Verfasserin, eine Geographin, orientiert sich mit Gewinn an den Fragestellungen, die die „Umweltgeschichte“, ein relativ junger Zweig der modernen Sozialgeschichte, entwickelt hat. Einer ihrer Pioniere, Franz-Josef Brüggemeier, hat Luftverschmutzung und Luftreinhaltung zu einem Leitthema urbaner Räume im Industrialisierungsprozess gemacht. Die Verfasserin untersucht eine ähnliche Problematik für die vorindustrielle Zeit. Ihre Hauptquellen sind medizinische Topographien. Diese Stadtbeschreibungen von Ärzten brachten das Weichbild einer Stadt in einen Zusammenhang mit den Gesundheitsverhältnissen der Stadtbewohner. Das methodische Vorgehen der Verfasserin überzeugt. Sie greift exemplarisch zwei Städte, Berlin und Hamburg, heraus. Johann Ludwig Formey (1766–1823) publizierte 1796 eine „medizinische Topographie von Berlin“; 1801 erschien Johann Jakob Rambachs (1772–1812) „Versuch einer physisch-medizinischen Beschreibung von Hamburg“. Die Problembenennungen dieser auch in die städtische Administration eingebundenen Mediziner korreliert die Verfasserin mit Initiativen, die von den Behörden in beiden Städten im Bereich der Gesundheitsvorsorge ergriffen wurden.

Die Arbeit prüft den Beitrag, den eine „umweltorientierte empirische Medizin“ (S. 107) für die Verbesserung der Lebensqualität in schnell wachsenden urbanen Räumen hat leisten können. Die von medizinischen Topographien angestoßene „Umweltwahrnehmung“ wird auf vier Ebenen untersucht: Stadtphysiognomie, d. h. der Grundriss einer Stadt als Teil der Stadthygiene; das Problem der Fäkalien- und Unratentsorgung; die funktionale Raumteilung als stadthygienischer Lösungsversuch; Bauhygiene als baupolizeiliche Intervention. Die funktionale Raumteilung arbeitet die Verfasserin am Beispiel der Friedhofsumsiedlungen als nachhaltigste Maßnahme für ein „gesünderes“ städtisches Leben heraus. Hier griffen die Behörden Vorschläge auf, die von der „Luftinfektionslehre“ beeinflusst waren. Man glaubte, in einer von schädlichen Ausdünstungen, den sogenannten Miasmen, verunreinigten Atmosphäre einen zentralen Krankheitsherd identifiziert zu haben. Die medizinischen Topographien legten diese Deutung, obwohl sie sich als unzutreffend erweisen sollte, nahe. In beiden Städten kam es zur Schließung innerstädtischer Begräbnisplätze und zur Neuanlegung von Friedhöfen an der Peripherie.

Der wissenschaftliche Wert der Arbeit liegt in der Ausrichtung des Blicks auf vorindustrielle urbane Umweltprobleme. Ist für die Umweltgeschichte des Industriezeitalters die Technikgeschichte unverzichtbar, so erschließt die Medizingeschichte, das macht diese Arbeit deutlich, wichtige Dimensionen präventiver Gesundheitspolitik in der vorindustriellen Stadt.

Essen

DIRK BLASIUS

#### D. Wirtschaftsgeschichte

RALF AHRENS/BORIS GEHLEN/ALFRED RECKENDREES (Hg.): *Die „Deutschland AG“. Historische Annäherungen an den bundesdeutschen Kapitalismus* (Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte 20). Klartext, Essen 2013, 377 S., 39,95 €.

Dieser instruktive Sammelband wendet sich einem wirtschaftlichen und politischen Zentralproblem in einer tiefgreifenden Umbruchphase der deutschen Geschichte zu. Die Beiträge verdeutlichen, wie sich von den 1960er zu den 1990er Jahren Strukturen und Prozesse von Verflechtung und Unternehmenskontrolle veränderten. Für den Allgemeinhistoriker ist das Buch eine hoch informative Fallstudie zu den Bedingungen des Übergangs von der in den Nationalstaat eingebundenen Unter-

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

nehmensstruktur zur Integration in die neue Welt der globalisierten Märkte, wie er sich in den 1980er Jahren ausbildete und seit 1990 vollzog. Der Band ist in drei Teile gegliedert: „Strukturen, Modelle und historische Wurzeln“ der Deutschland AG (I), „Unternehmenskontrolle in der Bundesrepublik“ (II), „Alternative Arrangements und Auflösung der Deutschland AG“ (III).

In der Einleitung legen die Herausgeber die historisch gewachsene Verflechtungsstruktur durch wechselseitige Kapitalbeteiligungen von Banken, Versicherungen, Industrie und Handel sowie die Personalverflechtung in den Aufsichtsräten und die Finanzierung der Großunternehmen durch langfristige Kredite dar. Politisch gewollt und staatlich geschützt, war diese Form der Kooperation an zwei Bedingungen gebunden: langfristige Kontrolle und Koordination des Wettbewerbs und deren Rückbindung an den Staat bzw. die Politik. Dieses Modell repräsentierte das politisch-ökonomische Strukturmuster des sozialen und liberalen Konsenses, das sich in den 1950er Jahren anbahnte und seit 1960 zum Durchbruch kam. Es war einerseits ein Produkt des amerikanisch-europäischen Hybrids aus staatlichem Einfluss auf die ökonomischen Rahmenbedingungen und freiem Wettbewerb, wie er durch den Marshall-Plan in Westeuropa zur Geltung kam. Andererseits verband sich dies mit der Tradition kooperativer Unternehmensstruktur, die seit der Reichsgründung entstanden war, deren Wurzeln aber noch weiter ins 19. Jh. zurückreichen. Dem Modell langfristiger und in den staatlichen Rahmen eingebundener Unternehmenspolitik stand das seit den 1980er Jahren Dominanz gewinnende angloamerikanische Modell der Orientierung an der kurzfristigen Aktionärsrendite gegenüber, welches die Verflechtung von Unternehmen als hinderlich erscheinen ließ und die rasche Auflösung der Deutschland AG nach sich zog. Die Herausgeber arbeiten klar heraus, dass der Wandel des „bundesdeutschen Kapitalismus“ vom korporativen, staatlich gebundenen Modell zum individualistischen, kompetitiven Unternehmermodell in den übergeordneten Prozess eingefügt war, der nach 1970/80 den Übergang vom älteren Paradigma des Konsenses „Staat-Wirtschaft-Gesellschaft“ zum neuen Paradigma des Vorrangs des Marktes vor dem Staat bildete.

Diesen Rahmen führen zunächst die Beiträge von Jürgen Beyer, Alfred Reckendrees, Karoline Krenn und Roman Köster aus. Sie markieren die allgemeinhistorische Bedeutung des Bandes. Der zweite und dritte Teil ist im engeren Sinne wirtschaftshistorisch ausgerichtet. Mittels Fallbeispielen zu den historischen Voraussetzungen seit der frühen Nachkriegszeit (Gerold Ambrosius), dem Aktienrecht (Boris Gehlen), der Funktion von Bankvorständen (Ralf Ahrens, Friederike Sattler) sowie der Internationalisierung der Chemieindustrie (Christian Marx) werden die Mechanismen der Unternehmenskontrolle diskutiert, anschließend die gewerkschaftlichen Unternehmen als „bemerkenswerter Parallelfall“ der Deutschland AG (Peter Kramper), schließlich die Pharmaindustrie (Heiko Braun), Daimler-Benz (Saskia Freye) und Messer Griesheim (Jörg Lesczenski) als Alternativen dazu unter dem leitenden Aspekt der Auflösung der Deutschland AG behandelt.

Auch wenn sich das Buch in erster Linie an Wirtschaftshistoriker wendet, stellt es einen sehr lesenswerten, substanziellen Beitrag zur Zeitgeschichte in der Epoche „nach dem Boom“ dar.

Tübingen

ANSELM DOERING-MANTEUFFEL

PETER BORSCHIED u. a. (Hg.): *Swiss Re und die Welt der Risikomärkte. Eine Geschichte*. Beck, München 2014, 598 S., 38,00 €.

Der vorliegende Band ist eine von mehreren Publikationen, die das Schweizer Rückversicherungsunternehmen anlässlich seines 150-jährigen Gründungsjubiläums herausgibt. Dabei kann sich diese Veröffentlichung viel weniger auf Vorarbeiten stützen als Unternehmensgeschichten anderer globaler Finanzriesen wie etwa der Deutschen Bank. Rückversicherer, die seit ihrer schnellen Expansion am Ende des langen 19. Jh.s international stark vernetzt sind, haben in der Literatur und in offiziellen Statistiken vergleichsweise wenig Beachtung gefunden. Der vertraulichen Anmerkung eines prominenten amerikanischen Bankenhistorikers, dies sei so, weil die Assekuranz schlichtweg „langweilig“

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

sei, kann hier nicht zugestimmt werden, weder in Hinblick auf die wechselvollen – oder besser gesagt abenteuerlichen – 150 Jahre, die der Band abbildet, noch in Bezug auf die Gegenwart, in der internationale Versicherungsmärkte zunehmend in den Sog globaler Finanzmarktquerelen geraten sind. Bereits für die Darstellung der Marktentwicklungen mussten für den vorliegenden Band großenteils Unternehmensdaten herangezogen werden und hier wiederum Material der Swiss Re selbst, die mit den regelmäßig erscheinenden *Sigma*-Studien das weitaus meistzitierte Periodikum zur kurz-, mittel- und langfristigen Entwicklung der Weltversicherungs- und Rückversicherungsmärkte herausgibt. Zudem handelt es sich bei dem vorliegenden Band auch nicht um eine Unternehmensgeschichte im traditionellen Sinne. Der eigentliche Kern, die von Tobias Straumann verfasste Unternehmensgeschichte, wird gleich dreifach vorbereitet; erstens durch eine ausführliche Einleitung von Harold James, in der zahlreiche Bezüge zum übrigen Finanzsektor hergestellt werden, zweitens durch eine Analyse internationaler Versicherungsbeziehungen von Peter Borscheid, die sich an den großen historischen Linien von Globalisierung und De-Globalisierung orientiert, und drittens durch eine Untersuchung der Entwicklung des inneren Beziehungsgeflechts der Rückversicherungswirtschaft von David Gugerli.

Durch diesen gut abgestimmten Vierklang ist der Band keineswegs nur Spezialisten zugänglich. Der Beitrag von Harold James lädt ein, erste Bekanntschaft mit den Besonderheiten von Versicherungs- und Rückversicherungsbranche zu machen. Zu den mannigfaltigen Bezügen, die ein anschauliches Bild bedeutender historischer Wegmarken der Entwicklung der Assekuranz entstehen lassen, gehören Gedanken zum Pooling von Risiken als Grundlage der modernen Welt, der immerwährende Kampf um die Versicherbarkeit sich ständig ändernder Risiken seitens der Versicherer wie auch des Staates, dramatische Änderungen in der Risikowahrnehmung sowie Einflüsse von Weltkriegen, Wirtschaftskrisen und Währungsregimen auf die Unternehmenstätigkeit. Für die letzten Jahrzehnte spricht James neben Tendenzen zur Allfinanz die zunehmende Bedeutung der Kapitalanlagepolitik und natürlich auch die Auswirkungen der jüngsten Krise an, die am Beispiel des amerikanischen Versicherers AIG aufgezeigt werden. Die wichtigsten Wendepunkte für die Entwicklung von Versicherung und Rückversicherung sind dennoch branchenspezifischer Natur; sie liegen in der besonderen Ballung neuer Risiken wie etwa bei der Urbanisierung und den häufigen Stadtbränden des 19. Jh.s. Eine solche Konzentration neuer Herausforderungen konstatiert James auch für die letzten Jahrzehnte. Nach der Krise von 2008 sahen viele die Finanzbranche allerdings vermehrt selbst als einen bedeutenden Unsicherheitsfaktor.

Der Beitrag von Borscheid zu den internationalen Versicherungsbeziehungen verdeutlicht, dass es sich bei dem Versicherungsgedanken um eine spezifisch europäische Idee handelt, die sich nach Ursprüngen in Südeuropas Seefahrt vor allem von Nordeuropa und hier insbesondere von England her ausbreitete. Die Untersuchung zeigt an beachtenswert vielen regionalen Facetten, warum sich diese Idee bis heute in zahlreichen Regionen der Welt kaum oder gar nicht durchgesetzt hat. Durch Handel und Migration verbreitete sich der Versicherungsgedanke in vielen Teilen der Welt nur unter europäischen Auswanderern und in wenigen urbanen Zentren. Der Beitrag ist bemerkenswert, da er – auf Grundlage zahlreicher Forschungsarbeiten, die Borscheid in den vergangenen Jahren zusammen mit einer internationalen Autorenschaft unternommen hat – einen bedeutenden Impuls zur Auflösung der wichtigsten Restriktion der versicherungshistorischen Literatur gibt: ihres starken Eurozentrismus.

Auch Gugerli trägt ein innovatives Thema bei: Ausgehend von einem der alljährlichen Treffen der Rückversicherungswirtschaft in Monte Carlo, dem „Rendez-vous de Decembre“ von 1968 und der dortigen Krisenstimmung, behandelt er Fragen der engeren Zusammenarbeit der Rückversicherer, die es in den Jahren des schnellen Wachstums bis dahin nur in Form von Retrozession und Poolbildung gab. Bemühungen zu einer solchen verstärkten Zusammenarbeit verortet Gugerli in den beiden darauffolgenden Jahrzehnten, in denen nicht nur vermehrt wissenschaftliche Ansätze zur Risikobeurteilung herangezogen wurden, sondern in denen auch Tarifierungshandbücher, Marktberichte und Statistiken eine zunehmende Rolle spielten – bevor eine starke Konzentrationswelle in der Branche derartige Kooperationsbemühungen am Ende des 20. Jh.s wieder in den Hintergrund treten ließ.

Straumann nähert sich der vielgestaltigen Unternehmensgeschichte der Swiss Re, in der sich bedingt durch die Größe des Unternehmens auch entscheidende Wendepunkte der Branchenentwick-

lung widerspiegeln, schließlich mit beeindruckender Prägnanz und Nüchternheit. Wo in anderen Unternehmensgeschichten die Konturen von Ursachen und Wirkungen im Meer von Akteuren und sich ändernden Rahmenbedingungen hier und da zu verschwimmen drohen, wird in dieser Geschichte durch strenge Strukturierung von Analyse und Argumenten kaum etwas im Ungewissen gelassen. Dies gilt auch für die beiden vergleichsweise kurzen Kapitel, die die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg behandeln. Während die Swiss Re im Hinblick auf Branchen- und Länderpräsenz in den Nachkriegsjahren nicht ganz auf den Höchststand von 1930 zurückkehrte, sind die letzten Jahre der Unternehmensentwicklung von hoher Volatilität gekennzeichnet. Dem Leser werden die schmerzlichen Erfahrungen des Unternehmens mit dem Börsenniedergang 2001 und der Finanzkrise 2008 nicht erspart. Im Ausblick klingen bei Straumann in Bezug auf die Rückversicherungswirtschaft ähnliche Töne an wie bei James im Hinblick auf die gesamte Finanzbranche: Nach einer wechselvollen Geschichte mit zahlreichen existenziellen Bedrohungen werde die Zukunft aufgrund eines volatilen globalen Umfeldes sicherlich nicht einfacher werden.

Bremen

WELF WERNER

MARCO HECKHOFF: *Vom Acker zum Ofen. Die Hausmüllentsorgung von den 1880er Jahren bis 1914* (Bochumer Studien zur Technik- und Umweltgeschichte 1). Klartext, Essen 2013, 109 S., 19,95 €.

Marco Heckhoff rekonstruiert in seiner Bochumer Masterarbeit die Entwicklung der deutschen Abfallentsorgung zwischen 1880 und 1914. Dabei stellt er zunächst seine theoretischen Annahmen vor, dann widmet er sich der Entwicklung der Müllabholung, neuen Wegen der Müllverwertung und schließlich der Müllverbrennung als Verfahren, das Abfallproblem hygienisch und mengentechnisch in den Griff zu bekommen.

Theoretisch basiert die Arbeit auf dem in der Umweltgeschichte häufig verwendeten Metabolismus-Konzept, dessen theoretischer Mehrwert hier allerdings nicht ganz klar wird: Eher dient es der Reformulierung empirischer Tatbestände, als analytisch zur Erklärung der Veränderung der Entsorgungswirtschaft beizutragen. Der folgende Abschnitt über die Entwicklung der Abfallsammlung ist ordentlich gelungen. Im anschließenden Kapitel über die Wiedernutzung gibt es jedoch schon etwas zu bemängeln. So fehlen bei der Darstellung der Nutzung des Abfalls als Dünger wichtige Aspekte; etwa, dass der Müll gegenüber Guano, Stickstoff etc. relativ unwirksam war und deswegen stets Absatzprobleme hatte. Bei der Schilderung der Leistungen des Abfall-Düngers hätte etwas mehr Quellenkritik gut getan. Im Abschnitt zu den Müllsortieranlagen bleibt die Existenz des ökonomisch durchaus wichtigen Altstoffgewerbes weitgehend außen vor. Die Gründe für die relativ lange Existenz der Puchheimer Anlage werden stark vereinfacht.

Problematisch ist jedoch besonders der Abschnitt über die Entwicklung der Müllverbrennung. Zwar liefert die Arbeit zahlreiche interessante Details, etwa über das „Testen“ der Brennbarkeit des Mülls, schenkt jedoch anderen zentralen Aspekten kaum Aufmerksamkeit. So spielte es für die erste „Hochphase“ der Müllverbrennung seit den 1890er Jahren eine wichtige Rolle, dass die teuren Anlagen damit beworben wurden, die Kosten durch Energiegewinnung sowie die Nutzung der Schlacke als Baumaterial kompensieren zu können. Diese ökonomischen Hoffnungen zerschlugen sich jedoch in den allermeisten Fällen, hinzu kamen massive technische Probleme. Bei den wenigen Anlagen, die nach dem Ersten Weltkrieg gebaut wurden, wiederholten sich diese Schwierigkeiten, so etwa in Köln. Darum galt die Müllverbrennung bis in die 1960er Jahre als untauglich und zu teuer.

Was Heckhoff demgegenüber als Erklärungen für den Bedeutungsverlust der Müllverbrennung nach dem Ersten Weltkrieg anbietet, kann nicht wirklich überzeugen. Die Feststellung, dass der deutsche Müll mitunter nicht gut brannte, ist korrekt. Wie aber bringt er seine Behauptung, in der Zwischenkriegszeit hätten die Kommunen kein Geld für Verbrennungsanlagen gehabt, mit dem in der Forschung gut bekannten Sachverhalt zusammen, dass diese in den 1920er Jahren ihre Ausgaben für

Infrastruktur und den Wohnungsbau teilweise deutlich erhöhten? Dass hygienische Bedenken nach dem Ersten Weltkrieg immer mehr „zurückgenommen“ (S. 91) wurden, hätte in der Arbeit erst gezeigt werden müssen. Es erscheint naheliegender und lässt sich im Übrigen auch an den Quellen zeigen, dass technische Fortschritte in der Sammlung und Entsorgung des Mülls hygienische Bedenken gegenüber der Deponierung zerstreuten. Das ist aber eben keine „Rücknahme“, und die Behauptung des Autors, in der Zwischenkriegszeit habe es keine (!) technische Weiterentwicklung der Abfallentsorgung gegeben (S. 22), ist schlicht eine Fehlwahrnehmung. Eine wichtige Ursache dafür liegt wohl darin, dass Heckhoff einschlägige Literaturtitel nicht eingearbeitet hat. Neben den teilweise guten Darstellungen zu einzelnen Städten (z. B. Frankfurt, Dortmund, Hannover, Nürnberg) fehlen schon für das für die Arbeit wichtige Hamburger Beispiel zwei zentrale Titel (Hildegard Frilling/Olaf Mischer: *Pütt un Pann'n. Geschichte der Hamburger Hausmüllbeseitigung*. Hamburg 1994; *Stadtreinigung Hamburg* [Hg.]: 100 Jahre Müllverbrennung in Hamburg. 1896–1996. Hamburg 1996).

Am Ende ist man nach der Lektüre zwiespalten: Auf der einen Seite handelt es sich um eine Masterarbeit, was bei der Bewertung selbstverständlich in Rechnung zu stellen ist. Auf der anderen Seite ist Letztere jedoch durch die Veröffentlichung in den wissenschaftlichen Diskurs hineingestellt und dementsprechend auch nach angemessenen Kriterien zu beurteilen. So bleibt abschließend zu konstatieren, dass die vorliegende Arbeit zwar viele interessante Informationen, aber keine rundum befriedigende Geschichte der frühen Abfallentsorgung zu liefern vermag.

München

ROMAN KÖSTER

INSTITUT FÜR BANKHISTORISCHE FORSCHUNG (Hg.): *Derivate und Finanzstabilität: Erfahrungen aus vier Jahrhunderten* (Bankhistorisches Archiv, Beiheft 48). Steiner, Stuttgart 2013, 97 S. (11 Abb., 5 Tab.), 27,00 €.

In dem Band sind die Beiträge der Tagung des Instituts für bankhistorische Forschung über „Derivate und Finanzstabilität: Erfahrungen aus vier Jahrhunderten“, die im Mai 2012 stattfand, veröffentlicht. Es gehört zur Tradition des Instituts, dass bei den Tagungen eine Verbindung zwischen historischen und aktuellen Themen hergestellt wird. In diesem Fall wird eine weite Zeitreise unternommen.

Die Zeitreise beginnt mit einem Beitrag von Lodewijk Petram über „Risk management on the first modern securities market: Trading derivatives in 17th centuries Amsterdam“. Im Mittelpunkt steht der Handel mit den Aktien der 1602 gegründeten „Vereenigde Oostindische Compagnie“ (VOC). Die Aktien der VOC waren unter den reichen Kaufleuten Amsterdams und anderer Handelsstädte eine beliebte Kapitalanlage. Es gab einen intensiven Aktienhandel und bald auch einen Terminhandel mit Aktien der VOC. Die Regierung sah den Terminhandel skeptisch. 1689 wurde der Aktienterminhandel mit einer Finanztransaktionssteuer belegt. Der Terminhandel wurde aber toleriert, weil er auf einen kleinen Kreis reicher Geschäftsleute beschränkt blieb; man nahm an, dass sie die Risiken einschätzen und auch tragen konnten (S. 11–25).

Alexander Engel springt dann von dem „Gouden Eeuw“ der Niederlande in das Deutsche Kaiserreich des späten 19. und frühen 20. Jh.s mit einem Beitrag über „Die Regulierung des Börsenterminhandels im Deutschen Kaiserreich und ihre Wirkung“. Das 1896 erlassene und 1908 novellierte deutsche Börsengesetz zeigt die zeitgenössische Kontroverse um den Terminhandel mit Waren oder Aktien. Für die Befürworter gehörte er zur Gewerbefreiheit; Kritiker wiesen auf die großen Risiken hin und befürchteten einen destabilisierenden Einfluss auf die Basismärkte. 1896 wurde der Getreideterminhandel untersagt, Termingeschäfte mit Aktien wurden stark eingeschränkt. Bei der Novellierung wurden die Beschränkungen etwas gelockert. Termingeschäfte wurden für Kaufleute und generell wohlhabende Marktteilnehmer erlaubt, weil unterstellt wurde, dass sie mit den einschlägigen Risiken umgehen konnten; die Publikumsspekulation sollte ausgeschlossen werden. Diese Differenzierung erinnert an die Regulierung des Terminhandels in den Niederlanden im 17. Jh. Der Termin-

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

handel mit Getreide und Mehl wurde auf Landwirte, Mühlen und professionelle Getreidehändler beschränkt, um den spekulativen Einfluss von Außenseitern abzuwehren (S. 27-39).

Im dritten Beitrag des Bandes behandelt Günter Franke „Die Errichtung der Deutschen Terminbörse im Spannungsfeld von ausländischen Vorbildern und nationaler Vorsicht“. Der Terminhandel mit Wertpapieren wurde in Deutschland während der Weltwirtschaftskrise eingestellt. Die in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit herrschende enge Regulierung der Finanzmärkte war kein günstiges Klima für ihn. Erst 1969 wurde der Wertpapierterminhandel wieder aufgenommen. Einen erheblichen Schub erhielt er in den achtziger Jahren durch zwei Faktoren, die sich gegenseitig verstärkten: die Liberalisierung und die Internationalisierung der Finanzmärkte. Nach dem Vorbild des London International Financial Futures Exchange wurde 1988 die Deutsche Terminbörse (DTB) gegründet. Diese verzichtete von Anfang an auf den Parketthandel und stützte sich ausschließlich auf den damals neuen elektronischen Handel. Die elektronische Börse bedeutete nicht nur eine Kostenreduzierung, sondern erlaubte auch, da die Händler nicht mehr persönlich anwesend sein mussten, eine rasche nationale und internationale Expansion. Nach der Fusion mit der Schweizer Terminbörse expandierte die DTB 1998 zum European Exchange (EUREX) und etablierte sich als eine der führenden internationalen Terminbörsen. Die elektronische Börse, die inzwischen weltweiter Standard ist, ermöglicht den algorithmischen Handel, bei dem Käufe und Verkäufe von Wertpapieren durch Signale gesteuert werden, die im Vorhinein von Computerprogrammen festgelegt sind. Der Handel mit großen Umsätzen innerhalb kürzester Zeit eröffnete neue Chancen, aber auch neue Risiken an den Terminbörsen (S. 41-57).

Lutz Johannig führt mit dem vierten und letzten Beitrag über „Die Bedeutung der Derivate für die Funktionsfähigkeit von Finanzmärkten“ in die aktuelle Diskussion über Derivate ein. Johannig verweist auf empirische Untersuchungen, nach denen der Terminhandel mit Aktien, Waren oder Devisen nicht immer, aber doch überwiegend die Stabilität der Basismärkte verbessert hat. Ein Problem bleibt der Zertifikatmarkt, vor allem, weil viele Anleger in der Finanzkrise seit 2008 durch Zertifikate hohe Verluste erlitten. Johannig hält ein Produktverbot dennoch nicht für zweckdienlich, sondern fordert eine verbesserte Produkttransparenz, so dass die Anleger Produkteigenschaften wie Risiko, Bonität, Liquidität, Verwaltungsgebühren und Vertriebskosten besser erkennen und vergleichen können (S. 59-71). Eine risikolose Rendite werden Anleger dennoch nicht erwarten dürfen.

Die abschließende rege Diskussion zeigt, dass die öffentliche Debatte zum Thema „Derivate“ noch längst nicht abgeschlossen ist. Zwei Ergebnisse der Beiträge und der Diskussion scheinen mir besonders bemerkenswert. Ein erstes Ergebnis: Derivate haben seit jeher zwei Seiten. Sie können Risiken auffangen und stabilisierend auf die Basismärkte wirken. Sie können aber auch große Risiken mit sich bringen; das Risiko eines Totalverlusts ist bei Termingeschäften deutlich größer als bei Kassageschäften. Das zweite Ergebnis: Derivate sind nicht die einzigen riskanten Finanzgeschäfte, und es wäre eine Illusion, wenn man mit einem Bann der Derivate die Risiken aus den Finanzmärkten vertreiben wollte. Carola Gräfin von Schmettow erinnerte in der Diskussion daran, dass Anleger in den letzten Jahren auch mit Basisprodukten wie Aktien, die zeitweilig als „Blue Chips“ galten, erhebliche Verluste erleiden konnten (S. 80). Die Abwägung von Risiko und Ertrag bleibt ein zentrales Thema der Finanzmärkte.

Marburg

GERD HARDACH

THILO JUNGKIND: *Risikokultur und Störfallverhalten der chemischen Industrie. Gesellschaftliche Einflüsse auf das unternehmerische Handeln von Bayer und Henkel seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts* (Perspektiven der Wirtschaftsgeschichte 3). Steiner, Stuttgart 2013, 332 S., 56,00 €.

Die vorliegende Untersuchung behandelt die Frage, wie die chemische Industrie in der Bundesrepublik zwischen den 1950er und 1970er Jahren mit den dieser Branche eigenen besonderen Risiken

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

der Produktion umging. Dabei untersucht Jungkind dieses Problem, indem er auf das Wechselverhältnis zwischen den beiden als Fallstudien herangezogenen Unternehmen – der Bayer AG und der Henkel KGaA – und der sie umgebenden näheren Werksumwelt wie auch dem weiteren gesellschaftlichen Umfeld eingeht. Seine Fragestellung formuliert der Verfasser unter Rückgriff auf die „neoinstitutionalistische Organisationstheorie“ und verknüpft diese mit dem Ziel, sie kulturwissenschaftlich zu erweitern. Darunter versteht er offenbar im Wesentlichen zum einen die Anstrengungen der Akteure, die risikobehaftete Produktion in übergeordnete Deutungsmuster einzufügen und ihr somit einen Sinn zu verleihen, zum anderen den Einbezug des gesellschaftlichen Umfelds in die Analyse. So sinnvoll eine solche Herangehensweise freilich ist, so zweifelhaft erscheint es, ob es heute wirklich noch nötig ist, auf die Unzulänglichkeiten der Neoklassik für die unternehmenshistorische Forschung zu verweisen und die Geschichte der Institutionenökonomik bis hin zum Frühwerk von Douglass C. North ausführlich wiederzugeben.

Der Anspruch einer solch umfassenden Unternehmensgeschichte ist weit gefasst: Letztlich kommt es Jungkind darauf an, „alle relevanten Akteure in ihren Handlungslogiken und den emergenten Interdependenzen ernst zu nehmen [...]“. Die Unternehmen selbst, die jeweilige Umwelt- und Wirtschaftspolitik samt ihrer Durchsetzungsinstrumentarien, Experten, Medien und soziale Bewegungen müssen beachtet werden, wenn es um raum- und zeitabhängige Handlungslogiken von Unternehmen der chemischen Industrie geht.“ (S. 47) Das ist zweifellos eine einleuchtende Forderung – gleichwohl würde es die Einlösung dieses Anspruchs z. B. auch erfordern, umweltbezogene Gesetzgebungsprozesse und den Einfluss der Industrie auf diese Prozesse mit zu untersuchen. Dies geschieht nicht, wie dem Autor wohl auch bewusst geworden ist, wenn er sich von dem Ziel löst, auch die Umweltgesetzgebung einbeziehen zu wollen (S. 61).

Inhaltlich setzt die Untersuchung nach dem Zweiten Weltkrieg ein und skizziert den Umgang der beiden beispielhaft untersuchten Unternehmen mit den von ihnen verursachten Luft- und Abwasserverschmutzungen. Hier wird deutlich, dass beide Unternehmen in längerfristiger Kontinuität einer Auffassung standen, wonach Verschmutzungen der Luft und der Flüsse durch die chemische Industrie hinzunehmen seien, wenn die wirtschaftliche Prosperität nicht gefährdet werden sollte – ja mehr noch: Die Legitimität der Verschmutzung stand nicht wirklich in Frage. Dies änderte sich bis zum Ende der 1960er Jahre auch deshalb nicht, weil sowohl die Bewohner der näheren Umgebung als auch die Behörden diese Haltung teilten. Auch wenn der Verfasser mit seiner Untersuchung erst nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzt, wäre es interessant gewesen zu erfahren, inwieweit im kollektiven Gedächtnis der Akteure große Unfälle der chemischen Industrie, beispielsweise die Explosion des BASF-Werkes in Oppau 1921, noch präsent waren, und inwieweit solche Ereignisse auch das Risikoverhalten nach 1945 prägten.

Mit Beginn der 1970er Jahre verschärfte sich die umweltbezogene Gesetzgebung. Bei den untersuchten Unternehmen führte dies nach Jungkind dazu, dass diese erkannten, mit ihren überkommenen Beschwichtigungsstrategien verlorenes Vertrauen in der Bevölkerung nicht zurückgewinnen zu können. Fortan legten sie größeres Gewicht auf die organisatorische Implementierung des Luft- und Gewässerschutzes. Insgesamt überrascht die hohe Geschwindigkeit, mit der die Unternehmen die veränderten Rahmenbedingungen wahrnahmen und in ihre Sicherheitskonzepte integrierten: Innerhalb weniger Jahre war hier ein grundlegender Wandel vollzogen. Eine wichtige Kategorie in diesem Zusammenhang ist der „Vertrauensverlust“, der zu einem Rückgang der ehemals unangefochtenen, patriarchalisch grundierten unternehmerischen Deutungshoheit darüber führte, was als umweltgefährdend anzusehen sei und was nicht. Jungkind schreibt einer auch durch einsichtige Führungspersönlichkeiten in beiden Unternehmen vorangetriebenen veränderten Prioritätensetzung das Ergebnis zu, dass es in beiden Unternehmen gelang, den Umweltschutz nicht nur als rhetorisches Zugeständnis an eine kritischere Öffentlichkeit zu interpretieren, sondern auch tatsächlich im Unternehmen zu verankern und so die Immissionsverhältnisse zu verbessern – wie defizitär auch immer dies aus heutiger Sicht scheinen muss: Aus zeitgenössischer Perspektive waren die Verbesserungen „erheblich“ (S. 244).

Anschließend schildert der Autor die Umstände des Seveso-Unglücks von 1976 in nicht ganz einleuchtender Ausführlichkeit, da der verantwortliche Schweizer Konzern Hoffmann-La Roche im Untersuchungsdesign bislang keine Rolle spielte. Wichtig waren denn auch eher die Auswirkungen

auf das Image der deutschen chemischen Industrie. Diese bemühte sich, angesichts eines neuen Engagements der Behörden, Gefahrstoffdefinitionen auszuweiten, hier dämpfend Einfluss zu nehmen. Der Befund, dass es den Unternehmen in der Folgezeit nicht mehr gelang, verlorengegangenes Vertrauen wieder aufzubauen, überzeugt zwar grundsätzlich. Im Fall eines (wie sich später herausstellte, nur vermeintlichen) Störfalls bei Henkel ist die Beweisführung jedoch lückenhaft – letztlich muss der Artikel einer Boulevardzeitung als Beleg für einen gesellschaftlichen Vertrauensverlust herhalten.

Insgesamt wartet die Untersuchung mit einer Reihe interessanter Befunde auf, insbesondere motiviert das Ergebnis, dass die Unternehmensleitungen in der Phase der frühen 1970er Jahre sich als lernfähig erwiesen und versuchten, aktiv auf die veränderten gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen einzugehen, zu weiteren Forschungen. Als störend empfand der Rezensent den durchgängig theoretisierenden Jargon (wie hat man sich konkret Aushandlungsprozesse zwischen Unternehmen und ihrer „historisch-kulturellen Rahmung“ vorzustellen?), der potentiell interessante Ergebnisse eher verdeckt als offenlegt. Hinzu kommt die weit überdurchschnittliche Zahl von Tippfehlern, die den heute leider weithin üblichen Verzicht der Verlage auf ein Lektorat bedauern lässt.

Düsseldorf

MICHAEL C. SCHNEIDER

HEINZ D. KURZ: *Geschichte des ökonomischen Denkens* (Beck'sche Reihe 2784). Beck, München 2013, 128 S., 8,95 €.

Die vorliegende Arbeit gibt einen Überblick über die Geschichte des ökonomischen Denkens bis heute. Sie beginnt mit einer knappen Darstellung des antiken und mittelalterlichen Wirtschaftsdenkens. Danach wird die ökonomische Klassik vorgestellt, vor allem Adam Smith als Gründungsvater der Nationalökonomie und David Ricardo. Dem Marxismus widmet der Verfasser einen eigenen Abschnitt, ebenso dem Marginalismus und Joseph Schumpeter, der für Kurz' wissenschaftliches Oeuvre eine große Rolle spielt. Nach Ausführungen zum Keynesianismus, zur neoklassischen Synthese und zum Monetarismus werden abschließend noch neuere Entwicklungen auf ausgewählten Sachgebieten wie der Spieltheorie oder der Entwicklungsökonomik behandelt.

Die Darstellung bleibt insgesamt einer Fortschrittsperspektive verpflichtet. Zwar werden eingangs das „Erfahrungsobjekt“ und das „Erkenntnisobjekt“ Wirtschaft voneinander abgegrenzt – wobei die ursprüngliche Bedeutung dieser auf Alfred Amonn zurückgehenden Differenzierung hier nicht gemeint ist. Vielmehr wird damit zwischen dem Stand der wirtschaftlichen Entwicklung und der theoretischen Reflektion ökonomischer Vorgänge unterschieden. Die Darstellung selbst geht jedoch nur punktuell und dann auch eher pauschal auf wirtschaftshistorische Entwicklungen ein. Viel wichtiger sind dem Verfasser die Darstellung theorieimmanenter Entwicklungen und die Rekonstruktion des Theoriefortschritts seit dem 18. Jh. Hier wird kompetent und komprimiert die Diskussion verschiedener Theoreme vorgetragen. Dabei spielen auch ordnungspolitische Debatten eine Rolle, was für dogmengeschichtliche Darstellungen nicht selbstverständlich ist.

Auf 128 Seiten ist eine „vollständige“ Darstellung der Entwicklung des ökonomischen Denkens nicht zu erwarten. Gleichwohl haben einige kürzere Texte in der ökonomischen Dogmengeschichte – durch Herausarbeitung großer Linien und thesenhafte Zuspitzung – den Status von Klassikern erlangt. So etwa Joseph Schumpeters „Epochen der Dogmen- und Theoriegeschichte“ oder Edgar Salins „Politische Ökonomie“. Das Buch von Heinz D. Kurz wird einen solchen Stellenwert wohl nicht erreichen. Zwar kennt sich der Autor mit den ökonomischen Theorien hervorragend aus und streut auch ein paar überraschende Urteile ein; dennoch ist die Konzeption des Bandes recht konventionell und unterscheidet sich von anderen dogmengeschichtlichen Darstellungen vor allem dadurch, dass sie kürzer ist.

München

ROMAN KÖSTER

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

LYDIA LANGER: *Revolution im Einzelhandel. Die Einführung der Selbstbedienung in Lebensmittelgeschäften der Bundesrepublik Deutschland (1949–1973)* (Kölner historische Abhandlungen 51). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2013, 445 S., 54,90 €.

Die historische Forschung interessierte sich in den vergangenen Jahren verstärkt für die Ausbildung der westlichen Konsumgesellschaft. Die Entwicklungen des deutschen Einzelhandels nach dem Zweiten Weltkrieg blieben bisher jedoch weitgehend unbearbeitet, und eine Darstellung der Einführung der Selbstbedienung im Lebensmitteleinzelhandel in der Bundesrepublik Deutschland fehlte. Die umfangreiche Dissertation von Lydia Langer schließt diese Lücke. Langer geht in ihrer Studie, die 2011 mit dem Erhardt-Imelmann-Preis der Universität Köln ausgezeichnet wurde, der Frage nach, wie die Verkaufsform der Selbstbedienung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aus den USA in den Kontext der Bundesrepublik Deutschland transferiert wurde und den westdeutschen Lebensmitteleinzelhandel transformierte. Der Titel „Revolution im Einzelhandel“, unter dem die Studie 2013 im Böhlau-Verlag publiziert wurde, ist insofern irreführend, als sich Langers Interesse primär auf den Transfer des Selbstbedienungsmodells aus dem US-amerikanischen in den westdeutschen Einzelhandel richtet. Die dadurch ausgelösten Veränderungen im westdeutschen Einzelhandel beschreibt Langer zwar als durchaus grundlegend und tiefgreifend, widersteht aber in wohlthuend unaufgeregter Weise der Versuchung, von einer „Revolution“ zu sprechen. Die Studie gliedert sich in sieben unterschiedlich lange Kapitel und fokussiert auf den Zeitraum 1949 bis 1973, also auf die Zeit des westdeutschen „Wirtschaftswunders“, in der sich auch die Konsumgesellschaft etablierte. Ausgangspunkt von Langers Analyse sind die Strukturen und Organisationsformen des Einzelhandels in den USA und in Deutschland seit dem ersten Drittel des 20. Jh.s. Sie verweist – unter Einbezug originaler US-amerikanischer Quellen – explizit darauf, dass die Diskussionen, die in den 1920er Jahren im Einzelhandel über Rationalisierung und entsprechende Maßnahmen geführt wurden, nach 1945 entscheidende Anknüpfungspunkte für die Einführung der Selbstbedienung darstellten.

Die Stärke von Langers Studie ist der weite Blick auf die Transferbeziehungen zwischen dem US- und dem westdeutschen Einzelhandel sowie auf die Transformation des westdeutschen Einzelhandels durch die Einführung der Selbstbedienung. Langer zeichnet nach, wie die Verbreitung der Selbstbedienung nicht nur die Einzelhandelslandschaft veränderte, sondern auch weitreichende Folgen auf der Konsumenten- und Herstellerebene zeitigte: Langer geht unter anderem auch auf die Veränderungen in der Gestaltung der Verkaufsräume und der Warenpräsentation ein; sie spricht die sich stärker ausdifferenzierenden Funktionen des Verkaufspersonals an, ebenso die Kommunikation zwischen Händlern und Konsumenten und ihre jeweiligen sozialen Rollen, die sich verändernden Unternehmensstrukturen, die Produktwerbung und viele weitere Aspekte. Sie legt glaubhaft dar, „dass sich kein US-amerikanisches Modell von Selbstbedienung oder Supermarkt durchgesetzt hat, sondern dass die bundesdeutsche Einzelhandelslandschaft eine hybride Konstruktion aus Elementen US-amerikanischer Vorbilder, europäischer und nationaler bzw. regionaler Vorstellungen, Rahmenbedingungen und Handlungsstrategien darstellte“ (S. 310). Langers Fokus liegt auf den Arenen des (öffentlichen) Austauschs. Sie unterwirft die Rhetorik in den Fachzeitschriften und Publikationen, die ihr als Quelle dienen, nur punktuell einem Realitätstest. Folglich bleiben die konkreten Transfer-, Selektions- und Adaptionsvorgänge in den Unternehmen des Einzelhandels im Dunkeln. Insofern wird der Anspruch der Studie, „sich mit den Prozessen des Erwerbs, der Anpassung und der Bewertung von Wissen über die neuen Vertriebsformen sowie ihren wirtschaftlichen, soziokulturellen und politischen Grundlagen zu beschäftigen“ (S. 3), nicht eingelöst. Nichtsdestoweniger zeigt Langers Studie eindrucksvoll und kenntnisreich, wie voraussetzungsreich so alltägliche Handlungen wie der Einkauf im Selbstbedienungs-Supermarkt sind. Der Blick hinter die Regale des Selbstbedienungs-ladens auf die unternehmerischen Praktiken bleibt aber nach wie vor ein Forschungsdesiderat.

Zürich

KATJA GIRSCHIK

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

MATTHIAS MAETSCHKE/DAVID VON MAYENBURG/MATHIAS SCHMOECKEL (Hg.): *Das Recht der Industriellen Revolution* (Rechtsordnung und Wirtschaftsgeschichte 5). Mohr Siebeck, Tübingen 2013, 264 S., 49,00 €.

Natürlich geht es in diesem Buch nicht um das (!) Recht in der (!) Industriellen Revolution. Wer hinter diesem Titel einen handbuchartigen Überblick der deutschen (Wirtschafts-) Rechtsgeschichte des 19. Jh.s erwartet, wird sicherlich enttäuscht werden. Vielmehr geht es in diesem Sammelband um die Wechselwirkung von wirtschaftlicher Entwicklung und Rechtsentwicklung, die anhand von Beispielen aus der Zeit radikaler Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft im „langen 19. Jahrhundert“ in Deutschland untersucht wird. Jedem Wirtschaftshistoriker dürfte klar sein, dass sich der Industrialisierungsprozess nicht einfach sein Recht geschaffen hat, sondern dass auch bestehende, sich aus einem ganz anderen Problemkontext erklärende Rechtsetzungen maßgeblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung hatten (und haben); oder wie in der Einleitung präziser formuliert wird: Dieser Band möchte die These empirisch unterfüttern, wonach „das Recht vor allem durch die Art, wie es den Rahmen für Wettbewerb in der Wirtschaft setzte, die Voraussetzungen und Folgen der Industrialisierung mitgestaltete“ (S. 18).

In seinem sehr umfangreichen Beitrag gibt Matthias Maetschke zunächst einen Überblick über die Wechselbeziehung von Recht und moderner Wettbewerbsordnung im Zeitalter der Industrialisierung. Dieser Beitrag enthält für einen Leser mit guten Vorkenntnissen der deutschen Industrialisierungsgeschichte wenig Neues. Aber darin sah der Autor wohl auch nicht den Sinn seines Beitrages. Vielmehr breitet er das gesamte Spektrum dieser Wechselbeziehung aus, damit sich der mit der Industrialisierungsgeschichte weniger gut vertraute Leser bei den folgenden Fallstudien besser orientieren kann. Das ist konzeptionell gut gedacht, allerdings ist die innere Strukturierung dieses Beitrages nicht immer ganz nachvollziehbar. So habe ich nicht verstanden, weshalb die Regelungen des Jugendarbeitsschutzes nicht im Kapitel „Fabrik“, sondern im Kapitel „Wirtschaftswachstum“ abgehandelt werden. Schließlich geht es dabei wesentlich um die Bedeutung des preußischen Regulativs über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken aus dem Jahr 1839. Dabei gilt es – abgesehen von den Mängeln der Überwachung – gerade als eine besondere Schwäche dieser Schutzbestimmung, dass nur die Ausbeutung von Kindern in den Fabriken eingeschränkt wurde, während Kinderarbeit außerhalb von Fabriken, also etwa im Familienverbund des (Klein-) Handels, des Handwerks oder der Landwirtschaft, lange Zeit keinerlei Restriktionen unterlag.

Die folgenden Fallbeispiele sind dagegen durchaus geeignet, bei Wirtschaftshistorikern der Industrialisierung „Aha-Effekte“ auszulösen. Sie behandeln dabei zum einen sowohl den Entstehungsprozess von Gesetzen als Problemlösungsansatz und die Einflussnahme von Interessengruppen auf den Gesetzgebungsprozess (Patentrecht, Telegraphenwegegesetz von 1899, Hypothekenbankgesetz von 1899, Reichsversicherungsaufsichtsgesetz von 1901) als auch die Wirkungsgeschichte eines Gesetzes (Preußisches Eisenbahngesetz von 1838). Zum anderen untersuchen sie die Rechtsprechungspraxis bzw. deren Veränderung im Zuge der industriellen Entwicklung (Markenschutz sowie die sachenrechtlichen Probleme der leitungsgebundenen Energieversorgung).

Die meisten dieser Beiträge sind gründlich recherchiert und weisen eine Perspektive auf, die man aus wirtschaftshistorischer Sicht nur als aufschlussreiche, ergänzende rechtshistorische Erklärungsansätze einer unter Wirtschaftshistorikern mal mehr, mal weniger bekannten Problemstellung zur Kenntnis nehmen sollte. Insofern belegt dieser Band durchaus die von Mathias Schmoeckel in seiner Einleitung formulierte These, wonach bei jedem Eingriff in die Wirtschaftsordnung „bekannt sein muss, welche Wirkung welche Regelung auslöst. Eine ökonomische Betrachtung, welche die Rechtsordnung nicht oder nur ansatzweise betrachtet, ist hierbei völlig unzureichend.“

Bochum

DIETER ZIEGLER

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

TIM S. MÜLLER: *Gosda / Niederlausitz. Landnutzungswandel einer ostelbischen Gutsherrschaft zwischen „Ökonomischer Aufklärung“ und anbrechendem Industriezeitalter (1790–1860)* (Die Niederlausitz am Anfang des 21. Jahrhunderts 2). Waxmann, Münster u. a. 2012, 448 S. (34 Abb., 56 Tab.), 39,90 €.

Die Entwicklung einer mittelgroßen Gutsherrschaft in der Niederlausitz im angegebenen Zeitraum wird vom Autor als Modernisierung, bisweilen sogar als „umfassende Modernisierung“ begriffen, und zwar entlang einer gedachten geraden Linie, die von der „Ökonomischen Aufklärung“ in die beginnende Industrialisierung führt. Als wirtschaftshistorische Gutsmonographie enthält die Arbeit grundlegende Angaben zur Entwicklung von Gewerbe, Handel, Land- und Forstwirtschaft.

Bis zur Übernahme durch Johann Sebastian von Wirsing (1790) wurde das Landgut offenbar nur extensiv genutzt. Aber noch bis in die Mitte des Untersuchungszeitraums dominierten Schafhaltung und Walddnutzung, Letztere so stark, dass Zeitgenossen von einem „Walddrittergut“ sprachen. J. S. von Wirsing versuchte nun den Holzreichtum, der angesichts wenig ausgebauter Transportwege durch großflächig ausgerichteten Handel kaum zu nutzen war, stärker vor Ort durch Köhlerei, Pottaschesiederei, Teergewinnung und die Errichtung einer Glashütte in Wert zu setzen, wobei er allerdings das Scheitern zahlreicher „Projecte“, darunter des ambitioniertesten, der Glashütte, in Kauf zu nehmen hatte.

Stärker auf das „Mineralreich“ zielten die Bemühungen seines Nachfolgers Heinrich Julius von Stutterheim, dem es dann auch gelang, die Glasherstellung dauerhaft zu etablieren, den Holzreichtum angesichts verbesserter Verkehrsbedingungen stärker zu nutzen und Torf- bzw. Braunkohlevorkommen zu erschließen. Müller zeichnet das Bestreben der beiden Gutsbesitzer nach, die Ressourcen der Herrschaft in die dynamische ökonomische Entwicklung der Region einzuspeisen, wobei sich das geographische Umfeld durch politischen und wirtschaftlichen Wandel stetig erweiterte. Dabei werden auch die damit verbundenen rechtlichen und sozialen Veränderungen im Untertanenverhältnis vom Autor nicht ausgespart.

Dass dabei die Kontinuität von der „Ökonomischen Aufklärung“ – einer im Umfeld der Cottbusser Technikgeschichte entwickelten Epochencharakterisierung – zur Industrialisierung überzeichnet wird, ist sicher dem Verfasser nicht allein anzulasten. Pottaschesiedereien, Glashüttenbetrieb, Salzgewinnung und Ziegeleien stammten nicht aus der „Ökonomischen Aufklärung“, sondern gehörten bereits zum Idealbild einer traditionellen Gutswirtschaft, wie auch die vom Autor aus der Hausväterliteratur des 17. Jh.s übernommenen einschlägigen Abbildungen unterstreichen. Auch das Scheitern derartiger „Projecte“ (innerhalb und außerhalb gutsherrschaftlicher Strukturen) war kein Gosdaer Sonderfall, sondern bereits im 18. Jh. an zahlreichen Stellen im Reich geradezu programmiert.

Die Veränderungen in der Landnutzung, wie sie nach 1800 im Kontext der preußischen Reformen auch auf Gosda vonstatten gingen, verdienen gleichfalls kaum die Charakterisierung als „umfassende Modernisierung“. Die Angaben zu den Flächenertragssteigerungen, die dies unterstreichen sollen (S. 170), sind punktuellen Aufstellungen in unterschiedlichen Quellengattungen entnommen, deren Aussagefähigkeit und Vergleichbarkeit nicht reflektiert wird. Vor allem wird nicht deutlich, auf welchen Techniken diese (durchaus nicht auszuschließenden) Steigerungen basierten. Die Viehstatistik (S. 174) lässt jedoch eine Abnahme der Rinderbestände zwischen 1798 und 1843 erkennen, unterstützt die Angaben zum Aufschwung der ackerbaulichen Resultate also nicht. Die in derselben Tabelle enthaltenen absurd hohen Pferdezahlen sind sicher ein Versehen, zeugen aber auch von mangelnder Abgleichung mit anderen Aufstellungen (S. 175).

Die Arbeit kann konzeptionell nicht voll überzeugen und offenbart auch Schwächen im Detail. Dennoch lässt sich sagen, dass sie insgesamt ein facettenreiches Bild von der Entwicklung eines mittleren bis kleinen Ritterguts (1818 lebten 367 Seelen auf Gosda) vor dem Horizont des „anbrechenden Industriezeitalters“ vermittelt, vor allem von den Versuchen zweier adliger Inhaber, die ökonomischen Grundlagen zu optimieren (v. Wirsing) bzw. dem Sog der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen und verfügbar zu machen (v. Stutterheim).

Witzenhausen

WERNER TROSSBACH

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

MARK SPOERER/JOCHEN STREB: *Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Oldenbourg, München 2013, 306 S. (45 Tab., 40 Abb.), 29,95 €.

Beim vorliegenden Band handelt es sich um ein Lehrbuch, das den „Studierenden der Wirtschaftswissenschaften“ und den „kritisch denkenden Studierenden der Geschichtswissenschaft“ (Vorwort) anhand „anschaulicher Fallbeispiele“ die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands – zwischen 1945 und 1989 der Bundesrepublik – näher bringen will. Die Autoren gehen dabei davon aus, dass „die meisten gängigen wirtschaftshistorischen Darstellungen stärker narrativ als analytisch angelegt“ und daher für Studierende der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten „wenig geeignet“ seien.

Dazu werden im Teil A „Fragestellungen und Methoden der Neuen Wirtschaftsgeschichte“ dargelegt. Im Teil B geht es um die „Weimarer Wirtschaft zwischen politischen Ansprüchen und ökonomischen Realitäten“. Teil C ist mit „Völkischer Interventionismus: Die Wirtschaft des Dritten Reiches zwischen nationalsozialistischer Utopie und ökonomischem Pragmatismus“ überschrieben. Im Teil D wird auf die „Rückkehr der Bundesrepublik auf den langen Wachstumspfad“ eingegangen; Teil E gibt einen „Ausblick“.

Die „neue“ Wirtschaftsgeschichte soll offensichtlich durch ihren methodischen Ansatz von der – wie sie die Autoren wohl nennen würden – „traditionellen“ Wirtschaftsgeschichte abgegrenzt werden. Einerseits wird sie als interdisziplinäres Fach verstanden, das sowohl auf den „formal-deдукativen Methoden der Wirtschaftswissenschaften als auch auf d[en] empirisch-induktive[n] Methoden der Geschichtswissenschaft“ gründe. Andererseits gehe sie (1) davon aus, dass wirtschaftshistorische Zusammenhänge mit wirtschaftswissenschaftlichen Theorien analysiert werden können, sei (2) bestrebt, mit Hilfe von Massendaten wirtschaftshistorische Hypothesen zu formulieren und zu analysieren, sehe (3) in der multivariaten Regressionsanalyse von Massendaten ein wichtiges Instrument wirtschaftshistorischer Untersuchungen und bekenne sich (4) zur Verwendung von kontrafaktischen Analysen (S. 23). Hier machen es sich die Autoren vielleicht etwas zu einfach. Die Zeiten, in denen man die Methode der Geschichtswissenschaft auf die „empirisch-induktive“ reduzieren kann, sind jedenfalls seit Langem vorbei, und als „neu“ wird man ihr eigenes Vorgehen nicht wirklich bezeichnen können. Im Übrigen bleibt ihr Text in weiten Teilen der „traditionellen“ Darstellung verhaftet. Dennoch wird deutlich, dass ein – wenn man so will – stärker wirtschaftswissenschaftlich orientierter Zugriff durchaus Erkenntnisfortschritt bringt und tatsächlich interessante Untersuchungen ermöglicht.

In jedem Fall hält das Lehrbuch das, was es verspricht. Das Niveau der Argumentation ist so, dass es den wirtschaftswissenschaftlichen Studenten anspricht und den geschichtswissenschaftlichen herausfordert, und zwar auf durchaus zumutbare Weise. Die Sprache ist klar und verständlich. Die „Fallbeispiele“ sind gut gewählt und teilweise anschaulich beschrieben. Die Abbildungen und Tabellen sind nicht überfrachtet. Die Mikroperspektive verliert die Makroperspektive nicht aus dem Blick.

Die inhaltlichen Schwerpunkte orientieren sich an den nach Ansicht der Autoren „vergleichsweise wenigen Vorarbeiten“, die der von ihnen so definierten neuen deutschen Wirtschaftsgeschichte entsprechen. Es wundert daher nicht, dass „relativ viele eigene Aufsätze in das Manuskript eingearbeitet“ wurden. Das hat zur Folge, dass wie bei jedem Überblick individuelle Schwerpunkte gesetzt werden – im Hinblick auf die behandelten Inhalte, das Verhältnis von theoretischen und weniger theoretischen Darstellungen sowie die Verteilung auf wirtschafts-, sozial- und politikgeschichtliche Sachverhalte. Das hat auch zur Folge, dass vom kurzen oder langen 20. Jh. etwa 60 Seiten den 15 Jahren der Weimarer Republik, etwa 100 Seiten den zwölf Jahren des Nationalsozialismus und nur etwa 55 Seiten den gut 50 Jahren der Bundesrepublik gewidmet werden. Das Problem ist eben, dass es keine klare Grenze zwischen Geschichte und Gegenwart gibt, die auch das Verhältnis von Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftsgeschichte eindeutig bestimmen könnte. Insofern handelt es sich mehr um eine „Wirtschaftshistoriographie“ der „neuen deutschen Wirtschaftsgeschichte“ und weniger um eine „Wirtschaftsgeschichte“ des 20. Jh.s.

Insgesamt kann man nur wünschen, dass das Buch von möglichst vielen Studierenden zur Kenntnis genommen wird und damit hoffentlich Interesse für die Wirtschaftsgeschichte weckt.

Siegen

GEROLD AMBROSIUS

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 2 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014